

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement Preis: vierteljährlich 1,10 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage. Die Reise Welt 10 Pf. Postabonnement: 1,10 RM bei Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Pf. für das übrige Ausland 3 Pf. bei Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die hochgelagerte Kolonialzeit oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Bekanntmachungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zählend 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Briefe über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 26. Februar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Zur Arbeiterfrage in den Kolonien.

II.

In Deutsch-Südwestafrika begeisterte die Verheißung Dr. Solfs in Tanga die Farmer nicht weniger. Auch dort tauchten sofort bestimmte formulierte Forderungen auf, aus deren Anführung allein sich bereits ergibt, in welcher Weise die deutschen „Kulturpioniere“ sich die „Hebung“ der Lage der Eingeborenen und deren Ueberführung zur abendländischen Kultur denken. Der südwestafrikanische Farmer verläßt sich dabei nicht so sehr auf das Eingreifen der Regierung, er möchte die Sache am liebsten selbst in die Hand nehmen. Für ihn kommt daher der zweite Punkt der Forderungen zuerst in Betracht: Einschränkung der Rechte der Eingeborenen und Erweiterung der Billkür des Arbeitgeber gegenüber dem farbigen Arbeiter. Die Regierung soll dazu nur die gesetzlichen Unterlegen schaffen und sich im übrigen um die Eingeborenen gar nicht weiter kümmern. Allenfalls könnte es ihr überlassen bleiben, die nicht zur Arbeit tauglichen und für die Zwangsarbeit nicht verwendbaren Schwärzen mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Was ist allem verlangen diese Kulturförderer die baldige Erfüllung folgender Wünsche:

Die bisherigen Rechte, welche den Eingeborenen noch auf Grund ihrer besonderen Gerichtsbarkeit zustanden, werden aufgegeben. Alle Angelegenheiten — auch die reinen Eingeborenen-Angelegenheiten — werden der staatlichen Gerichtsbarkeit unterstellt.

Alle strafbaren Handlungen, die Eingeborene gegen Weiße begehen, müssen von Amts wegen verfolgt werden.

Über die Eingeborenen sind fühlbare, empfindliche Strafen zu verhängen, die auch eine entsprechende Vollstreckung finden müssen. Ebenso sind die Strafen für Viehbeschädigung, die sich die Eingeborenen zuschulden kommen lassen, bedeutend schärfer zu gestalten. Desgleichen muß das komplizierte Verlassen der Arbeit und die frivole Schädigung des Arbeitgebers viel härter als bisher bestraft werden.

Die Vertragsfreiheit und die Freizügigkeit der Eingeborenen ist zu beschränken.

Das Züchtigungsrecht des Farmers gegen den Eingeborenen, das frei von jeder Prüderie sein muß, ist gesetzlich anzuerkennen.

Die der Staatshoheit sich entziehenden Buschläffern und Feldherren sind auszurotten und sei es auch durch eine vollständige Vernichtung.

Man sieht, die Farmer gehen aufs ganze und getreue ihren ostelbischen Zunftvorbildern in der Heimat machen sie bei der Regierung auch Dampf hinter ihren Forderungen. Offen drohen sie in dem „Südwestboten“ der Regierung, die nicht will, wie sie wollen, den Krieg an, indem sie erklären:

„Kampf oder Vernichtung! Lehnt die Regierung eine Verhandlung ab, dann Farmer hebe den Fehdehandschuh auf und kämpfe den Kampf um Deine Existenz mit dem Rute, der der Verzweiflung vorausgeht.“

Und zweifellos wird auch hier die Regierung zum Nachgeben bereit sein und sich bemühen, dem Verlangen der Farmer so weit wie möglich entgegenzukommen.

Wie sich denn auch die Regierung ähnlichen Wünschen der Farmer auf Samoa gefügig gezeigt hat. Auch dort greift die Not des Arbeitermangels Platz. Die „Samoaianische Zeitung“ ist voll von Klagen darüber; denn die Arbeiterverhältnisse auf Samoa sind folgende: Als eingeborene Arbeiter kommen die Samoaner in Betracht. In sich sind dieselben ein kulturell verhältnismäßig hochentwickeltes Naturvolk. Der Samoaner ist auch durchaus nicht arbeitsflehig, sondern er verlangt nur für seine Arbeit entsprechende Bezahlung. Das aber macht ihn in den Augen der Farmer zur Arbeit untauglich. Um so mehr als man den Samoaner nicht durch Hunger oder Steuerdruck zur Arbeit auf den Farmen zwingen kann. Denn einmal besitzen die Samoaner noch genügend Stammesland und zum anderen bekommen sie das Geld zu ihren Steuerleistungen durch den Verkauf von Cobia immer zur rechten Zeit zusammen. Deswegen mußten sich die Farmer auf andere Weise zu helfen versuchen. Sie fordern daher die Regierung zur Herbeischaffung fremder Arbeiter auf. Zuerst unternahm man da den Versuch, Eingeborene der Südsee einzeln nach Samoa zu verschleppen. In welcher Weise das aber geschah und von welchen Folgen das für die unglücklichen Eingeborenen begleitet war, darin gewährt eine Schilderung, die vor kurzem in der „Frankf. Zeitung“ erschien, einen grauenvollen Einblick. — In amerikanischen Blättern erschienen bereits vor Monaten eingehende Darstellungen über unerhörte Grausamkeiten, die bei der Anwerbung von eingeborenen Arbeitern auf dem Bismarckarchipel und auf den Salomonen inseln passiert sein sollen. Jetzt nahm die „Frankf. Ztg.“ diese Gerüchte, über die sich unsere gesamte Kolonialpresse beziehungsweise böllig ausgeschwiegen hatte, wieder auf und teilte als teilweise Bestätigung derselben folgenden Erlaß des deutschen Gouverneurs für Neuguinea, Dr. Dahl, mit:

„Wegen in letzter Zeit vorgekommener schwerer Anwerberausbreitungen und der dadurch verursachten Beunruhigung der Eingeborenen wird das Gebiet von Montagu-Hafen bis Kap Gloucester, Südneupommern, für die Anwerbung von Arbeitern gesperrt.“

Um die böllige Auflösung des Sula- und Neugensammes auf der Gagellenhalbinsel zu verhindern, ist die Anwerbung auch in den Niederlassungen dieser Eingeborenen am St. Georgsland in Zukunft untersagt.“

Diese Verfügung läßt trotz ihrer Trodenheit und Nüchternheit, die aus Furcht der Öffentlichkeit vielleicht zuviel sagen zu können, absichtlich gewährt ist, zu den weitestgehenden Vermittlungen Raum. Zwei Völkertämme stehen bereits vor der Auflösung! Wie müssen da die Anwerber gehaßt und welche furchtbaren Zustände müssen jahrelang unter den Augen der Behörden geherrscht haben. Denn umgekehrt können der Regierung solche Verhältnisse nicht geblieben sein. Verhältnisse, die in der „Frankf. Ztg.“ von einem kolonialen Fachmann geschildert werden:

„Die zum Eingehen eines Arbeitskontraktes benohten oder gewaltfam geprehten Eingeborenen haben ja keine Ahnung davon, in was für Verhältnisse sie gelangen! Man verweigert sich nur: Menschen, die bisher in zwanglosem Dasein nach den Gesetzen der Natur dahinkamen und deren körperliche Widerstandsfähigkeit bei einer Verpflanzung in eine andere Umgebung anerkanntermaßen außerordentlich gering ist, werden auf einem kleinen Transportschiff, das zudem der Ersparnis wegen meist unter Segel geht, zusammengepackt, bis sie nach langer Reise in dem, Tausende von Seemeilen entfernten Samoa ans Land gesetzt werden! Hier haben sie mindestens drei Jahre lang unter dem Zwange schwerer Pflanzungsarbeit bei gänzlich veränderten Verhältnissen und einer ihnen ungewohnten Kost zu leben oder zu sterben; denn eine Lösung des Kontraktes, den der Schwarze mit seinem Daumenabdruck oder mit drei Kreuzen unterzeichnet hat, und vorzeitige Rückbeförderung gibt es nicht, es sei denn, daß zufällig das Arbeiterschiff zu neuer Anwerbung auf Reisen geht, um die Lücken auszufüllen und Nachschub zu beschaffen. Wie wenig sind je vor Beendigung der Kontraktzeit noch lebend in ihre Heimat befördert worden, wie viele aber sind verendet als Kulturen für die samoanischen Pflanzungen.“

Man kann nicht glauben, daß diese furchtbaren Zustände der Ausbeutung der Eingeborenen der Gouverneursbehörde auf Neuguinea noch der auf Samoa unbekannt geblieben sein können. Was aber haben die Behörden bis zum Erlaß des Gouverneurs Dr. Dahl getan, um dieser unter ihren Augen sich vollziehenden Verflabung und ausbeuterischer Vernichtung der unglücklichen und völlig wehrlosen Eingeborenen zu verhindern? Die Antwort hierauf steht noch aus. — Trotzdem sich das Verlangen der samoanischen Farmer bereits nach neuer Menschenbeute geltend machte. Als nämlich der Zustrom der Südseeinsulaner verlegte, führte man chinesische Kulis nach Samoa ein. Aber nun weigert sich die chinesische Regierung, die weitere Anwerbung von Kulis für Samoa zu gestatten. Es sei denn, daß den Chinesen nicht nur höhere Löhne als bisher, sondern daß sie auch den Weißen rechtlich gleichgestellt werden. Ferner soll den chinesischen Arbeitern nach Erlöschen ihrer dreijährigen Dienstverpflichtung das Recht der Ansiedlung auf Samoa zustehen. Diese an sich durchaus verständlichen und berechtigten Forderungen der chinesischen Regierung vergällen aber den Farmern jede Freude an der Einfuhr chinesischer Kulis und heulend verkündet darum die „Rhein-Weit. Ztg.“ den Zusammenbruch der Existenz zahlreicher deutscher Ansiedler auf Samoa. Wobei aber zu bemerken ist, daß nach den letzten amtlichen Angaben nur 60 deutsche Ansiedler, Pflanzler, Farmer und Gärtner auf Samoa lebten! —

In ihrer Not schreien diese Leute nun nach weiterer Hilfe. Und wenn auch die Chinesen verjagen, soll sich die Regierung bemühen, die holländische Regierung zur Erlaubnis der Anwerbung japanischer Arbeiter zu veranlassen. Ob das geschieht und ob der Versuch von einem Erfolg begleitet ist, bleibt abzuwarten. Anscheinend hat die holländische Regierung keine große Lust dazu, ihren kapitalistischen Kolonialausbeutern das vorhandene billige und willige Ausbeutungsmaterial auf den japanischen Besitzungen zu vermindern; so daß die „Arbeiterfrage“ auch für Samoa nicht so bald gelöst sein wird.

Vor allen Dingen aber wird der Reichstag bei der Besprechung des Kolonialetat's Gelegenheit nehmen müssen, die Arbeiterfrage in den Kolonien eingehend zu erörtern. Die Regierung wird ja dann in verschiedener Beziehung mit der Sprache heraus müssen. Die Sozialdemokratie wird dann aber von neuem mit aller Schärfe gegen diese Art der „Arbeiterpolitik“ in Kolonien und damit zugleich gegen ein Kolonialsystem zu protestieren haben, das sich aufbaut auf brutaler Vernichtung unentwickelter Menschenseelen, auf offener, gesetzlich gestützter Menschenflaverei und zügelloser Ausbeutungsjucht unserer kolonialen „Kulturpioniere“.

Der unternehmertreue Minister.

Die weitere Debatte über den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung, die auch noch die Diensttagstung des Abgeordnetenhauses ausfüllt, brachte eine ganze Reihe reaktionärer Wünsche zutage. An der Spitze stand wiederum das Verlangen der konservativ-merikalen Mehrheit auf Einführung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der Fortbildungsschulen. Nicht die Ausbildung und Erziehung der jungen Leute für ihren späteren Beruf ist es, was dieser rückwärtlichen und muerischen Gesellschaft am Herzen liegt, sondern die Stärkung der Autorität der Lehrherren, und als Mittel zur Erreichung ihres Zweckes dient ihnen die Religion. Hoffen wir, daß der Wunsch des Freiherrn v. Richtigsojen (Rp.), daß doch noch einmal ein Fortbildungsschulgesetz im Sinne des Fortschritts und der Konservativen zustande kommt, nicht in Erfüllung geht!

Gegen den Mißbrauch der Fortbildungsschule zum parteipolitischen Kampf gegen die Sozialdemokratie erhob Genosse Vorhardt in wirksamer Rede, die von wirklicher Liebe für die Erziehung der heranwachsenden Generation diktiert war und unsere programmatischen Forderungen an den Fortbildungsschulunterricht kurz zusammenfaßte, energischen Protest.

Bei einem späteren Titel des Etats entwickelte der konservative Abgeordnete Vienneue ein ganzes Sammeltorium mittelständischer Wünsche: Verbot des Samierhandels, Schutz der Arbeitswilligen, Beseitigung der Vädereiverordnung und was dergleichen alte Ladenhüter mehr sind — Maßnahmen, die angeblich dem Mittelstand helfen, tatsächlich aber ganz wirkungslos bleiben werden. In einer kurzen Erwiderung konnte Genosse Vorhardt dem Schwärmer für eine neue Zuchthausvorlage mit unanfechtbarem Material von Terrorismus dienen, wie er von Innungsbrüdern gelobt wird. Widerlegen konnten die Reaktionen die Ausführungen unseres Genossen nicht, und so wählten sie den besseren Teil der Tapferkeit, sie schwiegen, und diese Laktik beobachteten sie auch angesichts des geradezu erdrückenden Materials über den Terrorismus von Innungen und Arbeitgeberverbänden, das Viebnecht zur Ergänzung der Vordardischen Rede vortrug. Allerdings muß zur Entschuldigung des Verhaltens der Mehrheit gesagt werden, daß ihnen der Handelsminister Dr. Sydow die Arbeit abnahm. Nach der ministeriellen Verteilung des Terrorismus der Innungen hatten die Reaktionen nicht mehr nötig, auch nur ein Wort zu sagen. Hatte es doch der Handelsminister fertig bekommen, das geschwindige Vorgehen der Magdeburger Vädereinung gegen solche Vädereimeister zu billigen, die in einen Tarifvertrag mit den Vädereigeilen willigen wollten und deshalb von der Innung in Strafen von 5 bis 6000 M. genommen worden waren. Dabei hatte der Minister den inneren Schrein seines kapitalistischen Herzens dadurch erschlossen, daß er auf der einen Seite von dem „sozialdemokratischen Vädereverband“, auf der anderen Seite immer von den „staatsstreuen“ Vädereimeistern und den „meistertreuen“ Geiellen sprach.

Der meister- und unternehmertreue Minister hatte freilich noch eine böse Stunde, als ihm Genosse Veinert in seiner Rede über die Arbeitsnachweise seine ungeheuerlich einseitige unternehmerfreundliche Haltung vorhielt und in wirksamem Kontrast dazu ein ministerielles Ein-schreiten stellte, das in Hannover stattgefunden hatte einem Tarifvertrag gegenüber, der unter dem Vorbehalt eines Magistratsbeamten unter Zustimmung sowohl der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer des Malergewerbes abgeschlossen worden war. Dieser Vertrag war von dem Minister angefochten worden, weil ihm der Verdacht aufgestiegen war, daß dadurch eventuell auch den freien Gewerkschaften ein Vorteil erwachsen könnte. Derselbe Minister aber, der hier aus Feindschaft gegen die freien Gewerkschaften einschritt, duldet nicht nur die schreienden Geschwindigkeiten der Innungen, sondern auch alle Erzeße der Unternehmerarbeitsnachweise. Genosse Veinert nagelte die Arbeiterfeindschaft des Handelsministers ebenso fest, wie dessen geschäftige Dienstfertigkeit gegenüber dem Unternehmertum. Arbeitsnachweise, die nach einer solchen feindseligen Stellungnahme gegenüber dem organisierten Proletariat noch die Gunst des Handelsministers erfahren, würden von vornherein, und zwar von Rechts wegen, mit dem ungerühmbaren Mißtrauen der Arbeitnehmer behaftet sein!

Der Minister blieb am Dienstag die Antwort schuldig. Er wird sich wohl inzwischen nach Ausreden umsehen, um die vermündeten Anklagen unserer Redner abzuwenden. Aber alle Ausreden werden die provozierende Tatsache nicht zu verschleiern vermögen, daß auch Herr Sydow nichts ist, als der junge Mann des Unternehmertums, ein unternehmertreuer Minister!

Das Fünfzigmillionengefchenk an den Geldsack.

Die „Freisinnige Zeitung“ hat auf unsere letzte Rememndung ihrer Aktion zugunsten der preussischen Geldsacke, ihrer Forderung auf Aufhebung der Steuerzuschläge auch für die

hohen Einkommen, nichts zu antworten gewohnt. Trotzdem hielten wir es für angebracht, nochmals zahlenmäßig genau nachzuweisen, welche kolossale Steuererleichterung an die reichen und reichsten Leute Preußens die Forderung des Freizins — der hier mit Zentrum und Nationalliberalen Hand in Hand geht — bedeuten würde.

Von wem werden jetzt die Steuerzuschläge aufgebracht? Nur zu einem geringen Teil von den mühsam ermittelten Schichten, zu reichlich fünf Sechsteln von der besitzenden Klasse. Folgende Zahlen mögen das beweisen:

Von den physischen Jeniten (persönlichen Steuerzahlern) wurden nach der neuesten amtlichen Statistik im Jahre 1912 an Zuschlägen gezahlt von den Einkommensgruppen

von 000—8000 M. . . 3,9 Millionen Mark Zuschläge
über 8000 . . . 32,9

Schon diese Zahlen verraten, wem mit der Aufhebung der Steuerzuschläge ein Riesengeldstück gemacht werden soll. Aber wir wollen die Summe, die den schwerreichen Geldsäcken geschenkt werden soll, noch ein wenig spezifizieren.

Von den Steuerzahlern mit einem Einkommen von 9500 bis 30 500 M., also von Leuten, die doch wirklich die Zuschläge bezahlen können, wurden im Jahre 1912: 46,1 Millionen Mark Einkommensteuer gezahlt. Da an Zuschlägen 15 bis 20 Proz. dieser Steuer summe erhoben werden, rechnen wir eher zu niedrig als zu hoch, wenn wir die Steuerzuschläge für diese Gruppe von Steuerzahlern auf 8,3 Millionen Mark beziffern.

Also diesen reichen Leuten sollen fast 8 1/2 Millionen Mark geschenkt werden! Häßlicher aber noch nimmt sich folgende Berechnung aus. Für die Steuerzahler mit mehr als 30 500 M. Jahreseinkommen beträgt der Steuerzuschlag 25 Proz. der von ihnen zu leistenden Steuer summe. Im folgenden stellen wir hiermit die von den einzelnen Einkommensgruppen gezahlte Einkommensteuer und die infolgedessen im Jahre 1912 erhobenen Zuschläge nebeneinander:

Jahreseinkommen:	Steuer summe:	Zuschläge:
30 500 bis 100 000 M.	33,6 Millionen M.	8,4 Millionen M.
100 000 . . . 500 000	27,1	6,8
500 000 . . . 1 Mill.	6,3	1,5
über 1 Mill.	8,0	2,0

Das geplante Steuererleichterung beträgt also: 18,7 Millionen M.

Rechnen wir dazu die 8,3 Millionen Mark der Gruppe mit 9500—30 500 M. Jahreseinkommen, so ergibt sich, daß allein den physischen Jeniten mit einem Jahreseinkommen von mehr als 9500 M. die Summe von 27 Millionen Mark geschenkt werden soll.

Aber damit nicht genug. Auch die nicht physischen Jeniten, die Aktien- und kapitalistischen Erwerbsgesellschaften überhaupt, wollen sich ein rundes Stümchen von 16 Millionen Mark schenken lassen. Die Steuerzuschläge für die nicht physischen Jeniten betragen im Jahre 1912 16,1 Millionen Mark, davon entfallen auf:

Aktien- und Kommanditgesellschaften . . .	11,2 Millionen Mark
Vergesellschaften . . .	0,7
Gesellschaften mit beschränkter Haftung . . .	4,08

in Summa 15,98 Millionen Mark

Also diesen kapitalistischen Gesellschaften sollen rund 16 Millionen Mark geschenkt werden.

Aber weiter. Für die Ergänzungs-(Vermögens-)Steuer liegen für das Jahr 1912 die amtlichen Zahlen noch nicht vor. Ziehen wir aber die Zahlen von 1911 zu Rate, so zeigt sich, daß in diesem Jahre von den 12 1/2 Millionen Mark Zuschlägen zur Vermögenssteuer nicht weniger als 9 1/2 Millionen Mark auf die Vermögenssteuer-Jeniten entfallen, die ein Einkommen von mehr als 3000 M. bezaßen. Das von dem Zentrum erbetene Geschenk an die reichen und reichsten Steuerzahler beträgt also 27 + 16 + 9 1/2 Millionen gleich 52 1/2 Millionen Mark!

Die „Freisinnige Zeitung“ behauptete dieser Tage bekanntlich in einer Polemik gegen den „Vorwärts“, daß die zu schaffende Vermögenssteuer für das Reich doch nicht dadurch erschwert werden dürfe, daß man den Steuerdrückbergern den Vorwand gebe, sich auf die „enorme Steuerbelastung“ des preußischen Besitzes zu berufen. Diesem lächerlichen Einwand gegenüber wollen wir einer Drohschütze des freikonservativen Abgeordneten v. Dewitz folgende

Zahlen entnehmen, die beweisen, wie kolossal sich gerade das Vermögen der schwerreichen Leute in Preußen vermehrt hat.

Es haben sich vermehrt von 1895—1911:

in den Gruppen:	die Jeniten um	Prozent 16 Jahre jährlich
6 000—100 000 . . .	555 901	62,8
100 000—500 000 . . .	49 291	56,9
500 000—1 000 000 . . .	5 425	64,77
1 000 000—2 000 000 . . .	2 487	72,52
2 000 000 und mehr . . .	1 598	87,46

Das Vermögen um M.	Prozent 16 Jahre jährlich	Bestand im Jahre 1911 Summe der Jeniten	Summe des Vermögens
11 941 780 000	46,8	2 92	1 198 208
10 017 538 000	59,0	3,69	135 848
3 889 236 000	65,27	4,03	113 800
3 552 898 000	72,43	4,52	5 916
9 524 624 000	109,21	6,82	3 425
88 927 076 000			18 245 900 000

Wie sich speziell in den Jahren 1908 bis 1911 das Vermögen gerade der allerreichsten Leute in der fabelhaftesten Weise vermehrte, beweist folgende Uebersicht aus der gleichen Drohschütze des freikonservativen Abgeordneten von Dewitz:

In den Vermögensgruppen	Jeniten	Zuwachs des Vermögens	pro Kopf
6 000—100 000	1 604 050	4 655 514 000 M.	2 895
100 000—500 000	135 848	2 451 114 000	18 000
500 000—1 000 000	13 800	844 912 000	61 200
1 000 000—2 000 000	5 918	883 290 000	149 000
2 000 000 und mehr	3 425	2 170 890 000	634 000

Wer angesichts solcher Tatsachen von einer „enormen Belastung“ des preußischen Besitzes zu reden vermag, darf wohl mit Zug und Recht als schamloser Handlanger der unverschämtesten Geldsackinteressen bezeichnet werden!

Die Balkankrise.

Auch heute liegen Nachrichten vor, die auf eine Verringerung der internationalen Situation deuten. Die Differenzen zwischen Oesterreich und Rußland in der albanischen Frage haben sich anscheinend neuerdings verringert und die Idee, daß wegen der Zugehörigkeit einiger verllorener Küsten zu Albanien oder Serbien Krieg geführt oder auch nur die ungeheuren finanziellen Opfer der Mobilisierung noch vermehrt werden sollten, ist so absurd, daß sie allmählich aufhört, die leitende der österreichischen und russischen Machthaber zu sein. Auf dem Kriegsschauplatz selbst verhindert die Vernunft der Natur den Wahnsinn weiteren Massenmordes, und man kann nur wünschen, daß die wohlthätigen Schneefälle bis zum Abschluß des Friedens fort dauern.

Hoffnung auf allgemeine Entspannung.

Wien, 25. Februar. Wie die Blätter melden, antwortete Ministerpräsident Graf Stürgkh einer Abordnung deutsch-böhmischer Parlamentarier auf eine Anfrage über die internationale Lage, es sei begründete Hoffnung, daß in nicht ferner Zeit eine allgemeine Entspannung eintreten werde.

Italien behält die besetzten Inseln!

London, 25. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach einer Konstantinopeler Meldung der „Daily News“ von dem aus dem Tripolitaliege bekannten Korrespondenten Mac Cullagh verhandelt die italienische Regierung augenblicklich mit den Jungtürken über den Verkauf der von den Italiern noch besetzten Inseln Rhodos, Leros und Stampalia. Der Korrespondent schreibt, daß der Kaufpreis schon jetzt bezahlt worden sei, die Inseln aber erst nach Beendigung des Krieges abgetreten würden. Konstantinopel stehe voller Konzeptions-

jäger. Vor einigen Tagen habe das Kabinett in einer Stunde 27 Konzeptionen genehmigt, die alle von Ausländern erworben wurden. Die Konzeptionen beziehen sich meist auf Kupfer- und Glimmerbergwerke und Delfelder. Eine Folge des Krieges, meint der Korrespondent, werde ein ungeheures Anwachsen der ausländischen Finanzinteressen in Kleinasien sein. Der asiatische Rest der Türkei werde an Händen und Füßen gebunden den christlichen Konzeptionären ausgeliefert sein. Er glaubt, daß die Türkei allmählich unter eine Art italienisch-österreichischen Protektorats kommen werde. Deshalb setzt man sich auch in Italien neuerdings so sehr für die Integrität der asiatischen Türkei ein, nachdem man den afrikanischen Teil und die besetzten Inseln in Sicherheit gebracht hat.

Vom Kriegsschauplatz nichts Neues

Konstantinopel, 25. Februar. Ein amtlicher Kriegsbericht besagt: Infolge des herrschenden Schneesturmes hat sich vor Tschataldcha, Adrianopel und Bulair nichts Neues ereignet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Februar 1913.

Wahlprüfungen.

Aus dem Reichstage. Wenn es sich um die Nachprüfung und um die Entscheidung über Gültigkeit oder Ungültigkeit beanstandeter Wahlen handelt, stoßen die Parteieninteressen hart und unvermittelt aufeinander. Das tun sie bei anderen Gelegenheiten freilich auch, aber die Parteien schützen dann doch gern allgemeine Grundzüge, öffentliches Wohl und andere mehr oder weniger unsichere Abstraktionen vor. Bei Wahlprüfungen handelt es sich dagegen um die ganz konkrete Realität, ob eine Partei ein Mandat im Reichstage fürberhin behalten, oder ob es ihr durch einen Mehrheitspruch genommen werden soll.

Zwar wird dabei auch mit dem Handwerkszeug formaljuristischer Deduktionen gekloppt, aber kein Mensch läßt sich auch nur einen Augenblick darüber täuschen, daß sich bei den Wahlprüfungen des Reichstages je länger, je gewisser der alte „Rechts“grundsatz durchsetzt: Was ist recht ist Recht! Demnach geraten bei diesem Mandatsgeraube die „Rechts“-anschaungen der bürgerlichen Parteien in Verwirrung, daß irgend ein besonders leistungsfähiger Abgeordneter heute mit bereiten juristischen Argumenten als Rechtsbruch anklagt — wenn er damit einem Parteifreund nicht! —, was er gestern noch mit der gleichen juristischen Berechnung als unfehlbaren Rechtspruch verteidigte — wenn er damit einem Parteifreund Schaden zufügte!

Der bekannte Krenndt, von Geburt Jude, von Konzeption Christ, dem Namen nach Reichsparteiler, der Sache nach preußischer Partikularist, dem Mandat nach Volksvertreter, seinen Laten nach Soldknecht des Kapitals, gab am Dienstag in der Frage der Wahlprüfungen ein besonders liebliches Beispiel politischer Doppelwährung. Mit dem blechernem Tone unechter Silbermünzen knarrte er dem Reichstage die Beleidigung ins Gesicht, er möchte doch wenigstens den Schein des Rechts wahren. Dieser Rechtsathlet mußte sich aber fünf Minuten später nachweisen lassen, daß er selbst in einem früheren Falle frech, fromm, froh und dreist die ärgste Ungeheuerlichkeit, die bei einer geheimen Wahl überhaupt möglich ist, begeistert verteidigt hatte. Und einige Stunden später stimmte dieser Herr mit dem doppelten Rechtsbewußtsein in einem praktischen Falle gegen die erhabenen Rechtsgrundzüge, die er selbst kurz vorher noch dem Reichstage mit feierlicher Beschwörung anempfohlen hatte.

Es sind immer nur die Sozialdemokraten, die den ruhenden Bol in der allgemeinen Verwirrung rechtlicher Begriffe bilden und für die Durch-

Anno 13 und wir.

Die Stadtverordneten Berlins wollen am 17. März den hundertsten Jahrestag des „Aufrufs an mein Volk“ feierlich begehen durch einen „Witgang“ in die Nikolaisirche, wo Christen, Juden und Heiden als treuergebene Diener der Monarchie und wahrhafte Patrioten paradiert werden wollen. Nur die Sozialdemokraten tun nicht mit. Sie haben erklärt, daß zu einer solchen Gedenkfeyer das Volk keinen Anlaß hat, da ihm die Machthaber die volle Erfüllung der 1813 in der Stunde der Not zugesagten staatsbürgerlichen Rechte, bis auf den heutigen Tag vorenthalten haben. Für uns Sozialdemokraten ist die Ablehnung jenes Witganges durch unsere Genossen im Berliner Rathaus selbstverständlich. Den freisinnigen Patrioten jedoch gab sie den erwünschten Anlaß, durch ein paar heulweinernde Entleistungskommissionen im Rathaus und im Abgeordnetenhause den höchsten und allerhöchsten Herrschaften ihre neuerdings etwas verdammt gewordene Ergebenheit gegen Thron und Altar in empfehlender Erinnerung zu bringen. Dabei wurde der Versuch gemacht, die Ablehnung jener byzantinisch gefährlichen Feiern den Sozialdemokraten als gleichgültig gegen die Volksbewegung von 1813 überhaupt umzubeden, trotzdem unser ganzes Auftreten in der Öffentlichkeit hinreichend beweist, wie wir in Wirklichkeit zu der Frage stehen: Feiern? nein; gedenken? ja!

Wie sehr wir Sozialdemokraten die Erben der Befreiungsbekämpfungen des Jahres 1813 sind, das spricht besonders mit überzeugender Klarheit aus den Schriften Johann Gottlieb Fichtes. Nicht nur in seinen 1808 erschienenen „Reden an die deutsche Nation“, auch in manchen seiner kleineren politischen Schriften finden sich Urteile, die heute noch die herrschenden Klassen empfindlich ins Mark treffen. Da aber gerade das, was in der heutigen Zeit noch lebend- und wirkungsfähig ist aus Fichtes Wirken, bei den offiziellen Festsprachen keinen Widerhall finden wird, wollen wir als Erben und Verbollkommener seiner Befreiungsbekämpfungen hier einige dieser Worte den Mitstreitern in Erinnerung rufen.

Fichte erstrebte ein einheitliches Deutschland mit republikanischen Einrichtungen, unter voller Berücksichtigung der Eigenart aller einzelnen Stämme. Aber jedweder Partikularismus, auch der preussische, war ihm völlig fremd. Beginnend er doch seine Reden an die deutsche Nation mit den lapidaren Sätzen:

„Ich rede für Deutsche schlechthin, von Deutschen schlechthin, nicht anerkennend, sondern durchaus beiseite schiebend und wegwerfend alle die trennenden Unterscheidungen, welche unselbstige Ereignisse seit Jahrhunderten in der einen Nation gemacht haben.“

So „deutsch“ denken in Deutschland heute nur noch wir Sozialdemokraten.

In jenen Reden gab Fichte sich aber noch der utopistischen Hoffnung hin, daß die deutschen Fürsten, gepackt von Begeisterung für die Befreiung und Einheit der Nation, freiwillig auf ihre Vorrechte verzichten würden. Die Ereignisse der nächsten Jahre zerschlugen bald diese Hoffnung. Als dann 1813 König Friedrich Wilhelm III. von Preußen endlich sich zu dem „Aufruf an mein Volk“ hatte drängen lassen, kommentierte ihn Fichte in dem Entwurf zu einer Schrift, die als als Fragment überkommen ist.

Den Königsworten tritt er da höchst pessimistisch gegenüber mit dem Satz:

„Wenn nun der unterjochte Fürst an sein Volk appelliert, heißt das: Wehrt euch, damit ihr nur meine Knechte seid, und nicht die eines Fremden? Sie wären Toren.“

Das könnten die Cassel und Konsorten sich ins Stammbuch schreiben. Richtiges Vertrauen hat sich vollaus bewahrt. Das Volk war zwar nicht leicht genug, auf die Befreiung von der inneren Anarchie zu verzichten. Aber als es mit unerhörten Opfern die Befreiung von der Fremdherrschaft erkämpft hatte, duldete es, daß der wortbrüchige König sein getreues Volk wieder zu „seinen Knechten“ machte. Doch schlimmer als Toren sind die Bürgerdeute, die jenen Verrat am Volke jetzt nachträglich sanktionieren, indem sie den Aufruf durch einen hochförmlichen Witgang byzantinisch feiern.

Wie sehr Fichte die heute noch bestehenden Archaismen der staatlichen Einrichtungen erkannte, das hat er am kräftigsten ausgesprochen in einer gleichfalls unvollendet gebliebenen Schrift, die er in Königsberg im Winter 1806/07, also nach dem Zusammenbruch bei Jena, verfaßt hat. Eine Schilderung der Selbstsucht und aufgeblasenen Wichtigkeit des Fürsten gipfelt in den Worten:

„Sie krochen vor dem Auslande, sie eröffneten demselben den Schoß des Vaterlandes; sie würden vor dem Deh von Algier gekrochen sein und den Staub seiner Füße geküßt haben, seinen natürlichen oder angenommenen Söhnen ihre Töchter veriraubt haben, wenn sie nur dadurch zu dem ihnen gelovenen Amte oder zum Königstitel hätten kommen können.“

Daß die deutschen Fürsten so werden könnten, wie sie waren, dafür maß Fichte indes den in Unterwürigkeit erziehenden Bürgerdeuten ein vollgerütteltes Maß der Rücksicht bei. Nach Schilderung der Stumpf sinnigkeit der Fürsten fügte er hinzu:

„Dieser allen Glauben übersteigende Stumpfsinn zeigte sich auch noch in anderen Erscheinungen. Sie konnten eine ganze Regierung hindurch Fehler an Fehler geknüpft haben, die nun offen dalagen vor aller Welt Augen; aber sie durften nur eine augenblickliche Requirung zeigen, sich zu ermannen, oder sie konnten sich nach langem Hin- und Herüberlegen entschließen, eine entscheidende Niederträchtigkeit nicht zu begehen, so fanden sich solche die entzückten Lobredner, denen es an Worten und an Bildern zu gebrechen schien, um diese Musterzüge von Regentenweisheit und Mut zu erheben, ohne daß jene die tiefe Schmach fühlten, die ihnen dadurch angetan wurde, und ohne daß man ein Beispiel wüßte, daß sie ein Mißfallen daran bezeigt.“

Es ist nicht, als ob Fichte vorahnen den freisinnigen Bürgerdeuten von 1913 in die Hsammenreihen Seele geschaut hätte? So geht's genau heute auch noch zu im neuen Deutschen Reich der Unteranen demut und Bedenkenlosheit. Durchaus vertraut mutet uns auch an, was er über die Minister sagt:

„Solcher Fürsten würdig waren derselben Minister. . . Die Verwaltung des auswärtigen Verhältnisses ging gang auf in dem, was sie Diplomatie nannten; und diese bestand, außer der Wissenschaft des Ausforschens, des Ablesens von Geheimnissen der Erboordnung von Anekdoten, alles dieses zu keinem

anderen Gebrauch, als damit man sie berichten könnte ihrem feinsten Wesen nach, in der Kunst: durch Zweideutigkeiten und auf Schrauben gestellte Erklärungen die Notwendigkeit eines entscheidenden Entschlusses so weit hinauszuschieben als irgend möglich, in der Hoffnung, daß unterdessen vielleicht ein Zufall statt unserer wählen und uns des horren Zwanges, selber zu denken und zu wollen, überheben werde. Die Kunst der inneren Verwaltung war noch weit einfacher, und bestand bloß in der Wissenschaft, soviel bares Geld als irgend möglich herzuschaffen. . . Wenn man ihnen annutete, etwas für die Erziehung des Volkes, die über allen Glauben elend war, zu tun, so entschuldigten sie sich damit, daß sie dazu kein Geld hätten; . . . alles Geld, dessen man nie zuviel bekommen konnte, floß nun zusammen in den ungeheuren Schlund der hehenden Heere, die nie groß genug sein konnten, und die zu keiner anderen Ausgabe etwas übrig ließen.“

Geradezu vernichtend ist, was er über das deutgerliche Junkertum schreibt, das die Offizierstellen im Heere fast ausschließlich inne hatte und durch „freches und rohes Dahintrreten und höhnischen Troß gegen alle anderen Stände“ seine Vorrechte betätigte, aber im Kriege fortgesetzt vielfach Beweise der Unfähigkeit, Feigheit und sogar des Verrats geliefert hat.

Doch es mag hier genug sein mit der Anführung solcher Urteile über die Schäden der damaligen Zeit, Schäden, die heute noch nicht völlig überwunden sind, Wohl aber müssen wir noch hinweisen darauf, wie nahe Fichte in seinem Denken auch den positiven Bestrebungen der Sozialdemokratie gekommen ist. Er war sicher kein Sozialdemokrat. Dafür war seine Zeit noch nicht reif. Seine wirtschaftspolitischen Anschauungen wurzeln in der Übergangszeit von den Kleinbürgerlichen zu den kapitalistischen Betriebsformen. Aber seine ganze großartige Auffassung des Gemeinns und des Gesamtinteresses des Volkes kreibt ihn doch zu Forderungen, die nur durch den Sozialismus verwirklicht werden können. Dieser nationalste Schweder des Deutschland dachte ganz international, indem er sich das neue Deutschland vorstellte als ein mit anderen Nationalstaaten gleichberechtigtes Glied einer weltbürgerlichen Gesellschaft. Der Gedanke, die Einheit Deutschlands herzustellen, um dann die gewonnene Macht zur Unterdrückung fremder Völker auszunutzen, war ihm völlig fremd. Er hatte die Grauel und den Druß des bonapartistischen Imperialismus zu schmerzhaft empfunden, als daß er selbst seinem Volk eine solche menschenfeindliche imperialistische Politik hätte zuweisen können. Wie sehr das Staatsideal, das ihm voranschwebte, dem unsren sich nähert und nur von einer sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden kann, als Beweis dafür mögen hier wieder die Worte Fichtes Platz finden, die vor einigen Tagen bereits im Reichstag den bürgerlichen Parteien vorgehalten wurden. In jener Schrift nämlich, die den Aufruf „An mein Volk“ kommentiert, mißt er den Deutschen ihre staatliche Aufgabe in folgenden Worten zu:

„Und so wird von ihnen aus erst dargestellt werden ein maßstabes Reich des Rechts, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, in aller Begeisterung für Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erbilden, ohne Aufopferung der Mehrzahl der Menschen als Sklaven, ohne welche die alten Staaten nicht bestehen konnten; für Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschengeist trägt.“ G. L.

setzung des wirklichen Rechts allen Parteinteressen zum Trost bis zur Selbstverleugnung kämpfen. Hat sich doch Genosse Haupt am Dienstag mit Rücksicht darauf, daß hernach seine eigene Wahl zur Entscheidung stand, bei der Entscheidung über die Wahl des national-liberalen Bekers, des bekannten Reichsverbändlers, der Stimme enthalten und dadurch — es wirkt wie ein Treppenwitz der Geschichte! — dem Reichsverbändler das Mandat gerettet. In namentlicher Abstimmung wurden 159 Stimmen für die Gültigkeit, 158 gegen die Gültigkeit des Bekerschen Mandats abgegeben. Freilich hätte diese sozialdemokratische Anständigkeit nicht so sonderbar belohnt zu werden brauchen, wenn nicht zehn fortschrittliche Abgeordnete gefehlt hätten. Dabei handelte es sich bei dem zu Unrecht unterlegenen Gegenkandidaten Bekers um den freisinnigen Pfarrrer Korrell! Der Freisinn bleibt sich in seiner Direktionslosigkeit und Befähigung doch immer gleich!

Der lange umstrittenen Prüfung der Wahl Bekers ging die Prüfung der Wahl des Nationalliberalen Adisch vorher. Die Angelegenheit wurde noch einmal an die Wahlprüfungs-Kommission zurückverwiesen. Das gleiche geschah in namentlicher Abstimmung mit dem Mandat des Genossen Haupt, nachdem besonders unsere Genossen Reichhaus und Schmidt-Reihen mit überzeugenden Gründen den Antrag der Wahlprüfungs-Kommission auf Ungültigkeitserklärung der Wahl zurückgewiesen hatten.

Am Mittwoch soll wieder ein Schwereinstag stattfinden. Zur Erörterung gelangt ein Initiativantrag der Nationalliberalen über das Submissionswesen und ein konservativer Initiativantrag über die Vermehrung kleiner Garnisonen und Bewilligung freier Fahrt für Soldaten, die in Urlaub fahren.

An die falsche Adresse.

Das „Berliner Tageblatt“ kommentiert den Beschluß, den die Generalversammlung des Zentralwahlvereins Teltow-Beckow in Sachen der Stichwahl für die bevorstehende Erziehungskommission hat, keineswegs beifällig. Daß die Sozialdemokratie entschlossen ist, den fortschrittlichen Kandidaten Herrn Traub durchfallen zu lassen, wenn der Freisinn nicht seinerseits bindende Verpflichtungen übernimmt, erscheint dem „Berliner Tageblatt“ zwar konsequent; aber die Konsequenz, die Wahl eines Reaktionsärs auf Kosten eines „entschiedenen Demokraten“, wie es der Pfarrrer Traub sei, zuzulassen, hält es gleichwohl für „absurd“.

Uns will es absurd erscheinen, daß das „Berliner Tageblatt“ so gar nicht zu begreifen vermag, daß Herr Traub als Person für die Sozialdemokratie natürlich keine Rolle zu spielen vermag, sondern nur als Angehöriger seiner Partei, der Fortschrittspartei. Ob ein Reaktionsär mehr im Abgeordnetenhaus sitzt, ist vollständig gleichgültig. Nicht gleichgültig dagegen ist, daß der Fortschritt sich mit erklärten Wahlrechtsfeinden wie den Nationalliberalen verbunden hat, um einem Bündnis mit der Sozialdemokratie aus dem Wege zu gehen und auf Kosten der Sozialdemokratie Wahlrechtsfeinde in den Landtag hineinzubringen. Wenn der Fortschritt solcher Verdrähten an Wahlrecht, also an seinen eigenen prinzipiellen Forderungen, fähig ist, so kann und muß es auch der Sozialdemokratie gleichgültig sein, wieviel Freisinnige in den Landtag hineinkommen. Dabei ist es natürlich unvermeidlich, daß der Gerechte mit dem Ungerechten leiden muß. Als Person vermag Herr Traub trotz aller persönlichen Vorzüge nicht das geringste zu nützen. Ist aber sein Einfluß auf seine Partei so gering, daß er deren reaktionäres Gebaren nicht zu verhindern vermag, so muß er sich eben bei seinen eigenen Parteigenossen dafür bedanken, daß ihm der Eintritt in das Dreiklassenparlament verschlossen bleibt. Auch das „Berliner Tageblatt“ sollte sich mit seinen Schmeicheleien lieber an die entscheidenden Instanzen der fortschrittlichen Volkspartei selbst wenden.

Der Cassel-Cuassel

wird jetzt nicht nur von der „Volkzeitung“, sondern auch vom „Berliner Tageblatt“ preisgegeben. Schreibt doch das Postblatt über den Zusammenstoß in der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung:

„Patriotische und monarchische Gesinnung pathetisch und vordringlich zur Schau zu stellen und sich auf diese Weise bemerkbar zu machen, ist nicht nach jedermanns Geschmack. Und es entspricht ganz gewiß nicht dem Geiste jener schlachten, tapferen, unabhängigen — und auch vor Königsthronen unabhängigen — Männer, die dem preussischen Volke vor hundert Jahren den Weg zum Siege gezeigt.“

Nationalliberale Wahlparole in Baden.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Karlsruhe gemeldet: In der Sitzung des engeren Ausschusses der nationalliberalen Partei wurde auch die Taktik bei den kommenden Landtagswahlen erörtert. Die Mehrheit der Vertreter sprach sich für einen Großblock im ersten Wahlgange aus. Die endgültige Entscheidung in dieser Frage wurde auf später vertagt.

Vaterlandsliebe, die nichts kostet.

Seit langem forderten die konservativen und national-liberalen Blätter unter der glorreichen Führung der „Post“ und der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ eine möglichst starke Vermehrung des Heeres und der Flotte. Unter Ausbeute der schönsten Phrasen wurde erklärt, dem deutschen Volk, besonders den sogenannten gebildeten und beständigen Volkskreisen, sei kein Opfer zu groß für Deutschlands Ehre und Nachstellung. Noch heute im deutschen Bürgertum der Geist seiner Ahnen von 1813. Wenn es Deutschlands Wehrfähigkeit, seine Zukunft, seine nationale Größe gelte, dürfe und werde kein echter deutscher Mann dem Vaterlande Gut und Blut verweigern. In allen Variationen wurde bis zum Ueberdruß Schillers „Ans Vaterland, ans teure, lachliche dich an!“ zitiert.

Jetzt ist die Heeresvorlage ausgearbeitet und soll in kurzem zusammen mit den neuen Steuervorlagen, die zur Deckung der Ausgaben unbedingt erforderlich sind, dem Reichstag zugehen. Richtig sind ungefähr 180 Millionen Mark, von denen ungefähr 50 oder 60 Millionen durch eine sogenannte Besitzsteuer, eine Vermögenszuwachs- oder Erbschaftsteuer, aufgebracht werden sollen — und nun fährt dieselbe Presse des „gebildeten“ und „beständigen“ Bürgertums, die sich vor wenigen Wochen noch in vaterländischen Phrasen heraufschätzte und patriotische Gedichte deklamirte, wie von einer Tarantel gestochen auf. Futtsch ist die ganze nationale Begeisterung! So hatte man die Sache nicht gemeint.

Was, von den 180 Millionen Mark sollen 50 oder 60 Millionen den Wohlhabenden aufgebürdet werden? Nein, das hatten die Zeitungen vom Kaliber der „Post“ nicht gemeint, als sie von der Opferwilligkeit und dem heiligen

Vaterlandsgelübde der Beständigen räumten. Wie bisher, so sollte auch diesmal verfahren werden. Wohl wollte man in patriotischem Pflichtgefühl bewilligen, was die Regierung an neuen Truppen forderte — aber die Aufbringung der nötigen Geldmittel, die möchte den ärmeren Volkskreisen überlassen bleiben. Neben dem Bewilligen auch noch selbst den eigenen Geldbeutel zu belasten — das ist allzu viel verlangt. So weit reicht die gepriesene vaterländische Opferwilligkeit nicht, und mehr denn in der konservativen und nationalliberalen Presse die Stimmen, die dringend die Regierung ermahnen, doch um Gottes willen nicht die Heeresvorlage mit der Deckungsfrage zu verquiden. Erst mühten die neuen Heeresvorlagen angenommen werden — dann später könne man darüber reden, wie sich am besten die nötigen Mittel zur Deckung der entstandenen Ausgaben aufbringen ließen. Man kalkuliert eben, daß später, nachdem einmal die Heeresvermehrung durchgeführt ist, sich schon die Gelegenheit bieten wird, den weitans größten Teil der Lasten auf die breite Volksmasse abzugeben zu können.

Gestern haben wir zwei Stimmen aus dem national-liberalen Lager zitiert, die sich gegen die sogenannte Verquickung der Heeresvorlage mit der Deckungsvorlage wendeten; heute folgt die „vaterländische“ „Post“ mit der gleichen Mahnung. Orazio Freiherr von Jedlich und Reinfried schreibt dort:

„Nachdem bekannt ist, daß mit der Heeresvorlage die Deckungsvorlage zugleich eingebracht werden soll, wird in einem Teil unserer Presse die Forderung erhoben, daß auch die Verabschiedung beider Vorlagen gleichzeitig erfolgen solle. Man weist dabei auf eine formelle Verbindung beider Vorlagen durch ein sogenanntes Mantelgesetz hin. Dieses eifrige Verlangen ist etwas verdächtig. Man bezweckt dabei anscheinend, die Militärvorlage als Vorspann für die Lösung der Deckungsfrage nach einer bestimmten Richtung hin zu benutzen, vornehmlich aber nicht allein zu dem Zwecke, um dem sogenannten schwarzen Blod die Erbschaftsteuer aufzuzwingen, sondern auch um den Sozialdemokraten die Rolle des Helfers in der Finanznot zuzuwenden. Man wird indessen erwarten dürfen, daß diese Nebenbühne umsonst aufgewendet ist, denn die Verbündeten der Regierung werden doch nicht so töricht sein, die Verabschiedung einer unbedingt dringlichen Vorlage, wie die Heeresvermehrung, von der Lösung eines so schwierigen Problems, wie es die Deckungsvorlage ist, abhängig zu machen.“

Es ist doch etwas Erhabenes um die Vaterlandsliebe — vorausgesetzt, daß sie nichts kostet.

Ein gemäßigter Lehrer.

Aus Bremen wird uns noch geschrieben: Der Staatsanwalt mußte in seinem Plaidoyer anerkennen, daß die „Arbeiter-Jugend“ ein außerordentlich geschäftig und inhaltlich redigiertes Blatt sei, daß sie eine Reihe von Artikeln mit allgemein wissenschaftlichem Inhalt bringe, daß sie daneben aber eine Fülle von Artikeln enthalte, die daraus abgeleitet seien, die Jugend zum Eintritt in den sozialdemokratischen Klassenkampf zu erziehen. Daß die Arbeiterjugendbewegung an sich vom Sozialismus durchdrängt sei, ergebe sich aus ihrer ganzen Struktur. Er sei überzeugt, daß der Angekluldigte bewußt in sozialdemokratischen Jugendversammlungen als Hauptredner aufgetreten sei, um mit sozialistischen Ideen auf die Jugend einzuwirken und sie vorzubereiten auf den späteren Anstoß an die großen Organisationen, die den Klassenkampf führen. Der Angekluldigte werde nicht sagen können, daß es ihm unbekannt gewesen sei, daß es sich mit den Pflichten eines Staatsbeamten nicht vereinbaren lasse, sich mit der Sozialdemokratie und ihren Tendenzen solidarisch zu erklären. Aus diesen Gründen beantrage er die Dienstentlassung des Angekluldigten. — Der Verteidiger betrat in seinem wirkungslosen Plaidoyer die Ansicht, daß eine ehrliche Ansicht, die auf gesetzlichem Boden begründet sei — und das sei hier der Fall — niemals achtungs-unwürdig sei. Es sei viel achtungswürdiger und edler, wenn man mitlämpfe für die notleidenden Witwen und Schweftern, als wenn man den Dingen ihren Lauf lasse. Bezeichne das Gericht die sozialdemokratische Agitation für achtungswürdig, dann breche es den Stab über Millionen von Volksgenossen, die derselben Ansicht seien, wie der Angekluldigte. Eine Bewegung wie die sozialdemokratische könne man mit Gewalt nicht niederhalten. In Bremen seien bestimmte Verbote erlassen, wonach sich ein Lehrer nicht im sozialdemokratischen Sinne betätigen dürfe, in Bremen befänden derartige Verbote aber nicht, daß Sonnemann Sozialdemokrat sei, habe die Behörde seit Jahren gewußt. Achtungs-unwürdig sei eine derartige Uebersetzung nicht. Der Verteidiger schloß seine Ausführungen mit der Bitte um Freisprechung.

Während am 6. Urt wurde das Urteil verkündet. Daß die freie Jugendbewegung darauf hinausgehe, die Ziele der Sozialdemokratie zu verwirklichen, meint das Gericht, ergebe sich einmal aus ihrer Entstehungsgeschichte und ferner aus den Kundgebungen des Rürnberger Parteitages. Der Angekluldigte habe zugegeben, daß in der Jugendbewegung für die sozialdemokratische Partei vorgebereitet werden solle. Das Ziel der Sozialdemokratie sei darauf gerichtet, die heutige Gesellschaftsform vollständig zu beseitigen und eine neue an ihre Stelle zu setzen. Es sei klar, daß das durchaus nicht unehrenhaft sei, was der Angekluldigte getan habe, es komme aber für die Disziplinar-Kammer darauf an, zu entscheiden, ob ein Beamtenvergehen vorliege. Es komme für das Gericht darauf an, zu entscheiden, ob sich der Angekluldigte der Achtung würdig gezeigt habe, die sein Beruf erfordere, oder ob er die Achtung seines Standes gefährdet habe. Das sei nach Ansicht der Disziplinar-Kammer der Fall. Wenn ein Beamter durch sein Auftreten mit dazu beitrage, daß der bürgerliche Staat in seinen Grundzügen erschüttert werde, und zwar des bürgerlichen Staates, in dessen Dienst er trebe (s), der ihm kein Gehalt und kein Ruhegehalt gebe, ein solcher Beamter gefährde die Achtung seines Standes. Allerdings müsse hinzukommen, daß der Beamte schuldhafter Weise gehandelt habe. Ein subjektives Verschulden liege hier vor. Sonnemann habe keinen Grund gehabt, anzunehmen, daß die Behörde sein Verhalten billigen werde. Das Urteil lautet, wie bereits gemeldet, dahin: Der Angekluldigte wird aus dem Dienst entlassen. Die Hälfte seines Ruhegehalts wird ihm auf ein Jahr zugebilligt.

Die französische Sozialdemokratie gegen den Krieg.

Der Kongreß der sozialistischen Seineföderation, der am Sonntag im Pariser Vorort St. Denis tagte, beschloß nach Reden von Baillant, Sembat und Renaudel eine große Agitation gegen die Rüstungen einzuleiten und gegen die Bestrebungen, die dreijährige Dienstzeit wieder für alle Waffengattungen einzuführen. Es soll unverzüglich im ganzen Seine-Departement ein Aufruf an die Arbeiterklasse angeschlagen werden, dessen Text vom Kongreß selbst angenommen wurde. Darin werden die Arbeiter aufgefordert, sich aus allen Kräften den verbrecherischen Plänen der deutschen und französischen Chauvinisten zu widersetzen.

„Zur wahren Rettung Frankreichs, für die Unabhängigkeit der Nationen, für den Weltfrieden fordern wir, im vollsten Einverständnis mit den deutschen Sozialisten: 1. Die französische-deutsche Annäherung. 2. Das internationale Schiedsgerichtsverfahren für alle Konflikte. 3. Die Nationalmiliz zum Ersatz für die Kasernenarmeen. 4. Den privilegierten Klassen die Verpflichtung aufzuerlegen, durch eine Besitzsteuer die ungeheuren militärischen Lasten, von denen das Volk erdrückt wird, zu bezahlen.“

Zur Propaganda für diese Forderungen wird die Seineföderation von all ihren Sektionen Versammlungen veranstalten lassen.

Das Manöver der bürgerlichen Presse Frankreichs, die glaubte, durch die ungeheuerlichen Verleumdungen, die sie seit einiger Zeit gegen die deutsche Sozialdemokratie ausstreut, die französischen Sozialisten einzuschüchtern und von einem aktiven Kampf gegen die neuen Rüstungen abzuhalten, ist also mißglückt. Wie die deutschen, so sind auch die französischen Sozialisten dem Geschrei der Nationalisten zum Trost entschlossen, wie bisher dem Militarismus in der energischsten Weise entgegenzutreten.

Die halbe Milliarde für Rüstungen.

Paris, 25. Februar. In der Budgetkommission der Deputierten-Kammer erklärten heute der Finanzminister und der Kriegsminister, sie würden am Montag eine Kreditvorlage im Betrage von 500 Millionen Frank einbringen, die dazu bestimmt sei, gewisse für Kriegszwecke erforderliche Arbeiten zu beschleunigen.

Lucacs, der Panamist.

Budapest, 25. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Um Herrn Lucacs will es Abend werden. Mit dem Panamisten will auch der eigene Ministerkollege Graf Tichy, nichts mehr zu tun haben. Er war gestern in Wien und hat seine Demission überreicht. Pressereporen erklärte der Unterrichtsminister, nachdem er abgelehnt hatte, sich über die Demission selbst zu äußern, folgendes:

„Solange die durch die Führer der Opposition gegen den Ministerpräsidenten erhobenen, das ganze Kabinett berührenden, schweren Beschuldigungen bei voller Freiheit der Beweise und Gegenbeweise nicht widerlegt sind, bin ich für keinerlei politische oder parlamentarische Betätigung zu haben.“

Diesen ministeriellen Streik wird der Panamist wohl nicht lange aushalten.

Der Wahlrechtskampf.

Budapest, 25. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die sozialdemokratische Parteileitung hat bei der hauptstädtischen Plakatierungs-gesellschaft für den 10. März besonderen Raum an den Plakatsäulen bestellt; das hat zu der Annahme geführt, daß der allgemeine Streik an diesem Tage publiziert wird und am nächsten Tage, also am 11. März, beginnt. Die städtische Abteilung für die Verproviantierung der Hauptstadt hat sofort Maßnahmen getroffen, um die Hauptstadt im Falle des Generalstreiks mit Lebensmitteln versorgen zu können. Die Maßnahmen sind sicher gut, aber verfrüht. Für Mittwochabend ist in dem größten Saal der Hauptstadt erst eine große Versammlung einberufen worden, zu welcher nur die Delegierten sämtlicher Fabriken, größerer Werkstätten und der sozialdemokratischen Organisation Zutritt haben. Die Parteileitung dürfte in dieser Versammlung die Erklärung abgeben, daß alle Vorbereitungen für den Streik getroffen sind und die Arbeit in dem Moment eingestellt werden soll, in welchem das Wahlrechtsgesetz im Reichstage zur Verhandlung kommt.

Auch die Opposition, die seit Juni vorigen Jahres den Reichstag nicht betreten hat, will zu den Wahlrechtsverhandlungen wieder im Reichstage erscheinen. Man glaubt, die Opposition im Reichstage und der Generalstreik der gesamten Arbeiterschaft in allen Städten des Landes werde die Regierung dahin treiben, den Belagerungszustand zu erklären, und man hofft, daß der Belagerungszustand dann endlich das Ministerium wegfege wird.

Die Wirren in Mexiko.

Massenhinrichtungen.

New York, 25. Februar. Aus El Paso wird gemeldet, daß 95 Freiwillige von den Bundesstruppen am Montag bei Juarez erschossen worden sind. Sie waren Mitglieder der Garnison und hatten am Sonntag gemeutert, weil sie mit der Erschießung Maderos nicht einverstanden waren.

Maßnahmen der Vereinigten Staaten.

Washington, 25. Februar. Kriegssekretär Stimson hat dem Generalmajor Carter Befehl erteilt, die ganze zweite Kavalleriedivision zu mobilisieren, damit sie, wenn nötig, sofort nach Galveston gehen kann.

Frankreich.

Demonstrierende Schulkleute.

Paris, 25. Februar. Der Polizeiuwachtmeister Rigail wurde vom Disziplinarrat der Polizeipräfektur mit einer fünfjährigen Gehaltsentziehung bestraft, weil er in einem Platte die Billär der Polizeiverwaltung getadelt hatte. Eine von mehr als 2000 Schulkleuten besuchte Versammlung beschloß darauf, sich mit Rigail solidarisch zu erklären. Gleichzeitig wurde eine Sammlung eingeleitet, um Rigail für die Gehaltsentziehung zu entschädigen.

Portugal.

Gegen die Abtretung der Kolonien.

Lissabon, 24. Februar. In der Kammer erklärte heute der Minister des Reichens, daß die Nachrichten über angebliche deutsch-englische Verhandlungen betreffend portugiesische Interessen unrichtig seien, und fügte hinzu: England denkt nicht daran, eine internationale Konferenz über koloniale Angelegenheiten zu veranstalten. England weiß, daß seine Gefühle gegenüber seinen Verbündeten ihm nicht gestatten, in Unterhandlungen einzutreten über einen Vertrag, eine Konvention oder ein Abkommen, die so beschaffen wären, daß sie die Souveränität und Integrität der portugiesischen Kolonien antasteten könnten. Zwischen England und Deutschland besteht kein Vertrag, keine Konvention und kein Abkommen solcher Art. Es ist unrichtig, daß Unterhandlungen in diesem Sinne angeknüpft worden sind. Deutschland behält sich durchaus nicht mit einer internationalen Konferenz zur Beratung der Kolonialfrage und es weist den Gedanken zurück, eine Verletzung unserer Souveränitätsrechte ins Auge gefaßt zu haben.

Gewerkschaftliches.

Innungs-Terrorismus.

Zu einem neuen Mittel, die Zwangsinnungen noch rücksichtsloser in den Dienst der Unternehmerinteressen zu stellen, hat die Breslauer Zwangsinning der Tapezierer gegriffen. Die schwebenden Tarifverhandlungen mit den Gehilfen brach die Zwangsinning am Tage des Tarifablaufs ab, sie verfügte die Aussperrung der Gehilfen, als diese nicht die verlangten Tarifverschlechterungen hinnehmen wollten. Natürlich folgte nur der kleinere Teil der Innungsmitglieder dem Aussperrungsbefehl. Der größere Teil sperrte nicht aus. In dieser Situation griff die Leitung der Zwangsinning zu dem Mittel, die Aussperrung zwangsweise anzunehmen. Der Innungsvorstand verfügte:

Tapezierer-Innung zu Breslau.
Breslau, den 21. Februar 1913.
Herrn Mitglied
Beschluss

Der Vorstandssitzung vom 20. Februar 1913.
Sezugnehmend dem gefassten Beschluss der sofortigen Aussperrung der Tapezierergehilfen in der außerordentlichen Versammlung 17. 2. 13 im „Pariser Garten“, abends 10 1/2 Uhr, haben Sie sich bis dato nicht gefügt und ist festgestellt worden, daß Ihre Leute weiter beschäftigt wurden, trotzdem Ihnen dieser Beschluss durch persönliche Anwesenheit oder am nächsten Tage durch Druckfache bekannt war.

Laut Satzung 10 des Innungsstatuts werden Sie hiermit in eine Ordnungstrafe von

Zwanzig Mark

genommen.
Außerdem haben Sie sofort den Aussperrungsbefehl auszuführen, sofern Sie nicht innerhalb 24 Stunden in eine neue Ordnungstrafe genommen sein wollen. Da Ihr Vorhaben den Interessen obiger Innung gegenüber als schädigend zu bezeichnen ist.

Der Vorstand.
J. A.: Julius Mann.

Hier werden also die Zwangsmahregeln gegen Mitglieder von Zwangsinnungen, wie wir solche im Bäcker-, Fleischer- und Friseurgewerbe gesehen haben, noch weiter fortgeführt. In diesen Fällen handelte es sich darum, daß den Mitgliedern von Zwangsinnungen unter Strafandrohung der Sonderabteilung von Tarifverträgen oder die Veröffentlichung des Tarifabschlusses verboten wurde. Die Breslauer Tapeziererzwangsinning geht aber noch einen Schritt weiter. Sie will zwangsweise, durch Straffestsetzung, ihre Mitglieder dahin bringen, daß diese ihre Arbeiter aussperrten.

Die Aussperrung wurde beschlossen, weil die Arbeiter im neuen Tarif nicht Verschlechterungen der bisherigen Arbeitsbedingungen ablehnen wollten. Die Zwangsorganisation der Meister soll nun das Mittel abgeben, um die Arbeiter durch eine Aussperrung zur Annahme der Verschlechterungen zu zwingen. Das Ganze ist ein köstlicher Beitrag zum Kapitel Terrorismus. Die Unternehmer schreien allerorten nach Mitteln gegen den angeblichen Terrorismus der Arbeiter; wir empfehlen daher den Schreibern diesen Terrorismus zur Kenntnisnahme. Ein größerer Teil der Breslauer Innungsmitglieder wird sich dem Terrorismus der Zwangsinning nicht fügen, fordern den Fall zum Austrag bringen. Einen besonderen Beigeschmack bekommt das Vorgehen der Zwangsinning noch dadurch, daß der Zwang vorzugsweise auf den kleinen handwerklichen Betrieben ruht. Die größten Fabrikbetriebe gehören der Zwangsinning nicht an, bei diesen scheidet der Druck der Zwangsinning von vornherein aus. Die Wut der vielen kleinen und mittleren Unternehmer, die zwangsweise zur Aussperrung der Arbeiter gebracht werden sollen, während die Arbeit drängt, ist groß, um so mehr, weil sie sehen, daß die Großbetriebe vom Terrorismus der Zwangsinning nicht berührt werden.

Berlin und Umgegend.

Die Schiedssprüche im Malergewerbe.

Die Schiedssprüche der drei Unparteiischen liegen nunmehr im Wortlaut vor. Im allgemeinen Teil wird unter anderem über die Verkürzung der Arbeitszeit gesagt: Von einer allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit ist abzusehen; dagegen erscheint es berechtigt, in einem Teil der Städte mit zehn Stunden Arbeitszeit die tägliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verkürzen; sofern sie von den Gauschiedsgerichten in diesem Umfang festgesetzt wurde, ist sie zu befolgen. Als Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung soll 1 Pf. bei einer halbstündigen Verkürzung gewährt werden. Heilbronn erhielt eine viertelstündige Arbeitszeitverkürzung und als Ausgleich 2 Pf. Lohnzulage. Die Unparteiischen gingen von der Ansicht aus, daß eine allgemeine Lohnzulage nicht beschlossen werden könnte, sie müsse nach der Zusage der Unternehmer, die eine Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen versprochen, als selbstverständlich gelten.

Zu den Löhnen beschloßen die Unparteiischen: Die Entscheidungen der Gauschiedsgerichte werden, soweit sie eine Lohn-erhöhung von 2-5 Pf. vorsehen, beibehalten. Alle außer dieser Grenze beschloßenen Lohn-erhöhungen waren zu ändern. Bei Verteilung der Lohn-erhöhung auf die drei Jahre des Tarifvertrages ist das erste Jahr mit 2 Pf. zu berücksichtigen. Nur für tarifliche Löhne war eine Erhöhung anzufordern. Die Lohn-erhöhung soll gleichzeitig mit dem Tarif am 1. März 1913 in Kraft treten.

Zur Frage des Arbeitsnachweises beschloßen die Unparteiischen: Mit der neuen Fassung des Vertrages bezwecken die Unparteiischen eine weitere Förderung des Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage; es müssen die bisherigen Nachweise entsprechend dieser Tarifänderung umgestaltet werden. Die Orts-untersamter haben außerdem wieder genau zu prüfen, ob ein paritätischer Nachweis zu errichten ist.

Der Tarif gilt für beide Organisationen auch dort, wo bisher Verträge nicht bestanden. Wo die beiden Organisationen vertreten sind, ist auch ein Vertrag abzuschließen.

In den sieben Bezirken des Verbandes werden im Malergewerbe 64 400 Personen beschäftigt. Die Arbeitszeit ist in 30 Orten für 10 000 Gehilfen durchschnittlich um eine halbe Stunde täglich verkürzt. Lohn-erhöhungen von 2 Pf. erhalten 505 Beschäftigte, 3 Pf. 2760, 4 Pf. 15 385, 5 Pf. 32 032, 6 Pf. 10 000, 7 Pf. 2064 Beschäftigte. Wedel bei Hamburg erhält 15 Pf. Lohnzulage und wird dadurch mit Hamburg im Lohn gleichgestellt. Es erhalten somit unter 5 Pf. Lohnzulage 29,7 Proz., 5 Pf. 50,7 Proz. und über 5 Pf. 19,6 Proz. der Beschäftigten. Von den größeren Städten erhalten Breslau, Plauen und Braunschweig 7 Pf., Hamburg und Osnabrück 8 Pf., Berlin, Bremen, Kiel, Lübeck, Essen, München, Stuttgart, Königsberg, Magdeburg und Dresden 5 Pf. und Leipzig 4 Pf. Lohnzulage.

Diese Beschlüsse der Unparteiischen, die auf Grund der Entscheidungen der Gauschiedsgerichte getroffen wurden, unterliegen nunmehr der Beschlussfassung des außerordentlichen Verbandstages der Maler, der am 26. Februar in Berlin tagt.

Die Elektromonteur- und Helfer-Verbanden in einer auf beschleunigten Branchenversammlung, die am Montagabend in den Künstler-Postalen stattfand, einen Vortrag von Dr. Rudolf Dreißiger über Verfassungs- und Staatsformen. Darauf erstattete der Vorsitzende einen Bericht über die Kämpfe im Baugewerbe und im Zusammenhang damit über die Kämpfe im Malergewerbe und in der Holzindustrie. Der Verlauf der Bewegung im Baugewerbe sei bedeutungsvoll für das Vorgehen vieler Branchen. Auch die Elektromonteur müssen Stellung nehmen, ob sie eine neue Tarifvorlage durchsetzen wollen. Der Tarif läuft am 15. August ab und muß sechs Wochen vorher gekündigt werden. Die Elektromonteur warten die Resultate im Baugewerbe ab, sie seien aber zu einem Vorgehen entschlossen, wenn die Konjunktur es nur irgend gestattet, denn von der guten Konjunktur, die trotz mancher Abkühlungen besteht, hätten sie bisher am wenigsten bekommen. Wenn dem Bauarbeiterverband ein Kampf aufgedrängt würde, so brauche er ihn nicht zu scheuen, denn er sei stark und gerüstet; man müsse nur erst das Ergebnis der Verhandlungen abwarten. — Eine Diskussion über den Bericht fand nicht statt. Der Vorsitzende berichtete dann noch über einige Differenzen bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, die zum Teil geschlichtet worden sind.

Die Tarifbewegung im Schneidergewerbe.

In jedem Frühjahr leitet der Verband der Schneider eine Bewegung ein, um die Tarifverträge auch in den bisher noch tariflosen Betrieben einzuführen. In diesem Jahre soll ebenfalls versucht werden, dem Tarifgedanken weitere Geltung zu verschaffen. Am Montagabend waren dieserhalb die bei tariflosen Firmen beschäftigten Herrenschneider versammelt. Nach einem einleitenden Referat über den Verlauf der Tarifverträge fand eine eingehende Aussprache über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in diesen Betrieben statt. Eine Reihe Firmen wurden genannt, denen in aller Kürze die Tarifverträge zur Anerkennung vorgelegt werden sollen. Durch Abhaltung von Besprechungen soll dann noch festgestellt werden, ob die Arbeiter dieser Betriebe gewillt sind, in eine Tarifbewegung einzutreten.

Deutsches Reich.

Achtung, Schuhmacher! Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma E. Liebmann (Schuhfabrik „Gaffia“) in Offenbach a. M. haben wegen Lohn-differenzen die Arbeit eingestellt. Die Firma gibt sich die erdenkliche Mühe, aus allen größeren Schuhindustriestrukturen qualifizierte Arbeiter zu bekommen. Zugun- zugunsten fernzuzulassen.

Ein Streik bei Villeroy u. Boch!

Aus Merzig a. d. Saar wird uns geschrieben: Was längst vorauszu- sehen war, ist nun hereingebrochen. — Gegen 250 Arbeiter, größtenteils Familienväter, haben im benachbarten, bisher so „friedlichen“ Mettlach auf der Steingutfabrik die Arbeit niedergelegt. Die Gründe dieses Streiks liegen zunächst darin, daß vier Brüder namens Zimmer die Arbeiter als Aufsicher in einer Weise behandelten, die sich nicht gut mit Worten wiedergeben läßt. — Was diesen vier Aufsicher nicht paßt, wird nicht ausgeführt oder von ihnen hintertrieben, gleichviel, was die Direktion beschließt, mit einem Wort, sie beherrschen die halbe Fabrik. — Am schlimmsten läuft der in der Steinmasse, der den Hauptanlaß zum Streik gegeben hat und nebenbei das Amt eines Ortsvorstehers von Reudingen bekleidet, aber von der ganzen Gemeinde gehäht wird. — Mit vollem Recht verlangen jetzt die Arbeiter eine Beseitigung dieser sogenannten „Zimmerherrschafft“. Diese Verhältnisse gedeihen durch die Unfähigkeit in der Leitung der Steingutfabrik. — Jahrelang war ein Direktor namens Koblner an der Steingutfabrik, der ganz unfähig in der Leitung war und das ganze schöne Geschäft, das einst einen Beitrag hatte, herunterbrachte, was alle älteren Beamte, Arbeiter und Stunden befristeten. Kein Mensch war in dieser Gegend mehr gehäht, als dieser Koblner, und dennoch blieb er durch die Protection von Edmund von Boch auf dem Posten. Durch diesen Koblner sind Zustände in das friedliche Mettlach gekommen, die jeder Beschreibung spotten. Er hat Verdachte von sich als Beamte angeheißelt, denen die Branche ganz fremd war, und diese unfähigen Menschen wurden tüchtigen Arbeitern und Beamten, die ihr Fach gelernt haben, als Vorgesetzte hingestellt. Dieser Koblner hat junge Arbeiter, welche ihn nicht kannten, geohrfeigt und sogar geprügelt, weil sie den Hut nicht ehrfurchtsvoll vor ihm abgaben.

Er gab dann auch für Interessenten, welche nach Mettlach kamen, um Einkäufe zu machen oder sonstige geschäftliche Angelegenheiten erledigten, Zechgelage auf Rechnung der Firma Villeroy u. Boch und andere seltsame Geschichten.

Als die Sache zu toll wurde, hat man zum Entsetzen „der Schwaben“ diese Größe als Lagerdirektor nach Oberflurheim (Württemberg) verlegt.

Es ist kein Geheimnis, daß ein Teil der armen Arbeiter bei ihrem geringen Verdienst an Unterernährung leidet; die Schwind- lucht ist ohnehin in Mettlach und Reudingen fast in jedem Haus. Am schlimmsten sind die Arbeiter daran, die bei den Dekorations- tätigen sind. Seit Jahren haben diese Leute zwei bis drei Tage in der Woche keine Arbeit und es verdienen viele Familienväter 50 M., 60 M., 70 M. in vier Wochen. Wenn Kleidung, Steuern usw. abgezogen sind, was bleibt dann zum Leben für die meist linderreichen Familien übrig?

Wie man anderer Industriezweige wäre froh, einen so guten und braven Arbeiterstamm zu haben. — Aber die Firma Villeroy u. Boch ist durch die Schafgeduld ihrer frommen Sklaven verdorrt. Hunderte von Menschen sind schon fortgezogen oder gehen in die benachbarten Eisen- und Kohlenindustrie arbeiten. Arbeiter aber, welche ein Häuschen oder etwas Grund ihr Eigen nennen und mehrere Kinder besitzen, können nicht so leicht wegziehen, um so mehr, wenn sie sich in vorgerückten Jahren befinden.

Wie man erfährt, sollen im benachbarten Badgassen auf der Glasfabrik ähnliche Zustände sein. Daß sie unhalbar geworden sind, beweist die ganz ersaumliche Tariffrage, daß es in diesem schwarzen Gebiete unter den launtesten aller Opfer eines rücksichtsigen Industrieherrschers gar einen Streik gibt. Herr Edmund v. Boch, der Ehrenbürgermeister von Mettlach, dürfte jetzt wohl etwas Besseres zu tun bekommen, als die Umgegend durch rasende Autosfahrten zu erschrecken.

Merzig a. d. Saar, 25. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Streik in Mettlach ist durch teilweises Entgegenkommen der Direktion beigelegt; die Verärgerung dürfte aber nur eine vorübergehende sein.

Lohnbewegungen im Portefeulier- und Zattlergewerbe.

Nach 14tägigem Streik konnte mit der Firma A. Risse Hofmann, Leberwarenfabrik, ein Tarif abgeschlossen werden, wonach die Arbeitszeit von 59 auf 57 Stunden reduziert, die Löhne der Zattler um 4 Pf., die der Arbeiterinnen um 3 Pf. die Stunde erhöht wurden. Für Zattler beträgt der Mindesteinstellungslohn 40 Pf., für Portefeulier 45 Pf. Eingerichteten Arbeitern soll nach Vereinbarung ein höherer Lohn gezahlt werden. Der Affordiarist wird mit den Arbeitern geregelt. Die Arbeitswilligen wurden entlassen und alle Streikenden wieder eingestellt. Zu bemerken wäre noch, daß der Firmeninhaber in seiner eignen Wut über den Streik „seiner Leute“ so in Erregung geriet, daß er seinen besten Arbeiter bei der Polizei als Ausländer denunzierte. — In Bremen befinden sich die Geschirrer-, Auto- und Treibriemenmacher, in Heilbronn die Autofahrer in einer Tarifbewegung. Zugun- zugunsten den letztgenannten Orten ist streng fernzuzulassen.

lange Jahre im Dienste der Gesellschaft stand, aufs höchste aufgeregt worden. Der Führer ist nämlich entlassen worden, weil er die Vorschriften über die Wahrung der Sicherheit genau beobachtet hat! Vor einiger Zeit verlangte ein Vorgesetzter von ihm, daß er an seinen Zug noch mehr Bogen anbränge. Der Führer weigerte sich, da seine Bremse nicht stark genug war und da durch die Befolgung des Befehls die Sicherheit des Zuges auf der ziemlich abschüssi-

gen Strecke gefährdet werden würde. Er berief sich auf das Reglement, das ihm recht gab. Trotzdem erhielt er die vier- zehntägige Abmündigung. Er wandte sich darauf an das Direktorat, das aber nur seine Entlassung bekräftigte und ihm erklärte, er hätte entgegen den gebrauchten Vorschriften dem mündlichen Befehl seines Vorgesetzten gehorchen müssen. Mit anderen Worten: Um den Profit der Gesellschaft zu schonen, hätte er das vom Handelsministerium genehmigte Reglement brechen und Menschenleben gefährden müssen. Das Vorgehen der Eisenbahngesellschaft scheint ein Akt der Herausforderung zu sein. Denn bis jetzt wurde es stets als etwas Selbstverständliches angesehen, daß das verantwortliche Inpersonal Befehle der Vorgesetzten, die mit den gebrauchten Vorschriften in Widerspruch standen, nicht ausführten. Unter den Arbeitern hat der Fall große Erbitterung hervorgerufen, die in zahlreichen Massenversammlungen zum Ausdruck kommt. Man hofft noch, daß das Handelsministerium einschreiten wird, ehe es zum Kampfe kommt.

Ausland.

Trochender Eisenbahnerstreik.

London, 24. Februar 1913. (Eig. Ber.) Die Direktion der Mittelenglischen Bahn, die bei dem allgemeinen Streik der Eisenbahner die führende Rolle auf der Seite der Unternehmer übernahm, scheint ihre Angehörigen mit Gewalt in einen Kampf drängen zu wollen. Die Übung unter den Arbeitern dieser Gesellschaft nimmt seit dem Generalstreik kein Ende. Augenblicklich sind die Arbeiter durch die ungerechte Entlassung eines Zugführers, der

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung selbständiger Schuhmacher, die sehr stark besucht war, tagte am Montag in Dräsel's Saal in der Neuen Friedrichstraße. Widerstand gegen die Schuhmacherzwangsinning war es, was die Versammlung in erster Linie zum Ausdruck brachte. Der Referent, Genosse Düwelle, schilderte die wirtschaftliche Entwicklung und zeigte, daß es die fortschreitende kapitalistische Produktionsweise ist, welche den Rückgang des Kleinhandwerks verschuldet und die Kleinmeister ins Elend hinabgedrückt hat. Alle Mittel, welche die sogenannten Reiter des Handwerks empfehlen, können das durch die Konkurrenz der großkapitalistischen Betriebe bedrückte Handwerk nicht wieder auf einen grünen Zweig bringen. Insbesondere sind auch die Innungen nicht geeignet, dem Handwerker zu helfen. Die Schuhmachereinnung hat für die Hebung des Handwerks noch nichts getan und kann auch nichts dafür tun. Wenn die selbständigen Schuhmacher für die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage etwas tun wollen, so müssen sie sich derselben Mittel bedienen, welche die Arbeiter anwenden, um ihre wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen. Sie müssen sich zusammenschließen in einer freien Organisation, die andere Wege geht, als die Innung. Die Schuhmachereinnung hat ja gezeigt, daß sie nichts weiter kann, als Beiträge einzutreiben, die Gelder größtenteils für Gehälter, Verwaltung, Jubiläen, Diplome usw. auszugeben, Mitglieder zu isolieren und dadurch die größte Unzufriedenheit hervorzurufen. Dagegen ist die freie Vereinigung der Schuhmacher in der Lage, mit den in der modernen Arbeiterbewegung üblichen Mitteln die Interessen der selbständigen Schuhmacher zu vertreten. Auf politischem Gebiet fallen die Interessen der kleinen selbständigen Existenzen zusammen mit den Interessen der Arbeiterschaft. Leider doch die ganze Masse der werktätigen Bevölkerung unter dem Druck der agrarischen, kapitalistischen und den volksfeindlichen Bestrebungen der reaktionären Parteien. Die bevorstehenden Landtagswahlen bieten Gelegenheit, gegen die Reaktion in Bremen vorzugehen. Hier wie überall müssen die selbständigen Schuhmacher, die doch auch Proletarier sind, mit der Arbeiterschaft gegen die Reaktion, für den Aufstieg der werktätigen Bevölkerung eintreten. (Lebhafte Beifall.)

Nach einer längeren Diskussion, welche sich in den Gedankengängen des Referenten bewegte, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche besagt:

„Die hier versammelten selbständigen Schuhmacher erklären in der Zwangsinning keine Vertretung ihrer Interessen. Sie halten für erwiesen, daß die Zwangsinning nutzlos ist, und fordern alle selbständigen Schuhmacher auf, mitzuwirken an der Beseitigung der Zwangsinning. Die Versammelten geloben, der freien Vereinigung selbständiger Schuhmacher Berlins beizutreten, um eine wirksame Interessenvertretung zu schaffen. Ferner geloben die Versammelten, bei der preussischen Landtagswahl den von der Sozialdemokratie aufgestellten Wahlmännern ihre Stimme zu geben.“

Letzte Nachrichten.

Ein sozialdemokratischer Stadtrat.

Frankfurt a. M., 25. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In der heutigen Stadtverordneten- sichtigung wurde Genosse Benno Schmidt zum Stadtrat gewählt. Schmidt ist der erste sozialdemokratische Stadtrat, der in ein preussisches Magistratskollegium eintritt.

Die Russifizierung Finnlands.

Petersburg, 25. Februar. Dem Ministerrat sind zwei Gesetzentwürfe des Generalgouverneurs von Finnland zugegangen über die Einführung der russischen Sprache im schriftlichen Verkehr des finnischen Landtages und Senats sowie der finnischen Behörden mit den Reichsbehörden. Die Vorlagen fordern ferner, daß die Kenntnis der russischen Sprache für alle Regierungsbeamten Finnlands und für die Studierenden an der Universität von Helsingfors obligatorisch sein soll.

Militärdiktatur in Mexiko?

New York, 25. Februar. (P. C.) Aus Mexiko wird gemeldet, daß die Einrichtung einer Militärdiktatur unvermeidlich erscheint. Die provisorische Regierung weigert sich nach wie vor, die Leichen Maderos und Suarez' herauszugeben. Der amerikanische Votschaffer Wilson hatte eine neue Konferenz mit Huerta, in welcher es dem neuen Präsidenten Huerta gelang, Wilson von der Aufrichtigkeit der offiziellen Version über den Tod Maderos und Suarez' zu überzeugen.

Ein irrtümlicher Angriff.

Paris, 25. Februar. (W. Z. N.) Dem „Temps“ wird aus Rabat gemeldet, daß den Franzosen ergebene Jemurs, die im Ramoratale Herden hielten, auf Polizeitruppen, die sie für Angreifer hielten, Schüsse abgegeben haben. Zwei Mann der Polizeitruppen wurden getötet, einer verwundet.

Im Streik erschossen.

Essen (Ruhr), 25. Februar. (W. Z. N.) In der Walschause der Fische „Ludwig“ wurde heute nachmittag der Steiger Oesterling von dem Bergmann Interfell erschossen. Oesterling hatte versucht, den Interfell zu beruhigen, als dieser in der Walschause lärmte, weil der Hebersteiger die Gewährung eines Vorzuschusses abgelehnt hatte. Der Täter wurde verhaftet.

Vernichtung wertvoller Kunstschatze.

Brüssel, 25. Februar. (P. C.) In der Wohnung des berühmten Brüsseler Advokaten und belgischen Literaturforschers Edmund Picard brach gestern ein großer Brand aus, der Picards unermesslich wertvolle Gemälde- und Bronzenammlung vollständig vernichtete.

Erdbeben in Reggio.

Rom, 25. Februar. (P. C.) Wie aus Reggio gemeldet wird, ist dort heute ein starkes Erdbeben verspürt worden. Menschenleben wurden nicht gefährdet, jedoch entstand eine große Panik unter den Bewohnern.

Reichstag.

119. Sitzung. Dienstag, den 25. Februar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Niemand.

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Kösch (natl.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. Dr. Bollert (natl.): Meine Freunde können nicht zu demselben Schluß kommen wie die Kommission. Es handelt sich hier um sehr wenige Stimmen, deren rechtmäßige oder unrechtmäßige Abgabe sehr sorgsam zu prüfen ist.

Abg. v. Brodhagen (L.) tritt für den Antrag der Kommission ein; die Kommission habe alle in Betracht kommenden Stimmen sorgfältig geprüft.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.) tritt für die Zurückverweisung der Wahl an die Kommission ein.

Abg. Dr. Schwarz-Lippstadt (Z., auf der Tribüne unverständlich) empfiehlt den Antrag der Kommission.

Abg. Stadthagen (Soz.): Der Vorredner hat sechs Fälle vorgebracht, in denen die Eintragung in die Liste zu spät erfolgt sei. Daraus folgt doch, daß die Wahl in die Kommission zurückverwiesen werden muß, denn diese sechs Fälle hat die Kommission noch nicht prüfen können.

Abg. Pflieger (Z.) wendet sich gegen die Ausführungen Neumann-Hofers; es komme häufig vor, daß Jettel später gekennzeichnet sind, die bei der Wahl nicht gekennzeichnet waren.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Das ist ja möglich, aber jedenfalls muß der Kommission dann Gelegenheit gegeben werden, solche Jettel zu prüfen.

Die Diskussion schließt. Der Antrag auf Zurückverweisung der Wahl an die Kommission wird angenommen.

Die Wahl des Abg. Dr. Becker-Hessen (natl.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Ein Antrag Schwarz-Lippstadt (Z.) verlangt die Gültigkeitserklärung der Wahl.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Ebenso wie hier lag der Fall im Jahre 1898 bei der Wahl des Abg. Sachs. Es wurde damals ausgesprochen, daß ungültige Stimmen unter allen Umständen abgezogen werden müssen, wenn ein Wahlakt wegen eines Formfehlers für ungültig erklärt wird.

Abg. Dr. Brabant (Sp.) schließt sich dem Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl an.

Abg. Köstner (natl.) empfiehlt ebenfalls die Ungültigkeitserklärung der Wahl und weist den Vorwurf des Dr. Arendt, die Kommission habe nicht nach Recht und Billigkeit entschieden, zurück.

Abg. Dr. Spahn (Z.) tritt für Gültigkeit der Wahl ein. Die Kassierung der Wahlliste in Bezirken wegen großer Unregelmäßigkeiten entspricht der früheren konstanten (beständigen) Praxis des Reichstages.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): In dem vom Abg. Neumann-Hofer erwähnten Fall handelte es sich nicht um einen Polizisten, sondern um einen Gemeinbediener, der auch keineswegs die Wähler in un-

Sie kann also nicht gültig werden dadurch, daß Unregelmäßigkeiten in einem Bezirk vorgekommen sind. Das ist eine Logik, gegen die nichts einzuwenden sein dürfte.

Abg. Werr (Z.) spricht für die Gültigkeit der Wahl. Es ist ständige Übung des Reichstages, solche Wahlbezirke von dem Ergebnis auszuschließen.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

Abg. Dr. Brabant (Sp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten gegenüber der Kommission, derselbe Dr. Arendt, der seinerzeit es gar nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht.

zulässiger Weise beaufichtigen, sondern die Wahllisten bewachen sollte. Es liegt gar kein Grund vor, daß der Reichstag von seiner früheren Praxis abgehen soll, zumal unter dieser Praxis die Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen ständig abgenommen haben.

Abg. Schwarz-Lippstadt (Z.) spricht ebenfalls für die Gültigkeitserklärung der Wahl; so große Verstöße wie in Sprendlingen sind noch nie vorgekommen; wenn der Wahllist in Sprendlingen darauf nicht kassiert wird, öffnen wir der Mogelei Tür und Tor.

Abg. Waldstein (Sp.): Wenn ein Fehler vorliegt, der den ganzen Wahllist betrifft, so wird die Wahl ohne weiteres für ungültig erklärt. Dasselbe muß auch geschehen bei Unregelmäßigkeiten in einem Wahlbezirk, wenn nicht die Gültigkeitserklärung auf das ganze Wahlgeseft ohne Einfluß bleibt.

Abg. Richard Fischer (Soz.): Herr Spahn hat einen Antrag unterschrieben, der verlangt, die Wahl des Abg. Dr. Becker soll für gültig erklärt werden.

Herr Spahn hat einen Antrag unterschrieben, der verlangt, die Wahl des Abg. Dr. Becker soll für gültig erklärt werden. Dabei hat Herr Spahn uns hier dargelegt, es sei bei den widerspruchsvollen Zeugnisaussagen sehr zweifelhaft, ob überhaupt drei Mitglieder des Wahlvorstandes immer anwesend gewesen seien.

Ja, wenn darüber ein Zweifel besteht, dann kann man doch nicht die Wahl für gültig erklären, sondern man müßte die Wahl an die Kommission zurückgewiesen werden, um festzustellen, ob der Wahlvorstand immer richtig besetzt war.

Herr Spahn antwortete mir auf einen Zwischenruf, er bedauere, daß gerade ich in dieser Frage unzufallen sei. Das wird er nicht erleben; ich werde bei den Grundfragen, die ich für richtig halte, bleiben, natürlich ohne mich auf formalen Festlegen zu lassen.

Aber ich bedaure, daß alle meine Mahnungen in den letzten Jahren an das Zentrum, konsequent zu bleiben und nicht, wie es geschehen ist, in den wichtigsten Dingen aus parteipolitischen Gründen immer unzufallen, bei Herrn Spahn kein Gehör gefunden haben.

Wenn das jetzt besser werden soll, wenn seine Parteigenossen wieder zu ihrer Pflicht zurückkehren, so werden wir uns gewiß darüber freuen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Dr. David (Soz.): Ohne den formalen Verstoß in Sprendlingen wäre de facto Koresell, nicht Becker gewählt. Da kann man doch dem de facto zu Unrecht gewählten Becker nicht das Mandat zurücknehmen, weil in Sprendlingen ein formaler Verstoß vorgekommen ist.

Das wäre ein schreiendes Unrecht gegen die Mehrheit der Wähler. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Wir müßten eigentlich das Mandat Koresell zurücknehmen; da wir das nicht können, müssen wir die Wähler noch einmal entscheiden lassen. (Lebhaftes Sehr richtig! links.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Neumann-Hofer (Sp.), Pflieger (Z.), Dr. Spahn (Z.) schließt die Diskussion.

Die Wahl wird in namentlicher Abstimmung mit 159 gegen 158 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen für gültig erklärt. Die Verkündung des Resultats wird auf der Rechten und im Zentrum mit lebhaften Beifallsrufen, auf der Linken mit Rufen ausgenommen.

Die Wahl des Abg. Haupt (Soz.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt Gültigkeitserklärung der Wahl.

Abg. Reichhaus (Soz.): Die Beweiserhebung hat die Richtigkeit der im Wahlprotokoll erhobenen Behauptungen in Bezug auf die Wahl in Mödern ergeben; entgegen dem Wahlreglement hat nicht der Wahlvorsteher die Wahlstübchen in die Urne gelegt.

Dadurch kam es, daß nur 350 Wahlstübchen in der Urne gefunden wurden, während 352 Wähler gestimmt haben. Außerdem fanden sich in zwei oder drei Kuberts zwei Stimmzettel. Würde man diese Verstöße sämtlich zumungunsten Haupt rechnen, so würde die Wahl Haupt gültig bleiben. Einen Antrag, den ganzen Wahllist in Mödern zu kassieren, hat die Kommission abgelehnt, aber sie hat beschlossen, die 28 Stimmen, die Haupt mehr erhalten hat als sein Gegenkandidat v. Dhern, Haupt abzugziehen. Das ist natür-

Kleines feuilleton

Wir. Auf den famosen Brief Hans Kyfers an die Filmfabrikanten, der hier zitiert wurde, hat Hanns Heinz Ewers geantwortet. Der Feuilletondämoniker, der durch Arbeiten für den Sirkus und den Kino schon viel Geld verdient hat und sein Geschäft gefährdet sieht, ist dafür, daß der Kino doch „Kunst“ ist. Als die Photographie aufkam, schrieb manche Vorträgler: dies sei der Tod der Kunst! Und: nie könne die Photographie etwas mit Kunst gemein haben! — Zweifelt aber jetzt noch einer daran, daß sie das sehr wohl haben kann? — Ja.

Geschichte Handwerker, geschmackvolle, technisch durchgebildete Arrangure haben nie etwas mit Kunst zu tun. Nie ist durch eine Erfindung die Kunst beeinträchtigt worden. Und der Typ. der neuerdings Gefinnungslosigkeit und Geschäft und Geldmacherei für Kultur hält, spricht hieraus: „Sie werden über ihren Windmühlenslampf genau so lächeln, wie wir es heute schon tun.“

Wir. Wir — das ist der Haufen Leute, die den Kino für Zivilisation und eine hübsche Arawotte für Kultur halten. Wir, das sind die, die alles belächeln, wenn nicht eine Firma mit Kapital dahintersteht. Wir — das sind die ganz Ueberlegenen, die von hinten in den Bürger hineinrücken und ihn von vorn bespeien — aber sie meinen es nicht so böß.

Ewers und Kyfer; wir und ihr — ich denke, es wird gut sein, diese Grenze recht scharf zu ziehen.

Der Stand der Krebsforschung. Die Krankheit, die am meisten Furcht und Entsetzen einflößt, ist noch immer der Krebs. Witten unter uns wirkt sie jahraus, jahrein, furchtbare als manche Seuche. Sie kann jeden treffen — und doch wissen wir über ihr Wesen und ihre Ursachen noch so wenig. Seltene Methoden zu ihrer Heilung sind bisher nicht bekannt. Man sollte meinen, daß die Kulturmenschen alles daran setzen würde, diesen schlimmsten aller Krebschäden energisch zu bekämpfen. Aber dafür fehlen natürlich die Mittel; der Militarismus verschlingt alles. Wie wenig auf dem Gebiete der Krebsforschung und Behandlung zurzeit geschieht, zeigte in bezeichnender Weise ein Vortrag, den Prof. Czerny, der Vorstand des vorbildlichen Heidelberger Krebsinstituts, eben gehalten hat.

Prof. Czerny, der leider am 1. Oktober 1914 die Zeitung des Instituts niederlegen will, führte folgende Biffen an: Für das Samariterheim sind bis zum 1. Januar 1913 an Spenden, Beiträgen und Zinsen 1.001.681 M. eingegangen. Das Vermögen des Instituts betrug 178.108 M. Die reichen (?) Spenden dieses Jahres in Höhe von 92.428 M. beweisen, daß das Institut sich weitgehender Schätzung erfreut. Allein die Zinsen reichen noch lange nicht aus, um das Betriebsdefizit der wissenschaftlichen Abteilung, das in diesem Jahre 12.870 M. betrug, zu decken, und es wäre ein Diebstahlswunsch Czernys, wenn das Institut finanziell sichergestellt werden könnte. Die beschränkten Raumerhältnisse im Samariterheim, das leicht die doppelte Anzahl von Betten gebrauchen könnte, sind sehr beschränkt. Der Andrang von Krebskranken ist fortgesetzt so stark, daß noch 40—50 Kranke in Hotels, Pensionen und Privathäusern untergebracht werden müssen, weil sie im Institut keinen Platz finden. Zur Behandlung werden 187 Milligramm Radium

und Mesothor-Präparate im Werte von über 30.000 M. benutzt. „hiermit können wir“, bemerkte Czerny noch dem Bericht der „Frankfurter Zeitung“, „oberflächlich liegende Krebsknoten mit ziemlicher Sicherheit beseitigen. 40 bis 50 Röntgenbestrahlungen unterstützen und bei dieser Behandlung.“ Noch immer ist die frühzeitige Diagnose und möglichst radikale Entfernung der primären Krebsgeschwulst das beste Mittel zu einer radikalen Heilung. Leider sind die Versuche bei fortgeschrittenen Krebserkankungen, die in neuerer Zeit durch Tierexperimente wesentlich unterstützt worden sind, bisher noch sehr in den Anfängen und hatten nur ausnahmsweise Erfolge aufzuweisen. Daher wird in der Errichtung von Krebsinstituten, in denen Tier-Experimente vorgenommen werden, das einzige Mittel erblickt, um in der Heilung des Krebses vorwärts zu kommen. Nach vielen vergeblichen Versuchen hat das Heidelberger Krebsinstitut die besten Erfolge durch kombinierte Anwendung der Radiotherapie und Chemotherapie erzielt und zwar durch Kräfte in verschiedener Form und Einspritzungen von hochwertigen radioaktiven Substanzen. Wenn bei der Kürze der Zeit die Erfolge auch noch spärlich sind, so waren doch auch häufig auffallende Besserungen festzustellen; diese Behandlung wurde auch bisher fast ausschließlich bei weit vorgeschrittenen, nicht operierbaren Krebsen angewendet, die sonst reitungslos zum Tode geführt hätten.

Auf der Wacht gegen Eisberge. Die wichtigsten atlantischen Dampferlinien sind auf Empfehlung des beratenden Ausschusses für die Handelschiffahrt in England zu dem Entschluß gekommen, in diesem Jahre nördlich der Hauptstraße über den nordatlantischen Ozean ein Beobachtungsschiff anzustellen, das die Aufgabe haben soll, vor Eisbergen zu warnen. Das Fahrzeug soll in diesem Frühjahr seine Stellung antreten, und zwar vor der Ostküste Nordamerikas, um dort das Aufbrechen des Eises und seine Bewegungen zu überwachen. Die Wahl ist auf die „Scotia“ gefallen, das frühere Schiff der schottischen Südpolarexpedition, und das Fahrzeug soll noch Ende Februar aufbrechen. Bis dahin muß namentlich seine Ausrüstung mit Apparaten für drahtlose Telegraphie nach Marconi'schem System vollendet sein. Die Reichweite der elektrischen Wellen wird so bemessen werden, daß jedenfalls eine dauernde Verbindung mit den drahtlosen Stationen an den Küsten von Newfoundland und Labrador statthaben kann. Die Kosten der Ausrüstung und Unterhaltung werden gemeinsam von der britischen Regierung und den bedeutendsten Schiffsbauern getragen. Um das Unternehmen auch für die Wissenschaft nutzbar zu machen, werden drei Forscher für meereskundliche und witterungskundliche Beobachtungen an Bord genommen werden und während der ganzen Zeit dort verbleiben. Gerade davon, daß das Schiff an mehreren Stellen längere Zeit wird verweilen müssen, erwartet man besonders günstige Gelegenheiten für derartige Forschungen.

Humor und Satire.

Allemaal liberal.

Diese gottvergessenen Roten überschütten und mit John, weil wir guten Patrioten kriegen vor Altar und Thron. Sind wir denn nicht liberal? Allemaal, allemaal!

Daß das Volk einst von den teuren Fürsten über's Ohr gehau'n, sollten wir nicht freudig feiern und nicht dankbar aufwärts spau'n? Sind wir denn nicht liberal? Allemaal, allemaal!

Alles, was im Kampf errungen, opferreich, jahrzehntelang, war den Fürsten abgezungen. Drum gebührt den Fürsten Dank. Sind wir denn nicht liberal? Allemaal, allemaal!

Daß sie stahlen unsere Rechte, ist wohl eine Messe wert. Daß man so was feiern möchte, sagt, ob sich das nicht gehört? Allemaal, allemaal!

Daß sie stahlen unsere Rechte, ist wohl eine Messe wert. Daß man so was feiern möchte, sagt, ob sich das nicht gehört? Allemaal, allemaal!

Frans.

Notizen.

Heber das Blättlingen in den Schulen hält der Musikpädagoge Max Battie am Dienstag, den 4. März, abends 7 Uhr, in der Philharmonie einen Vortrag. Rhythmische Übungen, Übungen im Blättlingen, Gehübungen, verschiedene Formen des Musikstudiums, wie sie auch in Musikschulen und Chören von großem Wert sind, werden durch die Oberklasse des Lyzeums Friedrichstadt ausgeführt. Der Eintritt ist frei.

Ein Konzertsandal in Prag. Als im Konzert des Prager Kammermusikervereins Lieder des futuristischen Komponisten Arnold Schönberg zum Vortrag gelangten, wurde die Sängerin Albertine Jehme aus Berlin verhöhnt und ausgelacht. Das Publikum begann dann, nach eigener Komposition Musik zu machen. Trotzdem wurde das Programm zu Ende geführt.

250.000 Mark für eine Statue. Die italienische Regierung hat von dem Geistlichen Ratteil eine Statue des Johannes von dem großen Renaissancebildner Donatello zum Preise von 250.000 Lire angekauft.

Die russischen Jubiläums-Briefmarken, die aus Anlaß der Dreihundertjahrfeier des Hauses Romanow ausgegeben sind, wurden von vornherein von der konservativen Presse beanstandet, da man es als unzulässig betrachtete, die Bildnisse russischer Herrscher zu — bestempeln! Dieser Ansicht schloß sich auch die oberste Kirchenbehörde, der hl. Synod, an, der da erklärt, daß die neuen Postwertzeichen die Ächtung vor der Dynastie erschüttern. Es ist für den kulturellen Zustand Rußlands charakteristisch, daß diese Stimmen nicht ungehört verhallt sind: der Verkauf der Jubiläumsmarken, deren Herstellung einige Hunderttausende gekostet hat, ist eingestellt worden. Freilich nur „bis auf weiteres“. Eine Sonderkommission soll entscheiden, ob die Marken wieder in Verkehr gebracht werden dürfen.

Ich ganz dasselbe im Resultat wie die Kaffierung des ganzen Wahlaktes. (Sie richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit demselben Recht hätte die Kommission dem Kandidaten Haupt auch 100 Stimmen abziehen können. Dieser Rechtsstandpunkt hat mit Recht auch nicht mehr das allermindeste zu tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hätte v. D. H. die Mehrheit der Stimmen erhalten, so möchte ich wohl wissen, ob die Kommission ebenso verfahren wäre. Daß das nicht der Fall ist, sieht man aus der Behandlung des Wahlaktes in Wüdick, wo die Konfessionen 158 und Haupt 57 Stimmen erhalten haben. Dort hat, wie der Gegenprotest behauptet, der Amtsdienar auf Veranlassung des Wahlvorstehers, der zugleich Amtsvorsteher war, Stimmentafeln verteilt, und zwar sowohl gedruckte wie geschriebene, und je nach dem Stand des Wählers ihm einen gedruckten oder einen geschriebenen gegeben. Dadurch mußten die abhängigen Wähler in ihrer Wahlfreiheit beeinträchtigt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem hat der Wahlvorsteher dem Amtsdienar aufgegeben, konservative Stimmentafeln zu besorgen, als sie knapp wurden. In schöner Einigkeit sehen wir Wahlvorsteher, Beisitzer und Amtsdienar im Wahllokal konservative Wahlagitatorien treiben, was dem Gesetz durchaus widerspricht. Hier aber zog die Mehrheit der Kommission keine Folgen aus diesem Verstoß, sie sagte vielmehr, aus den Behauptungen eines Gegenprotestes könne man nicht Folgerungen zugunsten des Gewählten ziehen. Das ist eine Verlegenheitsausrede, die vollkommen in der Luft schwebt. Dieser Verstoß ist noch ungerechter, als der im Fall Weder, es ist ein Fehlschluß im allerklimmsten Sinne des Wortes. Diese Art der Beschlußfassung ist eine Willkür, und alle Parteien haben ein Interesse daran, solche Dinge zu beseitigen. Ich bin überzeugt, daß die Mehrheit des Hauses soviel Gerechtigkeitsgefühl hat, die Wahl unserem Antrag gemäß für gültig zu erklären, oder sie doch mindestens zur erneuten Prüfung in die Kommission zurücküberweisen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiterer Debatte, in der sich u. a. der Abg. Schmidt-Weigen (Soz.) für die Gültigkeit der Wahl Haupt und für event. Zurückverweisung der Wahlprüfung an die Kommission auspricht, wird der Antrag Abrecht auf Gültigkeitserklärung zurückgezogen zugunsten eines Antrages auf Zurückverweisung an die Kommission zur nochmaligen Prüfung. Ueber diesen Antrag Abrecht wird namentlich abgestimmt. Er wird mit 170 gegen 143 Stimmen angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. Auf Antrag Wassermann (natl.) soll morgen ein Schwerkriegsstatut stattfinden. Auf die Tagesordnung werden gesetzt: Antrag Wassermann auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes zur Regelung des Submissionswesens und Antrag Kormann (l.) auf Schaffung neuer kleiner Garnisonen sowie einmaliger freier Eisenbahnfahrt im Jahre für die Militärrückkehrer.

Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

140. Sitzung. Dienstag, den 25. Februar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

Die

zweite Lesung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung wird fortgesetzt mit der Besprechung des Fortbildungsschulwesens.

Abg. Vordardt (Soz.):

Der Abg. Kaufmann hat sich am Sonnabend ausführlich mit der Einführung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen beschäftigt. Wollten wir boshaft sein, so würden wir mit der Einführung des Religionsunterrichts uns einverstanden erklären, denn nichts würde geeigneter sein, den Schülern den Religionsunterricht, nachdem sie schon auf der Volksschule damit überhäuft worden sind, mehr zu verketzen und zu vereiteln, als wenn wir nun auch noch den Fortbildungsschülern einen solchen Religionsunterricht bieten würden. Aber wir widersprechen aus sachlichen Gründen. An sich halten wir das ganze Fortbildungsschulwesen nur für einen Notbehelf. Es sollten alle Schüler, unbestimmte um die Vermögensverhältnisse ihrer Eltern, eine einheitliche Schulbildung bis zum 14. Lebensjahr erhalten und dann je nach ihrer Befähigung weiter ausgebildet werden. Aber selbstverständlich nehmen wir auch Interesse an einer Ausgestaltung des heutigen Fortbildungsschulunterrichts. Wenn das Zentrum für die Fortbildungsschulen den Religionsunterricht verlangt, so tut es das gewiß auch aus religiösen, aber auch aus anderen Erwägungen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dr. Kaufmann begründete die Notwendigkeit des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen damit, daß vielen jungen Leuten noch die Reife des Urteils fehle. Wenn dagegen der Religionsunterricht wirklich hilft, dann sollten manche erwägen, ob sie nicht bis ans Ende ihres Lebens Religionsunterricht nehmen sollten. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Weiter sagte Dr. Kaufmann, daß die jungen Leute an der Wahrheit der religiösen Lehre zweifeln, ja sie verhöhnen und verspotten. Das ist ein schönes Kompliment für den Religionsunterricht in der Volksschule. Unter den Tugenden, die Dr. Kaufmann aufzählte und die der Religionsunterricht vermitteln soll, fehlte eine, die in den Augen des Zentrums eigentlich die höchste Tugend sein sollte: der Gehorsam. Das ist das Fehlen. Gehorsam gegen den Staat und auch gegen die Kirche soll den jungen Leuten beigebracht werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Abg. Dietrich: Ich kann Sie gar nicht verstehen! Allerdings, so lange die Konfessionen mit ihren Privatgesprächen einen solchen Radau machen, kann ich mich nur schwer verständlich machen.

Wie würde denn auch der von Ihnen verlangte Religionsunterricht erteilt werden? Aus dem ursprünglichen sozialen Inhalt des Christentums haben Sie ein bloßes Mittel mit den Armen gemacht und Hauptsache ist die Dogmatik, die Unterordnung unter die göttliche und irdische Autorität. Der Abg. Kaufmann hat den Vermittlungsvorschlag gemacht, den Religionsunterricht in der Fortbildungsschule fakultativ zu erteilen, aber den Pörrer trotzdem als Mitglied des Lehrerkollegiums anzustellen. Womit sollte denn der Pörrer seine Zeit ausfüllen und wie das Beispiel des Fleisches geben? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber es handelt sich ja Ihnen doch nur darum, den Geistlichen in das Lehrerkollegium erst mal hineinzubekommen und dann die Macht der Kirche immer mehr zu vergrößern. Sie haben das „heilsame“ Fortbildungsschulgesetz deshalb scheitern lassen, weil Ihre Forderung, den Kultusminister mitzureden zu lassen und damit der Kirche einen größeren Einfluß zu geben, nicht erfüllt wurde. Wir bekämpfen die Einführung des Religionsunterrichts, die nur noch mehr Stunden den anderen Unterrichtsgegenständen einzählen würde und mit einer guten Erziehung nichts zu tun haben würde. Wir wollen, daß die Fortbildungsschule freie Menschen erziehe.

freie Menschen erziehe.

Ihre Parole ist freilich: „Wer Recht ist, soll Recht bleiben, deshalb wollen Sie den Religionsunterricht einführen.“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die evangelischen Herren sind freilich nicht allzuweit von diesem Ideal entfernt. Der konservative Abgeordnete Riemerweg hat hier darüber geklagt, daß sich die Fortbildungsschüler in Bielefeld nicht mehr von den Lehrern prägen lassen wollen. Die sozialdemokratische Partei hat gegen diese Prägelpädagogik energig eingegriffen und die Sache auch zu einem befriedigenden Ende gebracht. Es ist auch das Wort gefallen, daß die 16- bis 17jährigen Schüler in der Notwehr zurückzulegen könnten. In der Tat haben diese jungen Leute nicht weniger Ehre im Leibe als z. B. Kadetten, die vielleicht gegen eine körperliche Mißhandlung

zum Dolch greifen würden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Prägelpädagogik liegt freilich in dem System, den Willen der jungen Leute zu brechen. Auch die Einführung eines „nationalen“ Turnvereins durch den Leiter der Bielefelder Fortbildungsschule ist ein Mißbrauch zu parteipolitischen Zwecken. Sie verdrängen ja den Begriff national in sein Gegenteil, indem Sie unter national die Benachteiligung und Entrechtung der Nation verstehen. Für Sie bedeutet national — antisozialistisch. In der Budgetkommission hat der Minister auf Ihre Forderung erklärt, daß die Fortbildungsschulen die staatliche Jugendpflege nachdrücklich zu unterstützen haben. Nun, wir sind ja alle darüber einig, auch der Kultusminister hat es im vorigen Jahre zugegeben, daß diese Jugendpflege eine politische Veranstaltung ist, um die jungen Leute gegen die Sozialdemokratie einzunehmen und von ihr abzuhalten. Ein weiterer Beweis für die parteipolitische Ausnutzung der Fortbildungsschule wurde auf der Konferenz der ostpreussischen Fortbildungsschulen in Königsberg erbracht, wo gefordert wurde, daß die Reichsversicherungsordnung, über deren geringen Wert von allen Seiten geklagt wird, als nationale Großtat hingestellt werden soll. Nun, wenn Ihre nationalen Großtaten so aussehen, dann werden Sie in der Fortbildungsschule nicht viel Staat machen können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der „Vorwärts“ hat im verflochtenen März zahlreiche Fälle berichtet von Agitation der Lehrer während des Unterrichts für nationale Vereine; Schüler, die die Verteilung ablehnten, wurden sehr eingehend nach ihren Grübeln gefragt und wiederholt mit einem schlechten Abgangszeugnis bedroht. Nach einer Theaterdarstellung wurde ein gefälliges Beisammensein veranstaltet und unter dem Eindruck des von dem Lehrer geleiteten Biergenusses sofort ein derartiger Verein gegründet. Diese Angaben wurden nicht berichtet. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Die durch die Propaganda verlorene Unterrichtszeit wird nachher durch ein förmliches Hegen einzuholen versucht. Die Lehrer machen Propaganda für die Zeitschrift „Feierabend“, aus der auch in der Unterrichtszeit vorgelesen wird. Heute erst erfahren wir einen neuen Fall: In einer Berliner Nichtfortbildungsschule hielt ein Offizier in Uniform, im Schmutz seiner Orden, einen Lichtbildervortrag über die Hereros und forderte nachher auf, dem Pfadfinderbund beizutreten. Der Pfadfinderbund, den sich die Schüler selbst kaufen mußten, kostete 8 M. Die Schüler waren aufgefordert worden, zu dem Vortrag dieses noblen Gastes in Sonntagsgleisern zu erscheinen und der Vortrag schloß sich unter Mitwirkung einer Schulstunde direkt an den Unterricht an, offenbar, weil man wußte, daß die Berliner Jungen zu helle sind, um am Sonntag in einen derartigen Vortrag zu kommen. Für derartige parteipolitische Bestrebungen stellt man die Schulräume zur Verfügung, und aber für unsere Bildungsbestrebungen nicht. Es ist ja übrigens ebenso hier im Abgeordnetenhaus (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Hatte der Offizier einen Unterrichts-erlaubnischein?) Diese Frage möchte ich an den Minister weiter geben, denn wir werden ja bei Vorträgen vor Jugendlichen von der Polizei immer nach dem Unterrichtschein gefragt, und wenn wir ihn haben, wird er uns zangsweise abgenommen. Auf dem Deutschen Landwirtschaftsrat wurde ganz rücksichtslos die Ausnutzung der ländlichen Fortbildungsschule im nationalen, antisozialistischen, christlichen und gegen die internationale Verbrüderung gerichteten Sinn gefordert. Diese Herren führen das Christentum immer im Munde, kennen es aber gar nicht, denn das Christentum hat zuerst den

Gedanken der internationalen Verbrüderung

gepredigt. Sagte doch der Apostel Paulus: Hier seid Ihr nicht Juden, noch Christen, noch Griechen, sondern Ihr seid allzumal Jünger Jesu. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ihnen ist es in der Hauptsache nicht um Unterricht zu tun, sondern um den Mißbrauch der Fortbildungsschule und aller anderen Staatsanstaltungen, die von allen Steuerzahlern erhalten werden, zum parteipolitischen Kampf gegen die Sozialdemokratie. Wir protestieren dagegen. Wir wissen, daß die Regierung und die reaktionären Parteien auch weiter genau so fortfahren werden. Zu den reaktionären Parteien rechne ich auch die fortschrittliche Volkspartei, die in Berlin über die Fortbildungsschulen regiert. (Heiterkeit rechts, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber fahren Sie nur so fort. Sie besorgen damit nur unsere Geschäfte, denn unter wird die Erde sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Lachen bei der Mehrheit.)

Abg. v. Richtigshofen (l.): Der Redner hat die Religion beinahe als etwas Verächtliches hingestellt, das beweist wieder die Feindschaft der Sozialdemokraten gegen die Religion. Nicht Religion ist Privatangelegenheit, sondern Antichristentum ist Parteisache! (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Die Fortbildungsschule soll mißbraucht werden? Wer will denn sonst die Jugend unter die schlimmste Tyrannei bringen, als die Sozialdemokratie. (Beifall rechts.) Hier wird Vordardt keinen Eindruck machen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), mit solchen Reden gebe er in die Volksversammlung! (Abg. Dr. Liebknecht: Und Sie in den Zirkus!)

Vizepräsident Dr. Krause (erregt auffahrend): Für diese durchaus ungebührliche Bemerkung rufe ich Sie zur Ordnung!

Abg. v. Richtigshofen (fortfahrend): Die Autorität der Eltern und Lehrherren muß gestärkt werden, deshalb brauchen wir die Religion in der Fortbildungsschule. Hoffentlich kommt es noch einmal zu einem Gesetz, das sie enthält. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Nach Annahme eines Schlußantrages erklärt Abg. Vordardt (Soz., zur Geschäftsordnung) hierdurch verhindert zu sein, der gänzlich falschen Darstellung des Redners über seine Stellung zur Religion entgegenzutreten, und nachzuweisen, daß in dem sozialdemokratischen Parteiprogramm nicht Religion als Privatangelegenheit erklärt, sondern ihre Erklärung zur Privatangelegenheit erklärt werde, sowie daß es ihm gar nicht eingefallen sei, die Religion als etwas Verächtliches hinzustellen, oder Feindschaft gegen die Religion zu betätigen. Ebenso ist es ganz falsch, daß ein Antichristentum Parteisache der Sozialdemokratie wäre. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Thurm (Sp.): In den gewerblichen Hochschulen sollte mehr auf den Flachsbau bei Sorau hingewiesen werden.

Abg. Wenke (Sp.): Die Polstermöbelfabrikation in Warmbrunn macht dem Gewerbe unzulässige Konkurrenz.

Ein Regierungskommissar: Auch wir sind dagegen, aber das Kuratorium der Schule will nicht.

Auf eine Anregung des Abg. Cassel (Sp.) wird zugesagt, daß der Vorkurs der Berliner Handwerkschullehrer nähergetreten werden soll. (Abg. Cassel dankt mit einer tiefen Verbeugung.)

Abg. Riemerweg (l.) entwickelt nochmals die schon in der allgemeinen Besprechung vorgebrachten altbekannten Handwerkerwünsche und wendet sich nochmals gegen die Durchführung der Wädereiverordnung.

Abg. Wenke (Sp.) spricht gegen die Umwandlung von freien Innungen in Zwangsinnungen und nimmt den Hausbund gegen den Vorwurf der Mittelstandsfeindschaft in Schutz. Nur die direkte und geheime Wahl kann das Handwerk vor dem Terrorismus von rechts und links schützen. Wenn Abgeordneter Hammer dagegen auftritt, so kennt er die Stimmung der Handwerker nicht.

Abg. Vordardt (Soz.):

Die Wiederholungen des Abg. Riemerweg gingen wieder auf die bekannte Forderung hinaus: „Konkurrenz gegen das Handwerk ist bei Buchhäusern verboten.“ Er hat sich auch darüber beschwert, daß die Besätze dagegen eingeschritten ist, daß eine maschinelle Sonntagsrotterzeugung in einem Keller betrieben wurde. Also selbst der geringe Arbeiterklub der Wädereiverordnung geht Ihnen schon zu weit, und im Interesse der Profitbedürfnisse verlangen Sie, daß Dispense von der Wädereiverordnung auf die ganze Stadtbauer des Hauses, vielleicht, also bis zu hundert Jahren, erteilt werden soll! Herr

Riemerweg hat auch Schutz der Arbeitswilligen bedangt, obgleich ein Schutz gegen Mißhandlungen der Arbeitswilligen besteht. Ich erinnere nur an die barbarisch hohen Strafen, die wegen Verletzung von Arbeitswilligen verhängt werden; so an jene Frau, die ins Gefängnis mußte, weil sie nur der Frau eines Arbeitswilligen Kartoffeln gegeben hatte. Ihr Verlangen geht dahin, daß im Falle eines Streiks die Streikenden gewaltsam verhindert sein sollen, den Arbeitswilligen mitzutun, worum es sich handelt. Sie sprechen von Terrorismus. Wir alle aber wissen, daß die Konfessionen die öffentliche Wahl nur deshalb beibehalten, weil sie

ohne Terrorismus keine Wähler hinter sich haben.

(Sehr gut! links.) Deshalb war es mir lieb, daß Herr Hammer so deutlich zum Terrorismus bekennt hat. Uebrigens will ich Ihnen auch einmal einen Terrorismusfall erzählen. Als und den Arbeitern entgegen und einzelne Wädereivermeister mit den Arbeitern Vereinbarungen trafen, beschloß die Innung, daß solche Sondervereinbarungen bei 20 M. Geldstrafe für jeden Tag und jeden Fall verboten sein sollen, damit nur die Innung einen Lohnzettel ausstellen könnte. Das ist ein offener Verstoß gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung, worin für jede Drohung, mit der die Teilnahme an Lohnvereinbarungen erzwungen werden soll, Gefängnis bis zu drei Monaten festgesetzt wird. Die Richter und Staatsanwälte machen hieron gegen die Arbeiter stets Gebrauch. Als aber der Terrorismus der Wädereivermeister Magdeburg mit Erfolg geübt wurde, wies der Staatsanwalt eine Strafanzeige deshalb zurück, weil die Beschuldigten in dem besten Glauben gehandelt hätten, daß ihr Beschluß gesetzmäßig und gültig gewesen sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Somit gilt immer der Grundsatz: Unkenntnis des Gesetzes schützt nicht vor Strafe! Der Erste Staatsanwalt schloß sich dem Staatsanwalt an und stellte, dem Sinne nach, den pyramidalen Satz auf, daß man sich ein Verbrechen oder Vergehen zuschulden kommen lassen dürfe, wenn man nur glaube, im Recht zu sein. Und das Obergerichtsgericht hat die Beschwerde zurückgewiesen, weil sich die Innungsleitung für berechtigt gehalten habe, jedenfalls aber nicht im entferntesten daran gedacht hätte, daß sie sich durch einen solchen Beschluß strafbar machen könnte. Das ist der bekannte Gedanke der Handwerker, daß alle Gesetze nur für sie, niemals gegen sie angewendet werden dürfen. Weiter heißt es in der Entscheidung: Es bedarf keiner Ausführung, daß, wenn einzelne Mitglieder der Innung mit den Gesellen die Lohnverhältnisse regeln, womöglich unter Bewilligung höherer als der bisher üblichen Löhne, die auch von den übrigen Mitgliedern beibehalten sind, hierdurch nicht allein der Gemeingeist unter den Innungsmitgliedern gestört, sondern auch die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Meister gefährdet würden; endlich aber auch würde das gesellschaftliche Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen in Frage gestellt, deren überwiegende Mehrheit sich naturgemäß den Meistern zuwenden wird, die höhere Löhne zahlen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier ist nicht mehr von Klassenjustiz, von unbemühter Beeinflussung der Richter durch die Ideen ihres sozialen Milieus die Rede, sondern bei diesem Verstoß der Behörden in einem Fall, wo sie gegen Arbeiter immer vorzugehen wissen, ist die Rechtslage so klar und deutlich, daß jedermann im preussischen Vaterland genau Bescheid wissen wird, daß man den Arbeitern ihr Recht nicht geben will, und daß deshalb die Behörden hier nicht eingegriffen und versagt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Maurer (natl.) wünscht ein energischeres Einschreiten der Regierung gegen die Monopole für Installation und Materialien der Elektrizitätsindustrie.

Handelsminister Dr. Sydow gibt zu, daß der Erlaß von 1911 die Bildung dieser Monopole noch nicht in wünschenswerter Weise verhindert hat, und zwar weil die Kommunen und Kommunalverbände im Abschluß der Verträge ganz selbständig sind. Die Ausschüsse der Kommunen können nur bei Gewährung von Darlehen oder bei Inanspruchnahme des Enteignungsrechts für Elektrizitätswerke eingreifen. Hierbei sind wir gegen die Entstehung von Monopolen vorgegangen. Eine Einwirkung des Staates, um die Elektrizitätszentralen den Konsumenten gegenüber nicht übermächtig werden zu lassen, wird nur möglich sein unter Einschränkung der Gewerbe-freiheit. Die Frage wird erwogen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

fordert vom Minister Antwort auf die Rede Vordards. Die Vorgänge in Magdeburg, Leipzig und an anderen Orten haben die Innungen als Kampfsorganisationen gegen die Arbeiter erwiesen. Solche Beschlüsse wie in Magdeburg können die Arbeiter auf das schwerste schädigen.

Minister Sydow erklärt: daß zwar die §§ 152/153 der Gewerbeordnung auch für die Zwangsinnungen gelten, aber daneben auch § 81a, und gegen den hat der Magdeburger Beschluß nicht verstoßen. Ich werde ihn also nicht beanstanden. Es handelt sich in Magdeburg um einen Kampf des Zentralverbandes der Wädereivermeister gegen die sozialdemokratische Richtung gehörenden Wädereivermeister, und die tariflosen Gesellen darin zu unterstützen, wird meine Aufgabe sein, so weit es mit dem Recht vereinbar ist. (Beifall.)

Abg. Hammer (l.) wendet sich gegen den Abg. Wenke. Ich habe stets gesagt: daß ein großer Teil des Mittelstandes die geheime Wahl will, und daß ich das bebaure. Kein Parlament der Welt tritt so für den Mittelstand ein, wie das auf Grund des jetzigen Wahlrechts gewählte preussische Abgeordnetenhaus. Der Freisinn ist handwerkerfeindlich. (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird gegen die Linke angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Sie machen wieder einmal Schluß, weil Sie Angst haben vor der Blamage. (Sehr richtig! links.) Jeder Schlußantrag entspringt der Frucht der Blamage. (Sehr richtig! links.) Ich hätte dem Handelsminister nachsehen können, daß sein Vorgehen in keiner Weise irgendeine rechtliche Stütze findet. Diese Gewerbesteuer hätte Ihnen unbenutzt werden können und daher dieser gewalttätige Schlußantrag. (Zustimmung links.)

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Durch diesen konservativen Schlußantrag ist es uns unmöglich gemacht, auf die Angriffe des konservativen Redners zu antworten.

Abg. Hammer (l.): Es war kein Angriff, sondern eine Abwehr.

Abg. Just (natl.) verlangt, daß die Regierung Maßnahmen gegen weitgehenden sozialdemokratischen Einfluß auf die niedrigverdienende Arbeiterschaft ergreift.

Abg. Reinert (Soz.):

Wir bedauern, daß die Arbeitersekretariate der Gewerkschaften nicht unterstützt werden, die eine außerordentlich segensreiche Tätigkeit entwickeln. Die freien Gewerkschaften sind damit schon vorgegangen, als weder die Regierung noch irgendeine bürgerliche Partei sich dieser Sache annahm. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der „Deutschen Arbeiterzeitung“ schilderte kürzlich ein Berichtsvollzieher, wie arg es auf dem Lande noch mit der Reichshilfe steht. Aber das gilt auch für die minderbemittelte Bevölkerung der Städte. Professor Bernhardt hat in seinem Buch über die „Unerwünschten“ Folgen unserer Sozialpolitik“ von dem verhängnisvollen Wirken der Binschuljungen und Arbeitersekretariate gesprochen, die die Simulation begünstigen und den Leuten die Rentenpflicht suggerieren. Ich befreite das mit aller Entschiedenheit. (Sehr richtig! links.) Wir protestieren dagegen, daß von einer ausnehmend wissenschaftlichen Seite derartig unheimliche Behauptungen über die Arbeitersekretariate in die Welt gesetzt werden. Der Begriff Parität darf nicht überstrapaziert werden. Es ist etwas anderes, wenn dem Arbeitnehmer mitgeteilt wird, daß in einem Betriebe gestreift wird, als wenn ein Arbeitgeber dem Arbeiter

gewissermaßen einen Urabstufung misst die Anzahl der Arbeiter gestreift hätte. Das bedeutet für den Arbeiter, daß er seine Arbeit bekommt, daß er mit seiner Familie verdingt wird, während er andererseits seiner Organisation in den Rücken fallen würde. Der Einfluß der Arbeitgeberverbände auf die Arbeitsnachweise wird immer härter. Dr. Beumer hat offen gefordert, daß die Arbeitsnachweise für die Arbeitgeber Nachmittels gegen die Arbeitgeberorganisationen sein sollen. Es wäre zu wünschen, daß das Handelsministerium sich diesen Einflüssen entziele. Auf einer Konferenz der Arbeitsnachweise in Wiesbaden hat der Generalsekretär dieses Verbandes sich gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter im Produktionsprozess gewandt und hinzugefügt: das gilt auch vom Arbeitsnachweise. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf dieser Konferenz sprach weiter Dr. Alexander Tille vom „Paritätismus“ und von einem

Kampf zwischen Arbeitgeber und Amt, der sich um die Arbeitsnachweise dreht.

Die Klassenlampenpressung, der Streik müßte gleich Diebstahl und Raub verfolgt werden. Das nennt er Ethik gegenüber dem von Sozialdemokraten bedrohten Wanderer! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und das nicht etwa im Jirkus Busch, wo Herr v. Oldenburg Sozialdemokraten und Streikposten mit Zuhältern gleichzustellen die Kühnheit hatte, sondern auf der Arbeitsnachweiskonferenz!

Das Material über die Kennzeichnung und Registrierung nicht einzustellender, streikender und ausgesperrter Arbeiter wird ja amtlich geheimgehalten. Aber auf jener Konferenz ist dieses System offen gegeben worden. Professor Weber hat dort das Mißtrauen der Arbeiter gegen die Arbeitsnachweise als vorhanden und berechtigt erklärt. Nach dem Verlauf jener Konferenz wird dieses Mißtrauen erst recht überall vorhanden sein. Die protestierten gegen jede Anerkennung der Arbeitsnachweise durch die Regierung und gegen die Uebertragung ihrer Rechte auf die paritätischen. Nach dem Stellenvermittlungsgesetz kann der Minister den Arbeitsnachweisen die Führung schwarzer Listen und das System der Spitzeln und der Urabstufung verbieten. Tut er es nicht, so fördert er diese Dinge. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Vorlage des Stellenvermittlungsgesetzes in Reichstag tat man so, als wollte man von Arbeitsnachweisen nichts wissen. Wo es gegen die Arbeiter geht, verlangen Sie für die Führung, aber von einer preußischen Führung in Einigungsverhandlungen usw. ist keine Rede. Niemals führen preussische Staatsbeamte solche Verhandlungen, sondern süddeutsche oder Kommunalbeamte. Das Handelsministerium will eben mit Gewerkschaften überhaupt nicht in Verbindung treten. Das ist seine Sozialpolitik. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ueber das Wesen der Tarifverträge sind sich heute Gewerkschaften und Unternehmer einig. Sogar der Handwerksrat hat gefordert, daß eine Durchführungsinstanz für Tarifverträge geschaffen werde. Der Reichstagsrat der Arbeiter hat auch den paritätischen Arbeitsnachweis überall und gemeinsame Arbeit gegen die Schmutzkonzurrenz und Unterstützung derjenigen Arbeiter, die wegen Schmutzkonzurrenz nicht bei bestimmten Unternehmern arbeiten können. Um diese gegenseitige Kompensationen enthaltenen Bestimmungen hat es heftige Kämpfe gegeben.

In Hannover wurde daraufhin ein paritätischer Arbeitsnachweis errichtet. Unparteiischer Vorsitzender der betreffenden Konferenz, die diesen Ratheuss errichtete, war der Vorsitzende des dortigen Gewerbegerichts, der der Errichtung des Ratheusses auch zustimmte. (An dem Tarifvertrag sind auch die Christlichen und Jirkus-Dunderschen beteiligt.) Man einigte sich darauf, Nichtverhandlungsmitglieder um drei Tage zurückzusetzen, sowohl Gehilfen wie Unternehmer. Also Parität! auf allen Linien! Und bei Ausbruch eines Streits durften Richterorganisierte vermittelt werden. — Die Arbeitgeber stimmten diesen Bestimmungen mit größter Freude zu. Der Arbeitsnachweis wirkte außerordentlich gut, wie der Redner zahlenmäßig nachweist. Da stürzte der Minister das gute Einvernehmen durch eine Verfügung, die verlangt, daß 2 der Geschäftsbürokratie zur Verfügung werden soll. Da nur 5 Proz. Richterorganisierte seien, sei eine Benachteiligung der Verbändler durch die Aufhebung nicht zu befürchten. Der Minister, der Tarifverträge in keiner Weise fördert, hat nicht das mindeste Recht, in eine solche freie Vereinbarung eingzugreifen — ihm war es nur darum zu tun, eine „sozialdemokratische“ Organisation in der Beeinflussung des Arbeitsverhältnisses zu führen, wobei er aber vergißt, daß die Arbeitgeber doch dieser Regelung zugestimmt haben! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Erlaß ist übrigens geheimgehalten worden und es wurde nur bekannt, daß es fürchtet, es könnten Arbeiter zum Anschluß an die Organisationen gezwungen werden. Und Unternehmer? Davon spricht die tiefstehende soziale Einsicht des Ministers nicht. Er sollte sich doch nicht nur vom Polizeipräsidenten unterrichten lassen, sondern von Herren wie Magistratsrat v. Schulz, wie Dr. Brenner usw., die das Wesen der mühselig geschaffenen Tarifverträge kennen, während sie die Informanten des Ministers zu gestören suchen.

Wenn der Minister Arbeitsnachweise regeln will, dann möge er sich die Terroristen treibenden Väter- und Schlägererinnungen mit ihren privilegierten, ganz willkürlich verteilten und den Richtsüßigen arbeitslos durchs ganze Reich führenden „Verhandlungsblätter“ vornehmen. Diese Bücher gelten als Legitimation für Meistertrübe und dem Arbeiter werden sie abgenommen, der jemals in Differenzen mit dem Unternehmer gekommen ist. Diese bewußte Schädigung gewisser Gehilfen bildet der Minister, aber gegen einverständliche Arbeitsnachweise geht er vor! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diejen entsetzlichen Terrorismus billigt er!

Der Minister hat vorhin erklärt, er müsse die staatsstreuen Vätermeister in Magdeburg gegen den sozialdemokratischen Gehilfenverband schützen. Das ist die Realpolitik des Ministers und der Staatsverwaltung im wirtschaftlichen Kampf: der Minister stellt sich im Kampf um bessere Bedingungen auf die Seite der Vätermeister! (Anruhe bei den bürgerlichen Parteien.) Das kann die fürchterlichsten Folgen haben. Jetzt hoffe ich von ihm freilich nicht, daß er gegen den Innungsterrorismus vorgehen wird! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die ganze Pflanze des paritätischen Arbeitsnachweises braucht sorgfältige Pflege und Takt von beiden Seiten. Durch das Vorgehen des Ministers, das im Geiste Dallwigns liegen mag, muß das Vertrauen der Arbeiter versiegen und kann die Zukunft der Arbeitsnachweise auf das schwerste gefährdet werden. Da wäre es ebensogut, die Arbeitsnachweise unterhänden gleich dem Polizeiminister! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Minister hat in der Budgetkommission erklärt, keinerlei sozialdemokratische beeinflusste paritätische Arbeitsnachweise zu fördern. Meint er, der Tarifvertrag der Maler sei unter Mitwirkung von Sozialdemokraten geschlossen und deshalb sei der Arbeitsnachweis sozialdemokratisch? Warum geht er nicht gegen Arbeitsnachweise vor, die die Macht der Arbeitgeber verstärken sollen? Glauben Sie denn je, durch derartige Streiche die unglücklichen sozialdemokratischen Arbeiter von der Arbeitsvermittlung auszuscheiden zu können? Das Vorgehen des Ministers ist und bleibt eine bewußte Parteimahne für die Arbeitgebernachweise. Das sei festzustellen! (Weiß! bei den Sozialdemokraten.)

Mittwoch 11 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Verstärkung der Schutztruppe.

Bei der Weiterberatung des Kolonialstaats in der Budgetkommission des Reichstags wurde am Dienstag beim Nachtrags-

etat für Kamerun vom Genossen Roske lebhaft davon Kritik geübt, daß der Kommission zur Festlegung der Grenze in dem neu von Frankreich erworbenen Teil der Kolonie kein Mann beigegeben worden ist, der in wirtschaftlichen Fragen Sachverständiger ist. Offiziere betrachten Land und Grenze eben nur von militärischen Gesichtspunkten. — Staatssekretär Solz konnte eine plausible Erklärung für die von Roske gerügte Unterlassung nicht angeben. — Bemängelt wurde ferner die große Zahl der Beamten in den deutschen Kolonien. Kein anderes Land unterhalte eine so hohe Zahl von Beamten in den Kolonien als wie Deutschland; auch die Zahl der Soldaten sei sehr groß.

Der Staatssekretär kündete in seiner Antwort eine weitere Verstärkung der Schutztruppe in Kamerun an. So seien jetzt Nachrichten eingetroffen, daß ein Negerstamm im neuen Gebiete sich wenig feindlich zeige. — Genosse Roske entnahm aus dieser Erklärung, daß wahrscheinlich in Kamerun recht bald mit kriegerischen Verwicklungen zu rechnen sein würde. In Kamerun sei man stets sehr schiefhalsig gewesen, wie die Erfahrung gelehrt habe. — Der Staatssekretär erklärte, die Offiziere hätten strenge Anweisung, Zwistigkeiten zu vermeiden; auch sollen kleine Angriffe nicht gleich mit kriegerischen Aktionen beantwortet werden.

Beim Etat für Kamerun übte Genosse Südekum Kritik an dem völlig unzulänglichen Schulwesen in dieser Kolonie. Insgesamt werden kaum 70000 M. für diesen Zweck angefordert, während für Maschinengewehre eine weit höhere Summe verlangt wird. — Abg. Erzberger unterstützte diese Kritik. So wie bisher könne es unmöglich weitergehen. — Von liberaler Seite wurde der Gegensatz zwischen katholischen und evangelischen Missionen besprochen, der sehr hinderlich sei. Die konfessionslose Regierungsschule sei den Missionsschulen doch vorzuziehen.

Ueber die Situation im Süden Kameruns, die eingangs der Sitzung kurz besprochen worden ist, gab ein inzwischen eingetroffener Vertreter des Auswärtigen Amtes vertrauliche Erklärungen ab, an die sich eine längere Debatte anschloß. Bemerkenswert darin war, daß der Konservative v. Böhlenhoff-Kölpin über die Neuvergebung in Kamerun ein ziemlich abschprechendes Urteil fällte, das seinen Fraktionskollegen Oertel veranlaßte, zu erklären, er stimme mit v. B. durchaus nicht überein. Dem Bau der Bahn von Duala nach dem Njongsfluß, der sogenannten Mittellandbahn, stellen sich erhebliche Schwierigkeiten in den Weg, so daß in der Kommission die Frage aufgeworfen wurde, ob nicht die Tracierung eine völlig verfehlte sei. Das Gelände ist sehr schwer zu überwinden, die Arbeiterfrage schwierig zu lösen. Die Verpflegung macht solche Schwierigkeiten, daß nicht mehr als 5000 bis 5400 Arbeiter beschäftigt werden können, deren Gesundheitszustand ein recht ungünstiger ist. Auch in Zukunft ist mit all diesen Schwierigkeiten zu rechnen. — Die Regierung sagte zu, daß sie binnen Jahresfrist dem Reichstag genauen Aufschluß über die Pläne geben werde, die für Kamerun gebohrt werden. — Aus der Mitte der Kommission wurde dargelegt, daß es feststehe, daß die demilitarisierten vierzig Millionen für den Mittellandbahnbau nicht ausreichen werden.

Am Schlusse der Sitzung glaubte Staatssekretär Solz den verstorbenen Major Dominik, der in Kamerun bekanntlich wahre Menschenjagden betriebe, gegen einige Bemerkungen des Genossen Roske in Schutz nehmen zu müssen. — Roske verwies aber auf Dominiks Schriften, in denen die Barbareien genau beschrieben sind und zugegeben werden.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenarbeit und Reform der Hauswirtschaft.

Erwerbstätigkeit im Hauptberuf und daneben die kraft- und zeitraubende Verrichtung all der zahllosen häuslichen Arbeiten, die die Hausfrau alten Stils ausschließlich in Anspruch nahmen: die befriedigende Lösung dieser Doppelaufgabe dürfte unter den heutigen Umständen wohl nur ganz wenigen Frauen glücken. Eine typische Erscheinung ist dagegen die ständig abgehakte und überbürdete Frau, die Hausmutter und Arbeiterin in einer Person sein soll und sein möchte und doch keiner ihrer schweren Aufgaben voll genügen kann. Sie wird lange vor der Zeit verbraucht und alt, ihre geistigen Anlagen verkümmern, weil sie keine Zeit hat, an den höheren Interessen ihres Mannes teilzunehmen oder sich durch gute Lektüre und Besuch von Vorträgen fortzubilden. Sie hat ja nicht einmal Zeit zur Erziehung ihrer Kinder. Um so schlimmer für sie, je gewissenhafter sie ist. Dabei wächst die Zahl der verheirateten erwerbstätigen Frauen unter dem Zwange der Not rapide. In den zwölf Jahren von 1895 auf 1907 stieg ihre Zahl in Preußen allein von 512 145 auf 1 551 529, ungeredet mehr als eine halbe Million verwitweter oder geschiedener Frauen, von denen die meisten auch für einen eigenen Haushalt zu sorgen haben. Betrug die Zunahme der ledigen Arbeiterinnen in dem genannten Zeitraum 43 Proz., so schwoll der Anteil der verheirateten Arbeiterinnen auf 203 Proz. an. Die Erwerbsarbeit der verheirateten Arbeiterin wird immer mehr die Regel, immer trauriger treten die verhängnisvollen Folgen der unglückseligen Doppelbelastung zutage.

Es würde zu weit führen, zu erörtern, warum ein Verbot der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen als Ausweg aus diesem Dilemma unmöglich ist. Es kann sich hier nur darum handeln, zu untersuchen, ob sich die Hauswirtschaft nicht so reformieren läßt, daß das Heim, das heute für die von der Arbeit zurückkehrende Frau eine Stätte neuer Lasten und nicht endender Arbeitsqual ist, auch für sie zu einem Fort des Friedens, des Ausruhens, der geistig-seelischen Gemeinschaft mit dem Mann und den Kindern werden kann.

Den Bedürfnissen der gebildeten verheirateten Kopfarbeiterin verfuhrte man durch Gründung von Einküchenhäusern entgegenzukommen, die die fertigen Speisen in die einzelnen Privatwohnungen liefern. Die Zubereitung der täglichen Nahrung bedeutet ja in der primitiven Küche des Einzelhaushalts eine ganz erhebliche Zeit- und Kraftvergeudung, und so lag es nahe, die Vorteile, die der Großbetrieb durch Anwendung des Prinzips der Arbeitsteilung bietet, in der Zentralküche für einen größeren Interessentenkreis zur Geltung zu bringen. Aber keines der mit soviel Lärm ins Leben gerufenen Einküchenhäuser hat sich bisher bewährt. Sie sind teils eingegangen, teils stellen sie ein kümmerliches Dasein, und sie haben obenrein eine vernünftige Idee schwer diskreditiert, so daß die Gründung neuer Einküchenhäuser auf der bisherigen Basis so leicht nicht wiederholt werden wird. Es waren kapitalistisch geleitete Unternehmungen, aus denen ein möglichst hoher Profit herausgewirtschaftet werden sollte. Die Preise für die Verköstigung waren etwa doppelt so hoch, wie bei rationaler Selbstherstellung im eigenen Heim. Damit waren sie für die große Masse der Kopfarbeiterinnen einfach unerschwinglich. Vielfach ließ auch die Qualität der Kost zu wünschen übrig.

Stellt man aber die Einküchenhäuser auf eine andere, auf genossenschaftliche Grundlage, bei der alle Profitmehrer auf kapitalistischen Zwecken ausgeschaltet wäre, vielmehr alle Ueberflüsse den Mitgliedern der Genossenschaft oder der Institution der Einküchenhäuser zugute kämen, so wäre es wohl möglich, den Frauen, die einer Erhaltung in der Hauswirtschaft am ehesten bedürfen, den wertvollen Proletarierinnen, zu Hilfe zu kommen. Warum wagt beispielsweise die Baugenossenschaft „Ideal“, die in ihren Kleinwohnungen in Neukölln den Arbeitern so moderne

Erleichterungen wie Zentralheizung, Warmwasserbereitung, elektrisches Licht, Saucereinigung zugänglich gemacht hat, nicht auch die Einrichtung eines Saublochs mit Zentralküche? Eine Familienbewirtschaftung aus einer gutgeleiteten Zentralküche würde nicht nur die verheirateten Berufsstätigen von erbloser Blakerlei befreien, die Speisen könnten auch besser und hygienischer sein, als die oft mit geringer Kostennutts und primitiven Vorrichtungen hergestellte Kost in vielen Haushaltungen. Wahrscheinlich würde sich die Zentralküche dabei noch billiger stellen als die Zwergküche im Einzelhaushalt. Einen Anhalt hierfür gibt die Verpflegung der Soldaten. Die Militärverwaltung berechnet für die Einzelperson außerhalb der Kaserne 45 Pf. pro Kopf und Tag mehr als in der Anstaltsverpflegung. Die im Zentralküchenbetrieb durch Großeinkauf aller Artikel und Benutzung aller arbeitsparenden Maschinen erzielten Ersparnisse würden vermutlich hinreichen, um die Kosten für die bezahlte Berufsarbeit geschulten Küchenpersonals voll und ganz zu decken.

Bereits vor Jahrzehnten gab Bebel in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ sehr bemerkenswerte Hinweise auf eine gesellschaftliche Einrichtung der Nahrungsmittelherstellung. In der Gegenwart mehren sich die Stimmen — und zwar nicht nur im sozialdemokratischen, sondern auch im bürgerlichen Lager —, die auf die unsmünge Kräfteverteilung, auf die völlig rückständige und unökonomische Art hinweisen, in der die Hauswirtschaft heute gehandhabt wird. Die entsehlige Ueberbürdung der wertvollen Hausmutter hat das Problem der Hauswirtschaftsreform noch mehr in den Vordergrund des Interesses geschoben. Um unter den einschlägigen Erörterungen in der Presse nur einige zu nennen, so finden wir in Heft 28 der „Neuen Zeit“ 1912 einen Artikel von Therese Schleginger „Frauenarbeit und Lohnpolitik“, der zu dem Schlusse kommt, die Konzentration der Hauswirtschaft (und des Erziehungswezens) sei eine Notwendigkeit, nicht nur um die darin aufgewendete Arbeit rationeller zu machen, sondern auch um gegen die elende Entlohnung der weiblichen Arbeit anzukämpfen. Das Unternehmertum rechnet damit, daß die Arbeiterin nicht soviel zum Lebensunterhalt braucht wie der Mann, da sie den Konsum durch häusliche Ueberarbeit zu verbilligen gewöhnt ist. (In der „Arbeiter-Jugend“ erörtert Therese Schleginger die gleichen Fragen auf breiterer Basis.) Im Februarheft 1913 von „Die Frau“ behandelt Rose Otto allerlei hauswirtschaftliche Reformen. Sie schlägt unter anderem vor, nach dem Muster der im Jahre 1911 in Bayern gegründeten hauswirtschaftlichen Zentralfrauenorganisationen zu bilden, zum Teil aus erfahrenen Hausfrauen bestehend, die auch soziale Kenntnisse besitzen müssen. Planmäßige Prüfung aller nur möglichen Umformungen des Hauswesens wäre ihre Aufgabe, ebenso Prüfung neuer Apparate, neuer Nahrungsmittel auf ihre praktische Verwendbarkeit im Kleinhaushalt. Ferner regt sie an: Vertrieb von vorgerichtetem Fleisch, fertigegeputtem Gemüse, fertigegekochten Gerichten durch die Konsumgenossenschaften. Außerdem käme die Errichtung von Waschküchen durch eine Genossenschaft in Frage, sowie die Beschaffung von Kleinwohnungen mit Zentralheizung und Warmwasserbereitung. Man sieht, es sind eigentlich sehr beschreibene „Reformen“, die hier angestrebt werden. Meße ins Große geht schon Renetta Brandt-Wht, die der Frage „Hauswirtschaftliche Nahrungsmittelkonsumtion und Frauenarbeit“ (Verlag Dunder u. Humblot) eine Arbeit von 128 Seiten widmet. Sie verwirft alle Mittel, z. B. durch hauswirtschaftlichen Unterricht der Mädchen, die alte Form der Hauswirtschaft zu erhalten. Nur auf dem Lande, wo Eigenproduktion und Eigenkonsumtion noch zusammenfallen, wo die Haushaltungsarbeiten außerdem zu weit voneinander entfernt liegen, als daß sie zu gemeinsamer Hauswirtschaftsführung zusammengelegt werden können, will sie das Haushaltungswesen in der heutigen Form erhalten wissen. Für städtische Verhältnisse schlägt auch sie Zentralküchen vor, die sowohl als kleines Küchenhaus für einen Komplex von Einfamilienhäusern, wie auch als ein Teil der üblichen Mietkasernen gedacht sein können. Die Gründung von Zentralküchenbetrieben anzuregen, müßte nach Frau Brandt-Wht eine Aufgabe der Konsumvereine sein. Diese hätten es dann statt mit einer Vielzahl von Kleinunternehmen mit einer geringen Zahl von Großunternehmen zu tun, was einer Vereinfachung und damit Verbilligung der Geschäftsführung gleichkäme. Eine Wohnungsreform wäre natürlich auch hier die Voraussetzung der Zentralküche. Des weitern schlägt Brandt-Wht vor die Einführung ambulant warmer Küchen nach Art der Kaffeewagen, sowie die Errichtung von Volksspeisehäusern, die vor allem den vielen, die zu weit von ihrer Arbeitsstätte entfernt wohnen, zugute kommen würden.

Bereits bestehende Einrichtungen, wie die Krankenküche in Berlin, das Wirtwehheim in Frankfurt a. M., die Wäckerkanten in Paris, die stillenden Müttern eine sorgfältig ausgewählte Kost gratis verabreichen, haben mehr charitativen Charakter, aber sie geben Fingerzeige für ähnliche Einrichtungen in der Zukunft auf genossenschaftlicher Basis.

Die Durchführung radikaler Reformen in der Hauswirtschaft ist in der heutigen Gesellschaft ebenso schwierig, wie sie einer sozialistischen Gesellschaft der Zukunft leicht fallen wird. Daß diese Reformen zunächst nur einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Proletarierhaushaltungen zugänglich gemacht werden können, darf nicht davon abschrecken, einer Erörterung dieser Fragen näherzutreten und — wenn möglich — eigene Pläne zu entwerfen zur Entlastung der Frau. Vieles, was anfänglich unmöglich erschien, hat die organisierte Arbeiterschaft mit glücklichem Griff angepaßt, und so wird sie auch die Befreiung der Frau von hauswirtschaftlicher Sklaverei in Angriff nehmen, nicht zuletzt um neue Kräfte freizumachen für den großen Kampf, der jeder Sklaverei ein Ende machen soll.

Lebensende.

Wilmersdorf-Palast. Der Frauenleseabend fällt in diesem Monat aus.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

	am		am	
	24. 2.	23. 2.	24. 2.	23. 2.
Wasserstand	24. 2.	23. 2.	Wasserstand	24. 2.
	om	om		om
Wemel, Mühl	324.1	-14	Saale, Großh.	130
Bregel, Unterburg	0.1	-2	Havel, Spandau	94
Wesche, Horn	96.1	-1	Rathenow	100
Dber, Ratibor	94.1	0	Ebret, Spremberg	90
Krossen	127.1	-10	Beetzow	112
Frankfurt	140.1	-8	Weser, Minden	190
Wartbe, Särtnm	40.1	-12	Minden	287
Landsberg	82.1	-26	Rhein, Reginnilliamsbau	340
Nege, Bordenau	30.1	+4	Raub	178
Elbe, Zeitmerg	-30	+2	Rhin	180
Dresden	-148.1	+4	Weser, Gellbronn	95
Barby	160.1	-14	Rain, Hannau	175
Magdeburg	130.1	-5	Rosel, Teter	88

1) + bedeutet Hoch, — Fall. — 2) Unterpegel. — 3) Höchst. — 4) Niedrigst. — 5) Strebend auf 1/2, Strombreite. — 6) Schwaes Grundelstreifen.

Öffentliche politische Versammlungen.

1. Wahlkreis.

Heute Mittwoch, 26. Februar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Marinehaus, Brandenburger Ufer 1, an der Wallenbrücke:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 304/3

Napoleon I. und das Jahr 1813.

Referent: Reichstagsabgeordneter H. Wendel.

Diskussion.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer:

Karl Petermann, Ritterstr. 49.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1339, 9714.

Donnerstag, den 27. Februar 1913, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung der Klempner Berlins und der Vororte in den Andreas-Festfälen, Andreasstraße 21.

Tagesordnung:

1. Bericht von den Verhandlungen vor dem Einigungsamt.
2. Diskussion.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Kollegen! Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefasst werden sollen, ist das Erscheinen eines jeden Bauklempners dringend notwendig.

Donnerstag, den 27. Februar 1913, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Schlosser Berlins und Umgegend in den Musiker-Festfälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18 m.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Kollegen Brandes.
2. Bericht der Branchenkommission.
3. Wahl des Obmannes der Schlichtungskommission.
4. Wahl der Branchenkommission.

Es ist dringende Pflicht aller Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Donnerstag, den 27. Februar 1913, abends 8 Uhr:

Versammlung der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker sowie aller in den mechanischen Betrieben beschäft. Kollegen und Kolleginnen in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58-59.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Genossen Kurt Heinig über: „Die beiden „Großen“ in der Elektroindustrie.“ 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Kolleginnen und Kollegen! Dieser gerade für unsere Branchenangehörigen äußerst interessante und lehrreiche Vortrag macht es uns allen zur Pflicht, für einen guten Besuch der Versammlung zu sorgen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. 113/14 Die Ortsverwaltung.

Hausarzt-Verein Gesundbrunnen.

Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Wallenschmieders Kastanienwäldchen, Badstr. 15/16:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

Vortrag des Genossen Dr. Moses über:

Der allzureiche Kindersegen im Arbeiterhaus.

Diskussion. Fragebeantwortung.

Eintritt frei!

Aufnahmen für den Verein werden in dieser Versammlung entgegengenommen, sowie auch beim Vorsitzenden Otto Wölfe, Brunnenstr. 84.

Gesunde Nerven

geben Arbeitsfreudigkeit, Energie, Erfolge in Beruf und Leben. Beginnen die Nerven zu versagen, so entschwinden Wohlergehen und Wohlbedinden bald, um der Unstätigkeit, Sorgen oder gar Schlimmerem Platz zu machen. — Auf Schwäche und Defekte der Nerven sind auch die meisten körperlichen Leiden zurückzuführen. Man achte deshalb bei der Körperpflege vor allem auf Kräftigung seiner Nerven! Die normale Lebensfunktion des Nervensystems wird hervorgerufen durch eine eigentümliche, in den Nerven enthaltene Substanz: „Lecithin“ oder auch direkt „Nervensubstanz“ genannt. In den Nerven der an fortschreitender Entkräftung Leidenden kann man mikroskopisch auch einen fortschreitenden Schwund dieser Nervensubstanz nachweisen, und umgekehrt hat man, sobald Schwächen und Zurückgebliebenen die fehlende, bzw. geschwundene Nervensubstanz in geeigneter Form zugeführt wurde, stets eine auffallende Besserung des Allgemeinbefindens wahrgenommen, mit der in gleichem Maße ein mikroskopisch nachweisbares Anwachsen dieser Nervensubstanz in den einzelnen Nerven einherging. Kraft und Gesundheit der

Nerven sind also abhängig von ihrem Reingehalt an Nervensubstanz. In der Tat stellt die Ernährung der Nerven mit Lecithin bei allen Schwachzuständen einen der glücklichsten Erfolge der modernen Wissenschaft dar. Längere Zeit schien zwar die Gewinnung von Nervensubstanz (Lecithin) im großen zur allgemeinen Anwendung sehr schwierig, ja unmöglich. Seitdem es aber Prof. Dr. Habermann und Dr. Ehrenfeld gelungen ist, ein wirklich physiologisches reines Lecithin (Nervensubstanz) aus Eidotter nach einem patentamtlich geschützten Verfahren und zu möglichem Preise herzustellen, das nur für Biocitin verwendet wird, sind auch alle bisher fehlgeschlagenen Versuche mit älteren, weniger geläuterten Lecithinpräparaten auf das glänzendste überwunden; die günstigen, aus den Werksstätten physiologischer Forschung gemeldeten Erfolge mehrten sich in ungeahnter Weise, und jeder hat Gelegenheit, sie an sich nun durch Anwendung mit Biocitin selbst lernen zu können. Die Ergänzung der täglichen Nahrung des körperlich oder geistig Schwachen durch einige Kaffeelöffel Biocitin bewirkt bald in den meisten Fällen Wiedererlangung bzw. Steigerung seiner früheren Nervenspannkraft. Energie und Gesundheit erwecken ihm wieder neue Hoffnung und neue Freude an Beruf und Tätigkeit.

Biocitin ist ein wohlgeschmeckender, pulverförmiger Extrakt aus den leichtest verdaulichen, natürlichen, also chemisch unveränderten Wertanteilen von Eidotter und Milch (alles schwerer Verdauliche ist daraus entfernt) und enthält von diesen ca. 10 Proz.



Querschnitt eines gesunden Nervenbündels



Querschnitt eines degenerierten Nervenbündels; ein großer Teil der Nervenfasern ist vollständig zugrunde gegangen.

solcher physiologisch reinen Nervensubstanz — Lecithin — nach Professor Dr. Habermann und Dr. Ehrenfeld. So bildet Biocitin das vertrauenswerte Nähr- und Kräftigungsmittel für jeden erschöpften Organismus jeder Altersstufe in geistiger und körperlicher Hinsicht; es bildet für den Schwerverkranken ein gern genommenes, leicht verdauliches, kräftigendes, überhaupt ideales Nahrungsmittel. Es schafft eine fundamentale Nährquelle für schwächliche und blutarme Personen,

kräftigt und fördert den Substanzersatz der Nerven allmählich zu gesunder Funktionsfähigkeit und ist für geistig ermüdete und erschöpfte Zustände von kaum je erhoffter Nützlichkeit. Nach dem patentierten Verfahren von Hofrat Prof. Dr. Habermann hergestellt, ist das Biocitin konkurrenzlos, die zahlreich vorhandenen Nachahmungen mindertwertig. Man achte daher genau auf den Namen Biocitin und lasse sich nicht angedlich ebenso Gutes aufreden. — Biocitin ist in allen Apotheken und Drogerien erhältlich. Eine Probe nebst lehrreicher Broschüre sendet kostenlos die Biocitin-Fabrik, Berlin S. 61 a. 2.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl.

Filiale Groß-Berlin.

Freitag, den 28. Februar, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, großer Saal:

Ordentl. General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Gesamtvorstandes vom 4. Quartal 1912 und Diskussion über den Jahresbericht des Gesamtvorstandes, der Revisoren und der heiztechnischen Kommission.
2. Diskussion über die in den Bezirken aufgestellten Kandidaten zu dem Vorstände, dem Revisorenposten, den Arbeitsnachweisführern und zur heiztechnischen Kommission.
3. Wie sollen die Delegiertenwahlen zur nächsten Verbandsgeneralversammlung vorgenommen werden?
4. Beschlüsse.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand, da auch ein Antrag betreffs Rotstandsunterstützung zur Erledigung kommt.

Die Jahresberichte sind ab heute, Mittwoch, den 28. Februar, in den Kontrollstellen und im Filialbureau zu haben. Jeder Kollege ist verpflichtet, sich selbst einen Bericht zu besorgen, weil auf den Bauten diesmal keine verteilt werden.

Zur Einsegnung



Schwarze Anzüge

Cheviot, Corkscrew, Tuchkammgarn M. 45.- 40.- 36.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.-

Blaue Anzüge

Cheviot, Kammgarn-Cheviot, Foulés, Melton M. 45.- 36.- 30.- 26.- 20.- 17.- 15.- 12.- 11.-

Prüfungs-Anzüge

Mod. Stoffe, gr. Farb- u. Musterauswahl M. 40.- 36.- 29.- 24.- 20.- 17.- 14.- 12.- 10.-

Sehr preiswert Oberhemden, Kragen, Serviseurs, Manschetten, Handschuhe, Hüfte, Krawatten, Hosenträger usw. usw.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben

Kleiderwerke

Baer Sohn

Berlin - Gegründet 1861

Chausseestraße 29-30 II Brückenstraße II Gr. Frankfurter Str. 20 Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntags 12-2 geöffnet

Hauptkatalog Nr. 46 (Neueste Moden) kostenfrei

Nachdruck verboten

„Feuerbestattung“

mit allem Zubehör und Gebühren

160 M.

FLAMME

Bestattungs-Institut

Mantuffelstraße 111.

Ausführliche Broschüre gratis.

Telephon: Amt Moritzplatz 5582.

Bekanntes reelles Konfektionshaus

verkauft

zu bequemen Teilzahlungen

erstklassige Jackenkostüme,

Kleider, Blusen, Paletots

etc. unter strengster Diskretion.

Offert. unter J. K. 12324 bef.

Rudolf Mosse, Berlin SW. 32/5a

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzestr. 41, dicht am

Moritzplatz

10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4

Haben Sie blott?

Ich fertige davon Anzug od. Paletot

nach Mass. schick. Zuerst, Zahlen

von 25 Mark an. Moritz Laband,

Neue Promenade 8, II. (Stadth. Börse.)

3000 Zentner Bettfedern

beruht nämlich die erste Bettfedern-Fabrik mit elektr. Betrieb

Gustav Lustig

Prinzenstrasse 46

Berlin 390

Verband ges. Nachh. Verpord. tollent.

frei. Garantie: Umtausch oder Rück-

sendung auf meine Kosten. Häufigste

Bettfedern 100 Stk. 0.55, 1.-, 1.50.

— Prima Halbdaunen 1.75 u. 1.90.

— Genußliche Gänsfedern 2.-, — In weiße Gäns-

halbdaunen 2.50, 3.-, 3.50. —

Seit chinesische Monopoldaunen (ge-

schützt geschützt) 2.85. — Acht

zufällige Matador-Gänsdaunen (ge-

schützt geschützt) 3.50. — Weiße

Daunen 2.5.-, — Von den Daunen

genügen 3-4 Pfund zum großen Ober-

bett. — Gereinigte Federn 1.50,

2.-, 2.50, 3.50. — Gänsfedern

(3. Reihen) 0.60 u. 0.80. — Ober-

bräuer Gänsfedern mit

Daunen 2.1.50. — Froben u. Preis-

liste von allen Bettartikeln gratis.

Unfrüchtig größtes Bettm. u.

Bettfedern-Spezialgeschäft.

Ziehung 5. März in Berlin

Brandenburgische Pferde-Lotterie

4 Reichsverb. für Deutsch. Halbblut u. d. Kartells für Reit- u. Fahrport (300 000 Lose)

3347 Gewinne im Werte Mark

75000

448 Pferde u. 4 Equipagen Mark

50000

3408 Silbergewinne Mark

25000

Hauptgew.: 1 Viererzug M.

10000

Lose 1 M. 11 Lose aus ver- 10 M.

Porto und Liste 25 Pf. extra.

H. C. Kröger, Berlin W. 8. Friedrichstr. 193a

sowie in allen durch Plakate krunlichen Verkaufsstellen

Möbelstoffe

Letzte Neuheiten, auch Reste!

Mocquetplüsch 4 65 130 cm

breit.

Muster bei näher Angabe franko

Berlin, Oranien-

straße 158

Emil Lefèvre

etc. erwirken

Ing. Jaeger, Dr. Breslau, Berlin SW. 51

Das Buch „Wie muss eine Erfindung

i. d. Verwertung beschaffen sein“ gratis

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dieckhoff, Neuföln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Vom Schlachtfelde der Arbeit.

II.

Sehr bemerkenswert ist die Zunahme der Unfälle in den landwirtschaftlichen Betrieben. Die absolute Zahl der Unfälle in Vergleich mit der Zahl der beschäftigten Personen bringt hier die Unfallhäufigkeit nicht richtig zum Ausdruck. In der Landwirtschaft werden die Beschäftigten meistens nur eine sehr kurze Zeit beschäftigt. Könnte hier wie bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften die Zahl der versicherten Personen auf Vollarbeiter reduziert oder umgerechnet werden, dann würde für die Landwirtschaft eine unverhältnismäßig hohe relative Unfallziffer herausbringen. Eine sträfliche Nachlässigkeit in bezug auf Unfallverhütung, ein leichtfertiges Spiel mit Leben und Gesundheit der Arbeiter läßt die nachfolgende Zusammenstellung erkennen. Sie enthält die Zahl der in landwirtschaftlichen Betrieben verletzten Personen, für welche in dem betreffenden Jahre erstmalig eine Entschädigung festgestellt worden ist. Es betrug die Zahl der Verletzten:

Table with columns: im Rechnungsjahr, überhaupt, and sub-columns for 'absolut' (Todes, dauernde Erwerbsunfähigkeit, vorübergehende Erwerbsunfähigkeit) and 'auf 1000 versicherte Personen'.

1888/1911 1 065 855 58 548 12 248 460 726 504 333

Bis zum Jahre 1905 ist die Zahl der Verletzten, denen man eine Entschädigung zubilligte, fortgesetzt gestiegen. Mit dem Jahre 1906 macht sich ein auffälliger, ruckweiser Rückgang bemerkbar; einen weiteren scharfen Abstieg stellt das Jahr 1910 heraus. Nur unverbesserliche Optimisten könnten annehmen, die Zahl der Unfälle sei überhaupt zurückgegangen. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Unfälle überhaupt wurden gemeldet im Jahre 1890: 32 186, 1900: 106 917, 1911: 136 469. In dem letzten Jahr als wie im letzten Jahre, das aber hängt zu einem guten Teile mit dem Arbeiterwechsel zusammen. Die Zahl der in landwirtschaftlichen Betrieben Getöteten bleibt ziemlich stabil. Daraus schon ist zu entnehmen, daß die Unfallverhütung keine Abwägung erfahren hat. Aber in fast demonstrativer Weise verkündet die vorstehende Tabelle die Erfolge auf dem Gebiete der Rentenversicherung bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Böllige dauernde Erwerbsunfähigkeit wird immer weniger anerkannt. Das gleiche gilt von der teilweise dauernden Erwerbsunfähigkeit. Für die Gutachter und die Entscheidungsbehörden gelten die Unfallfolgen in sehr erheblicher Umfang nur noch als Schönheitsfehler.

Zu den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist man anerkennend in der Rentenfestsetzung noch viel rigorosier als bei den übrigen Trägern der Unfallversicherung. In der Landwirtschaft kommt die Verschlechterung weniger in einer Steigerung der Renten für nur vorübergehende Erwerbsunfähigkeit, als vielmehr in dem Sinken der Relativziffer zum Ausdruck. Dies bedeutet, daß man die von den Agrariern so gehaltenen kleinen Renten, von den Schnapsjunkern als Schnapsrenten stigmatisiert, auf dem Wege des abgeklärten Verfahrens ganz einfach verweigert. Seitdem die Vertrauensärzte auf die Theorie von der Angewohnung gekommen sind, gehören schon erhebliche Körperbeschädigungen dazu, um in den Genuß einer Rente zu gelangen. Und da wundert man sich über die Landsucht, über den Rangel an Schabhaftigkeit.

In den letzten Jahren hat man allerhand Projekte geboren, die den Landarbeitern das Heil bringen sollen. Gesellschaftliche Vereine, soziale Frauenarbeit, Jugendpflege, Prämiierung der Dienstboten, das sind die Rezepte, mit denen man die Landarbeiter von der Landflucht kurieren will. Daß menschenwürdige Behandlung und ausreichender Schutz für Gesundheit und Leben der in landwirtschaftlichen Betrieben Beschäftigten bessere Mittel wären, das kommt den Agrariern nicht in den Sinn. Solche Mittel kosten ja Geld. Die Arbeiter als Menschen zu betrachten und zu behandeln, das liegt den Junkern aber erst recht fern.

Unverhältnismäßig hoch ist immer noch die Zahl der weiblichen und jugendlichen Unfallverletzten. Von den insgesamt 55 587 entschädigungspflichtigen Unfällen im Berichtsjahre, für die erstmalig Entschädigungen festgestellt worden sind, entfallen nicht weniger als 16 783 auf erwachsene weibliche Personen, 1691 auf jugendliche männliche und 325 auf jugendliche weibliche Personen. Dagegen kamen auf 70 423 entschädigungspflichtige Unfälle bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften nur 3 099 weibliche und 2 360 jugendliche Personen. Hier machen die schwerverletzten weiblichen Personen und Jugendlichen nur 7,7 Prozent der Gesamtziffer aus. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften dagegen stellen das weibliche Geschlecht und die Jugendlichen nicht weniger als wie 34,2 Proz. der von schweren Unfällen Betroffenen. So wird bei den potentierten Eltern von Ordnung und Sitte das schwache Geschlecht und die zarte Jugend gesont! Da merkt man, was die Triarier

auf den Kaiser geben, wenn er Ihnen etwas zumutet, was ihnen gegen den — Geldbeutel geht. Wilhelm II. ist regelmäßig Gast im Landeskollegium, wenn dieses eine Sitzung abhält. So auch am 11. November 1890. Bei dieser Gelegenheit versuchte er, den Agrariern wegen ihrer Nachlässigkeit in bezug auf die Unfallverhütung etwas das Gewissen zu schärfen. Aus seiner damaligen Rede zitieren wir: „Mir sind zwei Punkte aufgefallen, von denen ich bitten möchte, daß Sie dieselben bei ihrer Beratung berücksichtigen. Es sind seit meiner Regierungszeit merkwürdig viele Fälle vorgekommen, in denen Arbeiterinnen umgekommen sind und durch Verunglückung bei Maschinen. Ich bekomme regelmäßig tabellarische Uebersichten der Begräbnisgesuche vom Justizminister, und dabei ist mir die Zahl der Unfälle ausfällig gewesen, welche ländliche Arbeiterinnen beim Maschinenbetrieb betroffen haben. Ich habe nun, wie dies auch schon ausgeführt worden ist, die Begräbnisgesuche nicht mehr so leicht wie früher eintreten lassen. Nebenbei bemerkt herrscht eine große Verschiedenheit in der gerichtlichen Beurteilung dieser Straffälle und in dem verhängten Strafmaß. Ich ließ nun nachforschen, wodurch eigentlich diese Arbeiterinnen — es waren vorzugsweise Mädchen bei Dreschmaschinen — umgekommen waren, und regelmäßig zeigte es sich, daß die Mädchen mit ihrem Rücken von den Transmissionswellen erfasst und darin verwickelt wurden. Nun erkundigte ich mich, ob keine Schutzvorrichtungen da waren. Jawohl, hieß es, nach den polizeilichen Vorschriften müsse die Welle mit einem Deckel oder einem Kästen zugedeckt sein, aber das war in diesen Fällen jedesmal außer acht gelassen. Es zeigt sich also hier einerseits eine gewisse Gleichgültigkeit seitens des Besitzers oder desjenigen, der den Betrieb zu leiten hat, gegen das Leben der von ihm beschäftigten Arbeiterinnen. . . Die obige Zusammenstellung enthält besser als alle Auseinandersetzungen, wie die Mahnungen Wilhelms II. befolgt worden sind. Bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten schwärzt man über den „Schutz der nationalen Arbeit“. Hier ist zu merken, was hinter der Phrase steckt. Ohne Rücksicht auf den damit herausbeidworenen Jammer, unbefürchtet um Rot und Glend, das damit in Verbindung steht, vernichtet und ruiniert man Arbeiterleben, fügt dem Volksgute ungeheure Schäden zu. Ja, die Reichsversicherungsordnung verbietet sogar dem Reichsversicherungsamt, Unfallverhütungsvorschriften für landwirtschaftliche Betriebe zu erlassen.

Voraus entspringt die Gleichgültigkeit gegenüber den Arbeitern, die Rücksichtslosigkeit bei dem Spiel mit Menschenleben? Des Übels Kern liegt in unserer Gesellschaftsordnung begründet. Einmal ist es die kapitalistische Wirtschaftsweise an sich, welche die Rücksicht auf das Wohl der Arbeiter Profitinteressen opfert. Verschärft wird dieses Moment durch die politische Enttäuschung der Arbeiter, die diese fast zu einem Spielball ihrer Ausbeuter macht. Auf die Gesetzgebung im Reich hat der Arbeiter einen nur minimalen, auf die in Preußen überhaupt noch keinen Einfluß. Die Ausbeuter seiner Arbeitskraft sind seine Gesetzgeber. Sie beeinflussen auch in hervorragendem Maße die Rechtsprechung. Daher die Klassenjustiz zu der Klagengelesung!

Nicht eher gibt es einen beachtenswerten Fortschritt, nicht früher kommen wir in der Frage des Arbeiterschutzes und vor allem der Unfallverhütung zu einer entschiedenen Besserung, bis die Arbeiterchaft das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erobert hat. Solange die herrschende Gesellschaft den Arbeitern, die Tag für Tag auf dem Schlachtfelde der Arbeit ihre Knochen zu Markte tragen müssen, einen entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung vorenthält, ist an ein wirkliches Nachsehen in der Vernichtung von Arbeitergeundheit und -leben nicht zu denken.

Damit ist auch gesagt, daß, ganz abgesehen von der kapitalistischen Tendenz, noch eine andere bestimmende Unfallursache an der gedankten Zahl der Opfer herborragend mitschuldig ist. Das sind alle Parteien, die nicht unbedingt auf dem Boden des gleichen Wahlrechts stehen, die die sozialpolitischen Anträge der Sozialdemokratie im Reichstage niederschlagen und die sich an der weitesten Hege gegen die Gewerkschaften direkt oder indirekt beteiligen. In dieser Beziehung sind alle bürgerlichen Parteien schuldig. Sie trifft ein gebühertes Maß von Verantwortung für die ungeheuren Opfer an Leib und Leben, die die Arbeiterchaft alljährlich im Arbeitskampfe darbringen muß. Möge sie daran denken, wenn der Ruf erschallt: „Auf, in den Wahlkampf!“, der vor der Türe steht!

Aus der Partei.

Gemeindevahlfrage im Oberelsaß.

Mit 622—714 Stimmen wurden am letzten Sonntag in dem oberelsässischen Kreisstädchen Thann bei der Gemeinderatswahl für sechs Ratsumglieder auf gemeinschaftlicher Kandidatenliste drei Sozialdemokraten und drei Fortschrittler gewählt. Die gegnerische „unabhängige“, d. h. zentrumliche Liste erzielte 363 bis 585 Stimmen. Ebenfalls an diesem vorigen Sonntag eroberten unsere Parteigenossen in Durgfelden an der elbsässisch-schweizerischen Grenze bei einer Gemeinderatswahl alle drei freigeordneten Sitze mit 83—92 Stimmen, während hier die Liste der „vereinigten Bürger“, d. h. wiederum das Zentrum, mit 66—72 Stimmen unterlag.

Zum Stuttgarter Parteitag.

Auf die gestern von uns mitgeteilte Erklärung des Genossen Dr. Lindemann antwortet Genosse Westmeyer in der „Schwäbischen Tagwacht“ mit folgender Erwiderung: Zu dem Entschuldigungsversuch des Genossen Dr. Lindemann sei mitgeteilt:

Genosse Dr. Lindemann wurde zu der Parteiversammlung unter ausdrücklichen Hinweis auf sein Verhalten bei der Obmannwahl eingeladen. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Welter Genosse! In der Parteiversammlung am Dienstag wird auch die Stellung der Rathhausfraktion zur Obmannwahl des Bürgerausschusses zur Debatte gestellt werden. Sie haben sich als Einziger von der Demonstration unserer Rathhausvertreter gegen die bürgerlichen Parteien demonstrativ ferngehalten. Es wäre sehr erwünscht, daß Sie in der Parteiversammlung Ihren Standpunkt begründeten. Mit Parteigruß. Name.

Genosse Dr. Lindemann, der auch das Referat über Sozialdemokratie und Monarchie abgelehnt hatte, antwortete:

Degersloch, 16. Febr. 1913. Welter Genosse! Wie ich Ihnen bereits früher mitgeteilt habe, ist es mir zurzeit unmöglich, in Versammlungen zu sprechen. Ich bebaute also, in der Parteiversammlung am Dienstag nicht anwesend sein zu können. Mit Parteigruß. D. Lindemann.

Genosse Dr. Lindemann hat meines Wissens seit der Oberbürgermeisterwahl im Mai 1911 eine Mitgliederbesammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart nicht mehr besucht. Sein chronisches Halsleiden hindert ihn aber nicht, im Finanzausschuß der Kammer — wie aus dem Bericht der „Tagwacht“ vom letzten Samstag — herborzuehen — wie im Plenum der Kammer und in den Sitzungen des Bürgerausschusses fleißig zu reden. Von den Stuttgarter Genossen kann man billigerweise nicht verlangen, daß sie geduldig warten, bis sich Genosse Dr. Lindemann herbeiläßt, auch einmal vor seinen Wählern zu reden. Zudem: warum hat Genosse Dr. Lindemann die nunmehr in der „Tagwacht“ entwidelten „Gründe“ der Versammlung nicht brieflich mitgeteilt? Auf den schweren Vorwurf zu antworten, alle Mitglieder der sozialdemokratischen Rathhausfraktion hätten nicht nur gegen die bürgerlichen Parteien demonstriert, sondern auch den Genossen Dr. Lindemann desavouiert, mögen die schwer Beschuldigten selber antworten.

Parteiliteratur.

Die preussischen Landtagswahlen. Ein Führer durch das Dreiklassenwahlrecht. Vom Landtagsabgeordneten Robert Feinert. Preis 30 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. Berlin SW. 68. Ein unentbehrliches Heftchen für die Initiation zu den Landtagswahlen. Organisationen erhalten bei Massenbezug bedeutend ermäßigte Preise.

Zu die Freiheit zurückgeführt ist am Montag, den 24. Februar, Genosse Dr. Thälheimer, früher Redakteur der „Freien Volkszeitung“ in Göttingen. Wegen Preßbeleidigung hatte ihm das Gericht zweieinhalb Monate zuerkannt. In Gannstatt hatten sich viele hundert Arbeiter am Bahnhof eingefunden, um den in die Freiheit zurückgeführten Genossen zu begrüßen. Die Feier im „Schwabenbräu“ in Gannstatt war überfüllt. Die ganze Versammlung, sowie Hunderte, die draußen gewartet hatten, begleiteten den Freigelassenen dann heim. Zufälligerweise war Montag auch das Geburtsfest des Königs von Württemberg. Mit größtem Ehrgeiz beobachtete das bürgerliche Publikum, das den Papststreich erwartete, den improvisierten Demonstrationzug durch die Hauptstraßen der Stadt.

Aus Industrie und Handel.

Wagenmangel im Ruhrrevier.

Seit einigen Tagen ist der Wagenmangel im Ruhrrevier wieder zu einer dauernden Erscheinung geworden. Es fehlten im hiesigen Bezirk an den Tagen vom 10. bis 21. Februar am 10. 510, am 20. 290 und am 21. sogar 1020 Wagen, bei einer gleichen Wagenanforderung wie im Januar. Am 22. Februar waren bereits verschiedene Schachanlagen nicht mehr in der Lage, die geforderten Kohlenmengen zur Verladung zu bringen. Es ist dringend zu erwarten, daß die Eisenbahnverwaltung für schleunige Abhilfe dieses Mißstandes sorgt.

Shänen des Schlachtfeldes.

Das blutige Ringen um den Balkan ist von Angehörigen und Vertrauten der Balkandynastien zu allerlei unläuterer Handern im Interesse des eigenen Profits ausbeutet worden. Die gemäßigtere liberale „Rustaja Kolna“ in Petersburg bringt darüber folgende aufsehenerregende Mitteilung. Der Pariser Wollhändler O. Rosenbergs hat schon einige Zeit vor dem Balkankriege sich mit einer hochgestellten Persönlichkeit in Montenegro in Verbindung gesetzt, um, gestützt auf seine Informationen, umfangreiche Wollspinnereien einzuleiten. Dieser Vorstoß — schreibt das Blatt — wurde angenommen, und alle Bedingungen dieses Vorkündnisses wurden eingehend und vorichtig ausgearbeitet. Der montenegrinische Kontrahent erhielt 40 Proz. und Rosenbergs 60 Proz. des Gewinnes, wobei der Kontrahent die Berechtigung erhielt, durch seinen Vertreter die Vorkündnisse Rosenbergs zu kontrollieren. In die Besize der genauesten Angaben über die Möglichkeit und die bevorstehende Eröffnung der Spinnereien, begann diese eigenartige „Gesellschaft“ ohne jedes Risiko kolossale Wollspinnereien an der Vork. Die bald darauf an allen Vorken eintretende Septemberrampe, die durch die Operationen der genannten Wollspinnereien nicht wenig gefördert wurde, gab ihnen einen gewaltigen Gewinn, der, wie man sagt, sich auf 60 Millionen Franken beläuft! Die größten Geschäfte machten die genannten Spinnereien mit russischen Industriepapieren, namentlich mit Woll-Aktien, und hier traten sie in recht intime Geschäftsverbindungen mit der Petersburger Internationalen Bank und danach auch mit dem ehemaligen französischen Minister Dubief. Dieser — schreibt das Blatt — mußte seine Stellung aus und verband es, einen eigenartigen Vorkündnis zum Schau tragend, ein Verbot des Terminhandels mit Woll-Aktien an der Pariser Börse durchzusetzen. Man könne, hieß es, nicht zulassen, daß die Pariser Börse von der Genußtheorie einer Petersburger Bank abhängig werde gerade durch dieses Verbot des Terminhandels mit Woll-Aktien, das seinerzeit in den Petersburger Vorkündnissen kein geringes Aufsehen erregte, gelang es Rosenbergs und Konsortien, die Aktien mit gewaltigem Profit zu erwerben. Soweit die Mitteilung des gut informierten Blattes über die saubere Zusammenarbeit der französischen und russischen Wollwölfe mit der „hochgestellten“ Persönlichkeit in Montenegro, die das am Balkan vergebene Blut und die über Europa hängende Kriegsgeschichte in klingenden Profit für sich ummünzten.

Verurteilung wegen Hebertretung des Antitruggesetzes.

In diesen Tagen ist eine zweite Verurteilung wegen Hebertretung des Antitruggesetzes in Cincinnati erfolgt. Die erste Verurteilung traf den Terpentintrust, das jetzige Urteil richtet sich gegen den Registertrugtrust. (National Cash Register Co.) Besonders bemerkenswert wird dieses Urteil dadurch, daß das Gericht nicht an die vom gefälligen Juristen gegebene Interpretation hielt, bei Hebertretungen des Truggesetzes könnten die Trusts nur mit ihrem Vermögen haftbar gemacht werden. Zum erstenmal wurde wegen Verstoß gegen das Truggesetz auf Einfrierung erkannt, und zwar wurden 20 Beamte der Registertrugtrusts zu 9 bis 12 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Präsident und der Vizepräsident des Trusts erhielten jeder ein Jahr Gefängnis neben Geldstrafen bis zu 20 000 M.

Würden auch die anderen Gerichte das Gesetz so anwenden, die Trusts würden es vielleicht besser respektieren. Die gänzliche Wirkungslosigkeit des Gesetzes war, teilweise wenigstens, auf jene entgegenkommende Auslegung zurückzuführen. Vor fünf Jahren wurde z. B. der Dellonß Rodesseler wegen vielhundertfältiger Hebertretung des Gesetzes in Chicago zu einer Geldstrafe von 20 Millionen Dollars verurteilt. Vor aller Welt verhöhnte er den Richter und seinen Urteilspruch: Er (Rodesseler) werde lange gefoltert, begraben und verwest, die Strafe aber noch nicht bezahlt sein. Von einer höheren Instanz wurde er denn auch freigesprochen. Der verurteilte Registertrugtrust hat in Dayton, Ohio, ein riesiges Unternehmen — technisch wohl die bestgerüstete Fabrik der Welt, in der sie das System des „vollständigen Feudalismus“ mit äußerster Konsequenz durchgeführt hat. In demselben „amerikanischen“ Stil, in dem der Trust die Arbeiter ausbeutet, geht er gegen seine Konkurrenz vor; ein besonderes Department hat die Aufgabe, Methoden zu suchen, nach denen der Verkauf der Rassen der Konkurrenz zu hintertreiben ist. Er hat die Produkte anderer Fabriken massenhaft nachzuahmen lassen und in den Verkauf gebracht; diese Fabrikate waren natürlich nicht zu gebrauchen. Der Trust hat zum Schein Konkurrenzunternehmen gegründet, um unliebsame Firmen

einzuschließen und zur Aufgabe der Produktion zu bewegen. Kurz in vielen hundert von Fällen Praktiken geübt, die das Truggesetz mit schweren Strafen bedroht. Dafür sind ihre Vertreter jetzt verurteilt worden. Freilich mit der Verkündung des Urteils spazieren die Direktoren des mächtigen Trugs noch nicht wirklich ins Gefängnis, sie werden alle juristischen Spitzfindigkeiten anwenden, um das Urteil vor ein höheres Gericht zu bringen, um dort auch freigesprochen zu werden.

Soziales.

Der verklagte Hofmaler.

Auf die Ausstellung eines Zeugnisses sowie 45 M. Lohn für die vereinbarte Kündigungsfrist klagte der Arbeiter B. vor dem Gewerbegericht gegen den Hofmaler Fischer. Wie der Kläger in der gestrigen Verhandlung vor der Kammer 8 angab, war er im Gewerbebetriebe des Beklagten als Diener angestellt. Bei der Einstellung am 1. Februar 1911 habe er 45 M. Monatslohn erhalten, der inzwischen auf 90 M. erhöht worden sei. Am 15. Februar sei er ohne gesetzlichen Grund entlassen worden. Da ihm am 15. Februar, entgegen den sonstigen Gepflogenheiten, das Krankengeld vom Lohne abgezogen wurde, sei es zu einem Wortwechsel mit dem Geschäftsführer des Beklagten und ihm gekommen. Der Geschäftsführer habe ihm dann die Uniform abgehoben und gesagt: er wäre entlassen. Da mit ihm eine vierzehntägige Kündigungsfrist vereinbart war, habe er Anspruch auf 14 Tage Lohn im Betrage von 45 M. Das ihm ausgestellte Zeugnis sei ihm in seinem weiteren Fortkommen hinderlich. Deshalb fordere er die Verschätzung über Führung und Leistung.

Der Vertreter des Beklagten wandte ein: dem Kläger sei gar nicht gekündigt worden. Er habe an dem frohlichen Sonnabend gesagt: ob er am folgenden Tage wiederkomme, wisse er nicht. Er habe dann auch sein Geld verlangt. Zum Abzuge des Krankengeldes sei der Chef berechtigt. Der Kläger habe sich oft nicht so benommen wie es wünschenswert wäre. Er sei nur „aus Mitleid“ so lange beschäftigt worden.

Das Gericht gelangte zu der Ueberzeugung, daß der Kläger ohne genügenden Grund entlassen wurde. Das Zurückfordern der Uniform komme der Entlassung gleich. Es verurteilte daher den Beklagten zur Zahlung von 45 M. und zur Ausstellung eines Zeugnisses, in dem Führung und Leistung im ganzen als zufriedenstellend bezeichnet werden müssen.

Nach der Verkündung des Urteils wurde der Vertreter des Beklagten, ein Geschäftsführer Bannack, sehr erregt. Er schlug auf das Pult und verlangte die Verurteilung des Zeugen. Nachdem ihn der Vorsitzende, Magistratsrat v. Schulz, darauf aufmerksam gemacht hatte, daß er derartige Urträge während der Verhandlung stellen müssen, erklärte er in barschem Tone: einige Herren des Richterkollegiums seien befangen.

Das Gericht ließ sich eine derartige Beleidigung nach Verkündung des Urteils nicht gefallen. Es zog sich zur Verurteilung zurück und verhängte über Herrn B. eine Angehörigstrafe von 10 M.

Selbstherrlichkeit in einer Betriebskasse.

Betriebskrankenkassen haben unter der Arbeiterschaft ganz allgemein deswegen einen schlechten Ruf, weil die Arbeiterschaft selbst in den besten Betriebsklassen mehr oder weniger entrechtet sind. Da, wo die Arbeiterbewegung schon genügend erlärnt ist, kommt die Entrechtung weniger zum Ausdruck, weil die Kontrolle der Öffentlichkeit bis zu einem gewissen Grade gesichert ist. Anders in Gegenden, wo diese Vorbedingungen noch nicht in dem Maße vorhanden sind. Ueber den Schlandrian, der dort herrscht, liefert die Betriebskrankenkasse von H. Schuffert u. Co. in Eisenpolzerei bei Oberwalde ein Beispiel. Der Direktor der Firma, Herr D. Schuffert, liefert den Beweis, wie unter seiner Leitung mandem Kranken die Erlangung seines ihm zustehenden Krankengeldes erschwert wird. Auch jetzt wieder.

Ein Arbeiter war an schweren Rheumatismus erkrankt. Er war Anfang Dezember 1912 zu dem Vertrauensarzt des Herrn Schuffert zur Nachuntersuchung geschickt worden. Dieser Herr konstatierte auch ein rheumatisches Leiden; meinte aber prophetisch, daß es noch dreiwöchiger Schonung erledigt sein würde, so daß der Kranke dann wieder erwerbsfähig sei. Jedenfalls bei einem solchen Leiden eine recht nennenswerte ärztliche Leistung. Aber Herr Schuffert als Leiter der Krankenkasse ging noch weiter: er verweigerte dem Schwerkranken nach 14 Tagen die Weiterzahlung des Krankengeldes. Vom 21. Dezember 1912 an hat der Kranke kein Krankengeld bekommen, obwohl der behandelnde Arzt ihn für noch völlig erwerbsunfähig hielt und dies auch behauptete. Der Kranke beschwerte sich beim Landratsamt als Aufsichtsinstanz, bekam aber keinen Bescheid. Er richtete anfangs Januar noch einmal eine Karte an den Landrat und bat um Erledigung der Angelegenheit. Auch darauf ging ein Bescheid nicht ein. Am 16. Januar wurde er von dem behandelnden Arzt für erwerbsfähig erklärt. Am 17. Januar richtete er erneut eine Beschwerde an den Landrat, die er der Vorsicht halber eingeschrieben einschickte. Am 31. Januar bekam er nun endlich einen Bescheid. Dieser ging dahin, die Verschätzung des behandelnden Arztes sei der Kasse zur Prüfung eingereicht. Die Kasse war nach dem Bescheid des Landrats auch zur Verschätzung an den Beschwerdeführer veranlaßt. Wurde nun vom Kassenvorstand die Angelegenheit auf dem schnellsten Wege erledigt? Mit nichten. In der zweiten Februarwoche richtete darauf der Arbeiter eine Karte an den Herrn Direktor, in der er einen endlichen Bescheid verlangte. Er bekam keinen. Am 18. Februar ging er selbst hin. Der Herr Direktor eröffnete ihm, daß der Vorstand beschlossen habe, dem Kreisausschuß zu schreiben, daß er erst — prüfen müsse, ob das Urteil des Arztes auch glaubwürdig ausgeht. Eine telephonische Anfrage bei dem Arzt hätte zwar genügt, um festzustellen, ob dieser das Urteil selbst geschrieben habe und die darin gemachten Feststellungen aufrechterhalte.

Nach zwei Monaten befindet sich der Kranke also noch nicht im Besitz des Krankengeldes. Diesem Schlandrian gegenüber wäre neben einer nochmaligen Beschwerde an die Aufsichtsbehörde eine Klage auf Schadenersatz gegen den Vorsitzenden der Kasse, Direktor Schuffert, am Platze. Das Beispiel illustriert neben vielem anderen, welche Schlandrian und antisoziales Empfinden in manchen Betriebskrankenkassen herrscht.

Gerichts-Zeitung.

Schulfeier mit Burenhüten.

Die immer noch strittige Frage: Was sind Schulfeiern und sind Eltern verpflichtet, ihre Kinder zu solchen Schulfeiern zu schicken? befaßte sich wieder einmal das höchste Schöffengericht. In dem Dorfe Oslau, wo die Jungdeutschlandbündel von oben herab sehr protegiert wird, wurde zum Sonnabend, den 21. Dezember, nachmittags 4 Uhr, eine offizielle Schul-Weihnachtsfeier veranstaltet. Da die Feier nicht in der Schule, sondern in einem Gasthof, der den Arbeitern nicht zu Versammlungen zur Verfügung stand, abgehalten wurde, und die Schüler aufgefordert worden waren, sich mit ihren Burenhüten zu putzen, hielten die Genossen Metzball und Schmelz ihre Kinder von der Feier absichtlich zurück. Sie meinten, man könne Eltern nicht zwingen, ihre Kinder in Gasthöfen zu Weihnachtsfeiern zu schicken; das seien nicht Schulfeiern im Sinne des Gesetzes. Rektor und Amtsvorsteher beriefen sich aber auf Kabinettsorder von 1835 und Regierungspolizeiverordnung von 1896 und sandten den Vätern Strafmandate von je

2 Mark wegen Schulversäumnis. Das Schöffengericht bestätigte die Strafen, weil es die Weihnachtsfeier im weitesten Sinne als Schulunterricht ansah.

Seit wann gehören Maskeraden mit Burenhüten zur Weihnachtsfeier und was hat dieser Aufzug mit dem Schulunterricht zu tun? Das Urteil ist ganz unhaltbar.

Oberst, Oberleutnant und Obermusiker.

Die feinerzeit viel besprochene Affäre des Obermusikmeisters a. D. Gustav Offeney in Spandau bildete die Grundlage eines umfangreichen Beleidigungsprozesses, der gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hofmeister begann.

Wegen Beleidigung durch die Presse hatte sich der seit dem Juli 1910 pensionierte ehemalige Direktor der Kapelle des 5. Garderegiments in Spandau, Obermusikmeister a. D. Offeney, zu verantworten. Wegen eines Renkontres, den der Angeklagte feinerzeit in einem Abteil eines nach Spandau gehenden Zuges mit dem Oberleutnant Lorenz gehabt hat und das auch in dem jetzigen Prozeß eine Hauptrolle spielt, ist der Angeklagte feinerzeit vom Kriegsgericht zu 200 M. Geldstrafe und 14 Tagen gelinden Arrest verurteilt worden.

Zur Anklage steht eine von dem Angeklagten in Nr. 13 des „Kleinen Journals“ vom 23. März 1912 veröffentlichter Artikel unter der Ueberschrift „Oberst, Oberleutnant und Obermusikmeister“. Er behandelt darin die Stellung des Obermusikmeisters im allgemeinen und die Geschichte seiner Pensionierung, sowie seinen Zusammenstoß mit dem Oberleutnant Lorenz im Eisenbahnabteil und das kriegsgerichtliche Verfahren, in welchem er verurteilt worden, im besonderen. Er behauptete in seinen Darlegungen, daß der Oberst von Hünisch seine Pensionierung nicht aus sachlichen Gründen betrieben habe. Er habe sich feinerzeit eine Villa gebaut und dadurch die Wutigung gewisser Kreise erregt. Dem Baumeister, der ihm die Villa gebaut, habe er als geschäftsunkundiger Mann einige Gefälligkeitsakzente gegeben und habe dann zu seinem Bedauern entdecken müssen, daß sein Name so und so oft gefälscht worden war. Aus diesen Beschuldigungen, die der Baumeister Woißschel eingestanden, haben sich allerlei Pändungen ergeben, die ihn schließlich veranlaßt hätten, Strafantrag gegen den Fälscher zu stellen. Die erste gegen ihn selbst gerichtete Klage wegen Vollziehung eines gefälschten Wechsels in Höhe von 2500 M. habe der Rechtsanwalt Graf Wredow ganz unvorschriftsmäßig beim Regiment eingereicht und der Oberst v. Hünisch habe ihm in seinem Geschäftszimmer den Befehl erteilt, sofort die Klage aus der Welt zu schaffen, bei weiteren vorkommenden Fällen müßte er das Regiment verlassen. Er sei also in die Zwangslage gebracht worden, die gefälschten Wechsel fort einzulösen. Wüher dieser Wechselkäufe habe der Verfall im Eisenbahnabteil, bei welchem er mit dem Oberleutnant Lorenz zusammengestossen war, den Grund zu seiner Pensionierung abgegeben. Eines Abends sei er in Uniform von Berlin nach Spandau gefahren; in dasselbe Abteil sei der ihm bis dahin unbekannt Oberleutnant Lorenz in Zivil mit seiner Frau gestiegen. Im Abteil sei er eingeschlafen und im Schlaf soll er versehentlich die ihm gegenüber sitzende Frau Oberleutnant Lorenz mit dem Fuß berührt haben. Der Oberleutnant soll ihm dann, wie in dem Artikel behauptet wird, in unsanter Weise gewedt und unter Vermeidung des Prädikats „Herr“ ihm Verwürfe gemacht haben. Es sei darüber zu höchst erregten Auseinandersetzungen gekommen. Als er das Abteil verließ, sei der ihm bis dahin unbekannt Herr gefolgt, habe mit den Fingerspitzen an die Quikempe gefaßt und ihm ziemlich gefarnischt über die Schulter zugerufen: „Ich stelle mich Ihnen vor, ich bin Offizier, Oberleutnant!“ Da habe er geantwortet: „Ob Sie Offizier sind oder nicht, jedenfalls haben Sie sich nicht so benommen!“ Der infirmierte Artikel schildert diesen Vorgang nach der Auffassung des Angeklagten noch weiter, ebenso das kriegsgerichtliche Verfahren, welches sich daran schloß und durch alle Instanzen zu ungunsten des Angeklagten durchgeführt wurde. Seine Lage habe sich noch durch die für ihn günstigen Aussagen verschlechtert. Als er seinem Anwalt, Herrn Ulrich, mitgeteilt, daß ein Spandauer Zahnarzt, der zufällig im Abteil zugegen gewesen sei und sich über die Verurteilung in erster Instanz empört habe, sich als Zeuge anbeude a hab, habe ihm Herr Ulrich gesagt: „Ach, lassen Sie doch den Herrn aus dem Spiele, was geben denn schon die Offiziere auf die Aussage eines Juden!“ Die Aussage dieses Zeugen habe denn auch wirklich gleich Null gegolten, ebenso die Aussage einer Zeugin, welche aussagte, daß er sich im Eisenbahnabteil durchaus korrekt benommen habe. Schließlich behauptet der Artikel, daß der Zahnarzt stillschweigend hontottiert worden sei, ebenso sei seine Tochter hontottiert worden, die sich der Tanzkunst gewidmet hatte und, dem Wunsche vieler Personen nachkommend, in Spandau eine Soiree unter Mitwirkung einer Regimentskapelle veranstalten wollte. In dem Artikel wurde die Behauptung aufgestellt, daß in dem kriegsgerichtlichen Verfahren die als Zeugen benommenen damaligen Oberleutnants von Rintow und von Stümer einen Reineid geleistet hätten und die Ereignisse auf dem Perron in Spandau falsch von ihnen dargestellt worden seien.

Der Vorgang im Eisenbahnabteil und auf dem Spandauer Perron hat sich im Jahre 1910 ereignet, der Artikel im „Kleinen Journal“ erschien etwa 1½ Jahre später.

Durch den Artikel fühlen sich Oberst v. Hünisch und die Hauptleute v. Rintow und v. Stümer beleidigt.

Es fand eine lang ausgeübte Vernehmung statt. Auf Grund derselben ging das Urteil des Gerichts dahin: Der Angeklagte wird wegen Beleidigung nach § 186 St.-G.-B. zu einer Strafe von 600 M. event. für je 15 M. 1 Tag Gefängnis verurteilt. Den Beleidigten und dem Generalkommando wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Die Anwendung des § 193 hat das Gericht verneint. Die Tatsache, daß die Vorgänge, um die es sich handelt, schon etwa 1½ Jahre vor dem Erscheinen des Artikels sich abgespielt hätten, lassen die Annahme berechtigt erscheinen, daß den Angeklagten nicht die Wahrnehmung berechtigter Interessen, sondern das Gefühl der Rache getrieben hat. Bei dieser Sachlage habe das Gericht von einer Gefängnisstrafe nur mit Rücksicht auf das Alter des Angeklagten und die frühere langjährige tadellose Dienstzeit desselben Abstand genommen.

Aus aller Welt.

In Cassels Spuren.

Der Ruf, den der nationale Gelbdenksteller der Berliner Stadtverordnetenversammlung mit seiner rührseligen Kronenordenrede dritter Klasse bei allen wahren Patrioten geerntet hat, läßt andere bewährte Vorkämpfer für vaterländische Gesinnung nicht ruhen. Es ist auch eine Niederträchtigkeit ersten Ranges, daß die Vertreter der Sozialdemokratie es ablehnen gemeinsam mit dem Synagogenvorstand in der evangelischen Nikolaiskirche den Christengott zu loben für die Freiheiten und Rechte, die wir seit hundert Jahren in Freuden dank der Einsicht der Hohenzollern genießen. Die Entrüstung über die religiöse Abstinenz der Sozialdemokratie wird daher immer allgemeiner. Der evangelischen „Kreuzzeitung“ und der fortschrittlichen „Vossin“ kommt nun auch die katholische Presse zu Hilfe. Unser großer Mitbürger Oskar Cassel hat alle Konfessionen unter einen Hut gebracht.

Wenn früher gesagt wurde, der Katholizismus sei ultramontan, beziehe seine Direktiven von dem Oberhirten jenseits der Berge, so ist das natürlich unwahr. Den Beweis dafür bringt ein strammes Zentrumsblatt, das „Zentral-Vollschrift für den Regierungsbezirk Arnberg“. Es erläßt in einem Artikel „Die Sozialdemokratie am Pranger“ folgenden flammenden Aufruf:

Auf die Erhebung gegen die französische Fremdherrschaft vom Jahre 1813 wird und muß eine Erhebung gegen die Fremdherrschaft der Sozialdemokratie im Jahre

1913 erfolgen. Die Jahrhundertfeier des deutschen Volkes muß der Anfang einer starken und einigen Volkshebung gegen die Tyrannie der Sozialdemokratie sein. Die ist der Forderung unserer Volkstaktik, sie raubt dem Volke Glück und Zufriedenheit, sie reißt ihm den Glauben an Gott aus dem Herzen und läßt es sich vollziehen von Haß, Verbitterung und Neid. Ein viel gefährlicherer Feind bedrängt und bedrückt das deutsche Volk heute, als es vor hundert Jahren unter der Herrschaft des Korien der Fall war. Nicht mit Blut und Eisen kann und darf jetzt der Kampf geführt werden, sondern durch die Kraft der Idee und Sitten. Das deutsche Volk muß sich selbst befreien, ein neues Volk muß werden, in dem kein Haß mehr ist für Leute, die kein Vaterland haben und denen die Tugenden fehlen, die uns Deutsche groß und stark gemacht haben. Die Sozialdemokratie hat sich an den Pranger gestellt, sie soll dort bleiben. Das deutsche Volk soll endlich zur Erkenntnis gelangen, daß die Sozialdemokratie nicht ein Feind der Regierung, sondern noch weit mehr der Feind des Volkes ist. Wer sich weigert, an der Volksfeier für die Freiheitskämpfer teilzunehmen, der ist nicht wert, dem Volke beigegeben zu werden, den wird unser ganzes deutsches Volk an den Pranger stellen.

Da wird es Herrn Cassel schwer werden, die Begeisterung zu überleben. Aber möglich erscheint es uns doch, denn der neue Ausbruch nationaler Gefühle bei Herrn Cassel war ja eine unvorbereitete Eruption!

Nationaler Festgesang.

Auf einem landwirtschaftlichen Stiftungsfeste in Neuh. a. L. wurde folgender Hymnus gesungen:

Es braust ein Ruf durch Neuheland,
Uns allen gar noch wohl bekannt,
Der Ruf zur lieben Reichstagswahl,
Weil Förster's Anliß wurde faßl.
Er fauste ab mit Extrapol,
Da an ihm fraß des Wahnsinns Haß,
Weil er selbst nicht wußte, was er sprach,
Zog er zurück sich in sein Schlaggemach.
Der Roten Trauer war gar groß,
Weil einer starb von ihrem Troß;
Doch harter Hoffnung machten sie
Der Sozialdemokratie.
Doch ohne weiteres sprach man nicht:
Herr Sozi, o ich bitte dich
Wieder zum Kaiser für das Neuheland,
Da du zu uns warst stets so sehr galant. (!)
Es gab ein Kampeln und Geschrei,
Auch viele Autos fuhr'n herbei,
In hohlen Wädhler ins Lokal.
Dah sie erfüll'n die Pflicht der Wahl,
Doch leider siegte wieder Rot,
Herr Sozi'n, verzahst uns bis zum Tod.
Doch geb' auch ich ihm nur die gute Lehr',
Dah bald Herrn Förster folg' in Kürze er.
Anständige Leute, unsere Herren Segner!

Die englische Südpolar-Expedition.

Der Generalgouverneur in Melbourne erhielt ein dröhnendes Telegramm von dem englischen Südpolarforscher Rawson, das den Tod des Leutnants Minnes und des Dr. Nery von der Expedition bestätigt und hinzusetzt, daß die Schichtenexpeditionen von großem Erfolg gewesen seien. Man habe östlich und westlich von der Commonwealth-Bucht neue Gebiete in weiter Ausdehnung erforscht und wichtige Einzelheiten auf zahlreichen Stationen ganz nahe beim magnetischen Pol festgestellt. Es sei wahrscheinlich, daß Rawson selbst und sechs Mitglieder der Expedition noch für ein weiteres Jahr nicht zurückkehren könnten.

Kleine Notizen.

Im Kampf mit Wilderern. Bei Leutschenthal überraschte am vergangenen Sonntag ein Fuchs die Bergmann August Treiber und seine beiden Söhne beim Wildern. In der Notwehr erschoss der Fuchs die beiden Väter und verwundete beide Söhne. Er selbst wurde leicht verwundet. Die beiden Söhne wurden verhaftet.

Panik im Kinotheater. In einem Kineamatographentheater in Leteghem bei Dänkirchen entzündete sich ein Film. Es entstand eine Panik, bei der zahlreiche Kinder und Frauen im Gedränge zu Boden geworfen und mit Füßen getreten wurden. An zwanzig Personen erlitten erhebliche Verletzungen.

Attentat auf einen Eisenbahnzug. Im russischen Gouvernement Tula rissen sich auf der Uglowoja-Julez-Bahn infolge böswilliger Loslösung einer Schiene die Schotwagen von der Lokomotive los und stürzten den sechs hohen Wagnadamm hinab. Dabei wurde ein Mädchen getötet, drei Passagiere und der Schaffner erlitten Knochenbrüche. Achtzehn Personen wurden leicht verletzt.

Töblicher Hitzegeritz. Aus Hangelar (Siegtkreis) wird telegraphisch berichtet, daß der Pfleger Bruno Wernigen Dienstagabend aus 90 Meter Höhe abgestürzt ist. Wernigen war sofort tot.

Eingegangene Druckschriften.

Wilhelm Kabe. Von E. Coerih, 1 M. Zenien-Verlag, Leipzig. Bewegungstheorie. Ost 14-18. Von Volkmann, 95 S. F. Quab, Charlottenburg 4.

Die Kassenmerkmale der Juden. Von Dr. Maurice Hildberg. Preis 4.50 M. Verlag von Ernst Reinhardt, München.

Gedehme Wissenschaften. Herausgegeben von Dr. F. Naab. 4 Bde., geb. 5.50 M. H. Bartsch, Berlin W. 30.

Der Strom. 2. Jahrg. Nr. 11. Organ der Wiener Freien Volkshäute. Monatschrift. Herausgegeben von E. Berner-Korier, St. Grohmann u. A. Kumb. 3 Bde. Decherbeil u. Co., Wien-Berlin.

Marktpreise von Berlin am 24. Februar 1913, nach Ermittlungen des Royal-Vollzeitpräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19.02 bis 19.70, mittel 19.46-19.54, geringe 19.80-19.88. Roggen, gute Sorte 00.00-16.00, mittel 00.00-00.00, geringe 00.00-00.00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16.90-17.50, mittel 16.30-16.80, geringe 15.60-16.10. Hafer, gute Sorte 18.30-20.20, mittel 16.60-18.30 (bei Wagen und ab Bahn).

Marktpreislisten. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30.00-50.00. Spelzbohnen, weiße 35.00-60.00. Linen 35.00-60.00. Kartoffeln (Kleinbl.) 6.00-10.00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1.70-2.40. Rindfleisch, Bauernfleisch 1.30-1.80. Schweinefleisch 1.60-2.10. Kalbfleisch 1.40-2.40. Hammelfleisch 1.50-2.40. Butter 2.40-3.00. 60 Stück Eier 4.20-6.00. 1 Kilogramm Rapskörner 1.40-2.40. Weile 1.60-3.30. Jander 1.40-3.60. Heide 1.60-2.80. Borfä 1.60-2.40. Schale 1.60-3.20. Weile 0.80-1.60. 60 Stück Weile 4.00-24.00.

Witterungsbericht vom 25. Februar 1913.

Stationen	Barometerstand um 9 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur um 9 Uhr	Stationen	Barometerstand um 9 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur um 9 Uhr
Swinemünde	763.5	SW	1	bedeckt	-1	Dabrunn	759.8	SW	1	bedeckt	-16
Hamburg	764.5	SO	2	bedeckt	-2	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	765.6	SW	3	bedeckt	-3	Sibir	749.6	SW	3	bedeckt	8
Kranz, a. d. R.	767.6	SW	1	bedeckt	-3	Aberdeen	753.6	SW	3	bedeckt	9
München	769.2	SW	1	bedeckt	-5	Paris	762.0	SO	2	bedeckt	-1
Wien	769.8	SW	1	bedeckt	-5	—	—	—	—	—	—

Wetterprognose für Mittwoch, den 26. Februar 1913. Trocken und vielfach heiter, nachts wieder Frost, am Tage wird bei mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Correspondenz findet in den Briefen 60, vorn hier Treppen — **Handel** —, wochentlich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erlaubt. Anfragen, denen keine Abonnementsentrichtung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

N. 2. 100. 1. und 2. Pfändung ist jederzeit zulässig. 3. U. E. unterliegt der genannte Antrag der Pfändung — **Gilde 25/9.** 1. und 2. Die Anfechtungsfähigkeit kann nur der geschiedene Ehemann erheben und zwar binnen Jahresfrist, von dem Zeitpunkt an gerechnet, zu dem er von der Gültigkeit des Rindes Kenntnis erhält. 3. Die Ehefrau hat ein Recht beim Vormundschaftsgericht auf Befreiung des Kindes bei der Mutter und ein Recht auf Namensänderung des Kindes. 4. Das müssen wir Ihnen überlassen. Die Höhe der Kosten würde in dem Falle vereinbart werden müssen. — **55. 2. 8.** Es genügt ein personlicher Vertrag. Damit derselbe aber die gehörige Form erhält, ist es zweckmäßig, einen Notar oder Anwalt mit

der Abfassung des Vertrages zu beauftragen. — **N. 7. 634.** 1. und 2. U. E. nicht. 3. Für die Vertragsdauer, solange nicht anderweit bestimmt ist. — **N. 23. 52. 6. 6.** Der Stempelbetrag ist richtig berechnet. — **G. 5. 123.** Die Frau ist zahlungspflichtig. Eine Erklärung ist nach Ihrer Darstellung ausgeschlossen. — **Normen 3.** Sofern im Interesse des Mädchens gelegen, ja. — **N. 1893.** 1. Ohne nähere Angaben nicht zu beantworten. 2. Ja, jedoch ist Stempelbetrag zu erwarten, falls das Objekt 100 P. übersteigt und das Schriftstück einer Behörde eingereicht wird. — **C. 2. 15.** 1. Nach übereinstimmender Rechtsprechung nicht. 2. Nur sofern unter Berücksichtigung der Sonderanordnungen ein Übertrag verbleibt. — **Frage 100.** Sofern nicht bewiesen werden kann, daß das Mädchen in der Umhüllungszeit mit anderen Männern Verkehr gepflogen hat. — **N. 17.** Vom Tode der Mutter ab. — **M. 34.** Die Kosten hätte man von Ihnen nur dann einbezogen werden, wenn Sie Vermögen oder ein Einkommen von mehr als 120 M. monatlich oder 2880 M. wöchentlich haben. Der Frau gegenüber sind Sie nicht unterhaltspflichtig. — **G. 2. 3504.** Falls ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes verhältlich gegangen ist, haben Sie Anspruch auf Erlass der Steuer, beginnend mit dem ersten des Monats, der dem Zeitpunkt des Eintritts der Erwerbs-

losigkeit folgt. — **Z. 9. 59.** Ja. — **Z. C. 23.** Die Versicherung erlischt nicht ausnahmslos, muß aber bis zum 27. d. M. eingereicht sein. — **Georg 100.** Ein sich und Sie unterhaltspflichtig, jedoch nur sofern Ihre Vater zur Unterhaltspflichtig aufgefunden ist. Gleichzeitig mit Ihnen sind Ihre Brüder unterhaltspflichtig und zwar je nach Einkommen und Vermögen. Die anderen von Ihnen erwähnten Gründe kommen nicht in Betracht, können allerdings der Armenverwaltung ebenfalls mitgeteilt werden. Für die Zeit der Arbeitslosigkeit haben Sie nichts zu leisten. — **G. 100.** Wagt sich von hier aus nicht beurteilen. Fragen Sie bei den Polizeiverwaltungen der genannten Orte an. — **C. 9. 9.** Ja. — **N. 2. 5.** Ja, in der Regel muß Höhe Ihres Gehalts, jedoch unter Berücksichtigung die Zulage für Repräsentationszwecke. — **G. 2. 50.** 1. Höchstalter 30 Jahre, da jedoch bis zur Einstellung mehrere Jahre vergehen, ist eine Ausbildung von Jahren, die über als 27 Jahre sind, in der Regel möglich. 2. Charité. 3. Einnahme 300 M. Der Antrag ist beim Polizeipräsidenten zu stellen. — **N. 100.** Sofern die Angaben des früheren Sachverständigen zutreffen, sind Sie zur Rückzahlung verpflichtet. Verjährung kann nicht eingewendet werden, da hier die ordentliche 30jährige Verjährungsfrist in Frage kommt. — **M. u. 3. 5000.** Leider nicht.

Unserem lieben Genossen **Maximil. Seebach** nebst Frau zum 25. Jahrs. Ehejubiläum sowie dem Genossen **Albert Seebach** nebst Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Genossin u. Genossinnen der Johanne 14 D. Reußlin.

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin.
Am 22. Februar starb unser Mitglied, der Bauarbeiter **Wilhelm Vogt** (Vogel Weihenfeld).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 26. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Weihenfeld, Hildesstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
141/2 Der Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten, Genossen, Freunden und Bekannten, insbesondere dem sozialdemokratischen Arbeiterverein (Bezirk 672), der Abteilung des Weihenfeldes der U. E. G., sowie den Sängern meinen aufrichtigsten Dank.
Amalie Kuschel nebst Kindern.

Westmanns Trauermagazin Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jurastrasse).
II. Gesch.: Berlin N.O., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andrasstrasse).
Schr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schieler etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre. Ausw. niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

klein sind jetzt die Preise im TOTAL-AUSVERKAUF
Der kleine Carlshofweg, Heringstraße
Jetzt nur 3,85 wegen vollständiger Aufgabe
Jetzt nur 5,75
LEWINSONN'S Schuhhaus
Schuhmacher-Droge 40-41. Carlshofweg Heringstr. 54. Ge. Frankfurter Straße 410. Carlshofweg 54.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 8. Berl. Reichstagswahlkreis.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Genosse, der Lederer **Albin Schröder** (Bezirk 140a) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 27. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes in Neußlin, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verein der Metallschleifer Berlins und Umgegend (Kranken-Unterstützungsverein).
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallschleifer **Fritz Plage** am 23. Februar im Alter von 77 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Simeons-Gemeinde, Mariendorfer Weg, aus statt.
26505 Der Vorstand.

Schwarze Kleidung
Fertig am Lager:
Gehrock-Anzüge 70, 60, 36 M.
Smoking-Anzüge 60, 70, 50 M.
Frack-Anzüge 50, 60, 40 M.
Helmkleider 15, 15, 12, 10, 8 M.
Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Jugendliche in größter Auswahl.
Feine Maß-Anfertigung in ca. 10 Stunden.
Baer Sohn
Kleider-Werke Berlin, Geogr. 1801.
Chausseestraße 20-26, 11. Kreuzstraße 11, Gr. Frankfurter Str. 20, Schönhafer, Hauptstr. 10.

Pianos
Liefert Pianofabrik auf Teilzahlung
sehr preiswert bei mäßiger Zinsvergütung. Gegenständige Diskretion Bedingung.
Geht Anfragen unt. J. D. 8985 bef. Rudolf Mosse, Berlin SW.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Lederer **Albin Schröder** am 23. Februar an Lungenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 27. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Neußlin, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
113/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bankverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bodenarbeiter **Max Hagen** am 23. d. Mts. im Alter von 41 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. d. M., nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Walgalha-Kirchhofes, Parfadenstraße aus statt.
22/11 Die Bezirksverwaltung.

Persil
das selbsttätige Waschmittel
Kaffeeflecken
auch solche von Kakao, Tee, Obst, Blut, Tinte etc. herrührend, beseitigt spielend einmaliges Waschen in Persil.
Denkbar gründlichste Reinigung bei größter Schonung des Stoffes und garantierter Unschädlichkeit.
Ueberrast ersichtlich, wie kost. nur in Original-Paket.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Auch Fabrikanten der allbesten
Henkel's Bleich-Soda

Knorr
Pilz-Suppe enthält nur außerlesene Pilze und schmeckt ganz vorzüglich! Ein Würfel für 3 Teller 10 Pfennige.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Petersburger Viertel. Bezirk 367 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, Frau **Martha Kupsch** Dalgiger Str. 26, gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Jentzsch-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 211/11
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 24. Februar verschied nach schweren Leiden meine liebe Frau und meine gute Mutter **Luise Fleischmann**, verw. Neumann geb. Pöthgen, im 41. Lebensjahre.
Um stillen Beistand bitten
Der trauernde Gatte u. Tochter **Albert Fleischmann, Ella Neumann.**
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes aus statt. 26515

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederharnim. Bezirk Pankow.
Am Sonntag nachmittags verstarb nach schwerem Leiden unser Genosse, der Handlungsgeselle **Gottfried Gerlach** im Alter von 33 Jahren an Herzlähmung. 240/7
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr von der Halle des Weihenfeld-Kirchhofes, Hildesstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Heute früh 5 Uhr entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden meine innigst geliebte Frau, unsere treuherzige Mutter u. Schwiegermutter **Rosa Kirste** geb. Zimmerling im 56. Lebensjahre. 212/15
Berlin, den 24. Februar 1913, Reicheltstr. 2a.
Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrubt an **Heinrich Kirste, Otto Kirste und Frau, Adolf Kirste und Frau, Emil Arndt.**
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Weihenfeld-Hildesstr. 93/123 aus statt.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.
Bezirk Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Versicherungsangestellte **Gottfried Gerlach** am 23. Februar nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nach 4 Uhr, von der Halle des Weihenfeld-Kirchhofes, Hildesstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
283/3 Die Ortsverwaltung.

Am 24. d. Mts. verschied sanft nach kurzem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter **Karoline Wittkopf** im 69. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetrubt an Die trauernde Familie Wittkopf, Lerlingstraße 18.
Die Beerdigung findet am 27. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof-Kirchhof in Nieder-Schönhausen-Rordend statt.

Danksagung.
Für die erwiesene Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Bernhard Marienfeld** sowie für die zahlreichen Kranzspenden sagen wir allen Verwandten, Bekannten, Freunden, insbesondere den Vätern der Kolonie „Jungfernhöf“ unseren herzlichsten Dank. **Die Familie Marienfeld.** 26575

Danksagung.
Für die und erwiesene Teilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines so innig geliebten Mannes und Vaters sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Gesangsverein „Kaiserliche Rönnerschor“ unseren herzlichsten Dank. **Frau Martha Müller und Tochter.** 26575

WESTMANN
Mohrenstr. 37a. Gr. Frankfurterstr. 115.
Mode-Ausstellung
bis 7. März 1913
Verkauf einer großen Anzahl neuester komplizierter Frühjahrs-Original-Modelle in
Mänteln und Kostümen
welche nicht kopiert werden, mit Preisermäßigung nach folgenden Beispielen:
Modellpreis 35.-, 55.-, 75.-, 95.-, 115.-, 135.- bis 420.-
jetzt 20.-, 30.-, 40.-, 50.-, 60.-, 80.-, 225
Totale Räumung der Winterbestände
Pflaummantel sonstb. 39.-, 59.-, 79.-, 99.-, 119.-, 139.-, 159.-, 179.-, 199.-, 219.-, 239.-, 259.-, 279.-, 299.-, 319.-, 339.-, 359.-, 379.-, 399.-, 419.-, 439.-, 459.-, 479.-, 499.-, 519.-, 539.-, 559.-, 579.-, 599.-, 619.-, 639.-, 659.-, 679.-, 699.-, 719.-, 739.-, 759.-, 779.-, 799.-, 819.-, 839.-, 859.-, 879.-, 899.-, 919.-, 939.-, 959.-, 979.-, 999.-
Kostüme sonstb. 45.-, 65.-, 85.-, 105.-, 125.-, 145.-, 165.-, 185.-, 205.-, 225.-, 245.-, 265.-, 285.-, 305.-, 325.-, 345.-, 365.-, 385.-, 405.-, 425.-, 445.-, 465.-, 485.-, 505.-, 525.-, 545.-, 565.-, 585.-, 605.-, 625.-, 645.-, 665.-, 685.-, 705.-, 725.-, 745.-, 765.-, 785.-, 805.-, 825.-, 845.-, 865.-, 885.-, 905.-, 925.-, 945.-, 965.-, 985.-, 1000.-
Ulster sonstb. 25.-, 35.-, 45.-, 55.-, 65.-, 75.-, 85.-, 95.-, 105.-, 115.-, 125.-, 135.-, 145.-, 155.-, 165.-, 175.-, 185.-, 195.-, 205.-, 215.-, 225.-, 235.-, 245.-, 255.-, 265.-, 275.-, 285.-, 295.-, 305.-, 315.-, 325.-, 335.-, 345.-, 355.-, 365.-, 375.-, 385.-, 395.-, 405.-, 415.-, 425.-, 435.-, 445.-, 455.-, 465.-, 475.-, 485.-, 495.-, 505.-, 515.-, 525.-, 535.-, 545.-, 555.-, 565.-, 575.-, 585.-, 595.-, 605.-, 615.-, 625.-, 635.-, 645.-, 655.-, 665.-, 675.-, 685.-, 695.-, 705.-, 715.-, 725.-, 735.-, 745.-, 755.-, 765.-, 775.-, 785.-, 795.-, 805.-, 815.-, 825.-, 835.-, 845.-, 855.-, 865.-, 875.-, 885.-, 895.-, 905.-, 915.-, 925.-, 935.-, 945.-, 955.-, 965.-, 975.-, 985.-, 995.-, 1000.-
Pelzmäntel sonstb. 150.-, 200.-, 300.-, 400.-, 500.-, 600.-, 700.-, 800.-, 900.-, 1000.-
Gesellschaftskleider u. Abendkleider bis 70% unter Preis!
Sonntag geöffnet von 12-3 Uhr. Einsegnungskleider! Sonntag geöffnet von 12-3 Uhr.

Arbeiter-Geundheits-Bibliothek
32 verschiedene Hefte à 20 Pf.
Zähne, Plomben, beste Ausführung, billigste Preise. Geogr. 1889.
Invalidenstr. 145. II.
Olga Jacobson,

Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker u. verw. Gewerbe zu Berlin.
Die in der Generalversammlung vom 12. Mai 1912 beschlossene 17. Veränderung zum Kassensatz betreffend Fortfall der Erhebung von Eintrittsgeld, anderweitige Festsetzung des durchschnittlichen Tagelohns, der wöchentlichen Kasseneinträge und des Kranken- und Sterbegeldes, ist vom Bezirksausschuss genehmigt und tritt am Montag, den 3. März 1913, in Kraft. Ausführliche Druckeremulare dieser Veränderung sind im Kassensatz abzugeben.
Berlin, den 25. Februar 1913.
Der Vorstand.

Bücher-Neuheiten!
Franz Mehring
1807 bis 1812
Von Tilsit nach Tauroggen. (Kleine Bibliothek No. 25.)
Franz Mehring
1813 bis 1819
Von Kallsch nach Karlsbad. (Kleine Bibliothek No. 26.)
Preis jedes Bandes brosch. 0.75; gebunden 1 M.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Für den Inhalt der Inzerate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Die neuen städtischen Steuern.

Am Montagabend hat der mit der Vorberatung der Steuer...

Der Besteuerung sollen in Zukunft unterliegen:

- 1. Kinematographische Vorstellungen;
2. Spezialitätenvorstellungen, Varietévorstellungen, Pantomimen...

Im Ausschuss wurde von sozialdemokratischer Seite dargelegt, dass in einer Großstadt wie Berlin das Vergnügungsleben eine Entwicklung...

Soweit es sich um die Steuerföhrer handelt, so wurde nach langer Debatte beschlossen, bei kinematographischen Vorstellungen bei einem Satz von 30 Pf. 5 Pf. Steuer zu erheben...

Für die unter 2 aufgeführten Veranstaltungen, wie Varieté, Spezialitätenvorstellungen usw. beginnt die Steuer mit 10 Pf. bei einem Eintrittsgeld von 40 Pf....

Für die Zirkusvorstellungen hat der Ausschuss im Gegensatz zum Magistrat eine besondere Besteuerung beschlossen. Um zu ermöglichen, dass außer der Galerie auch der zweite Platz...

Table with 2 columns: a) bei einem Eintrittsgeld von 1,25 und darüber 0,15 R.; b) 2,00 0,25; c) 2,50 0,30; d) 3,00 0,50; e) 4,00-5,00 0,75

Bei höherem Eintrittsgeld für jede weitere angefangene Mark 25 Pf. mehr.

Mit dieser Bestimmung glaubt der Ausschuss auch die bekannten Alpen- und Gendebälle treffen zu können.

Außer dieser Kartensteuer soll auch eine sogenannte Pauschalsteuer erhoben werden. Die nach Quadratmetern der bemessenen Räumlichkeiten berechnet wird, wenn Eintrittsgeld nicht erhoben wird.

Soweit es sich um Vergnügungen handelt, die im § 2 aufgeführt sind und in Gartenanlagen stattfinden, so beträgt die Steuer bei Räumen bis zu 500 Quadratmetern 5 R. für je weitere angefangene 500 Quadratmeter 5 R. mehr.

Unentgeltlich angegebene Eintrittsnachweise (Freikarten, Passpartouts) sind von der Steuer befreit, wenn sie als solche bezeichnet sind.

Defreit von der Steuer sollten nach der Magistratsvorlage sein Veranstaltungen, die ausschließlich den Zwecken der Wissenschaft oder der bildenden Kunst dienen.

Die beschlossene Steuerborlage enthält noch zahlreiche Unklarheiten und dürfte in der Praxis zu recht unsicheren Weiterungen führen. Die sozialdemokratische Fraktion hat die Steuerborschläge in der entschiedensten Weise bekämpft...

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute Mittwoch, abends pünktlich 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im „Marinehaus“, Oranienburger Ufer 1: Napoleon I. und das Jahr 1813.

Neufällen. Am Freitag, den 28. Februar und am Dienstag, den 4. März, veranstaltet der Bildungsausschuss in Aliens Festsaal, großer Saal, Hasenheide 14, je eine Operettenvorstellung unter Leitung des Holopernsängers Herrn Eugen Wolff.

Friedrichsfelde. Heute Mittwochabend wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Ober-Schöneweide. Freitag, den 28. Februar, von abends 7 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Berliner Nachrichten.

Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters in Berlin. Eintrittskarten sind zu haben im Bureau der Gewerkschaftskommission, Zimmer 13 (vormittags 9-1 und nachmittags 4-8 Uhr, außer Sonnabendnachmittags)...

Das Programm für alle drei Konzerte ist erschienen und kann in den genannten Verkaufsstellen beim Kauf von Eintrittskarten mit in Empfang genommen werden.

Die Mißhandlungen von Berliner Ausflüglern durch einen Förster im Forst bei Stolpe haben jetzt zu einer Meineidsaffäre geführt. Unter dem dringenden Verdacht der Verleitung zum Meineid wurde der in den Diensten des Barons von Bellheim stehende Förster Groß verhaftet...

Ein großes Fragezeichen muß man hinter folgendes Inserat, das am letzten Sonntag im „Berliner Lokal-Anzeiger“ stand, setzen: Lebensstellung kann evangelische Witwe erhalten...

Die Kammer in der Bauchhöhle. Eine eigenartige Feststellung wurde gestern bei einer Operation gemacht, die an dem Vierfährer Mollkau vorgenommen worden war.

Der ärztliche Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ erklärte die Angelegenheit so: „Es handelte sich das erste Mal um eine höchst schwierige Operation am Magen, das zweite Mal um eine durch viele Bauchfellverwachsungen sehr komplizierte Bauchoperation.“

Dies erklärt, aber entschuldigend natürlich das Versehen nicht; bei solchen komplizierten Operationen werden sonst besondere Vorsichtsmaßnahmen - genaue Abzählung der zur Verwendung gekommenen Instrumente usw. - angewendet, die damals offenbar unterlassen worden sind.

Ein Ehebram, das mit einem Mord und Selbstmord endete, hat sich in der Nacht zum Dienstag im Südosten der Stadt abgespielt. In der Reichenberger Str. 144 tötete der 45 Jahre alte, aus Bilsnack gebürtige Lagerverwalter Robert Cömann aus Eifersucht...

seine 43 Jahre alte Ehefrau Minna, geb. Vieffe, die aus Gäßtrow stammt. Bevor der Mord entdeckt wurde, begab C. sich dann nach seiner Wohnung in der Eisenbahnstr. 28, öffnete hier die Waschhähne, legte sich eine Schlinge um den Hals und erschöpfte sich.

Cömann und seine Frau lernten sich vor Jahren in der Maison de Santé in Schönberg kennen, wo er Pfleger und sie Pflegerin war. Im Jahre 1891 heirateten sie und lebten einträchtig miteinander. Aus der Ehe ging ein Sohn hervor, der jetzt 20 Jahre alt und Mechaniker ist. Die Familie wohnte zuletzt in der Eisenbahnstr. 28, wo sie im ersten Stock des Vorderhauses eine aus drei Stuben und Küche bestehende Wohnung innehatte.

Zwei Stunden ohne Hilfe lag am Montag früh ein Mann auf der Straße, der, wie wir schon gestern mitteilten, in der Schönhauser Allee bestimmungslos aufgefunden wurde. Wie uns von Augenzeugen berichtet wird, sei der Mann kurz nach 6 Uhr morgens umgefallen.

Auf dem Gise eingebrochen. Ein ähnlicher Unfall, wie er sich am Sonntag auf dem Brunnenwald ereignete, hat sich in Nichtenrade zugetragen. Sonntagnachmittag tummelte sich auf dem Dorfteich eine große Anzahl von Schlittschuhläufern.

Geistesgekrüht scheint die 36 Jahre alte Räherin und Aufwärterin Frau Marie Gens aus der Marienstr. 5 zu sein, die Montagabend um 9 1/2 Uhr ihrem 12 Jahre alten Sohn Will und ihrer 6 Jahre alten Tochter den Hals abschneiden wollte.

Brand bei einem Brande.

Aufregende Szenen spielten sich in der Nacht zum Dienstag bei einem Brande im Hause Schlie mann str. 6 ab. Das Feuer war vermutlich durch einen defekten Ofen in einer im ersten Stock befindlichen Schneidwerkstatt entstanden und hatte einen großen Posten Tuche und Stoffe erfasst.

und infolgedessen unpaszierbar war, brach unter den zahlreichen Hausbewohnern eine Panik aus. Bei Ankunft der Feuerwehr erschallten aus allen Stockwerken laute Hilfe- und Schreckensrufe. Der Brandmeister ließ sofort eine mechanische Leiter emporziehen und einen Steckleitergang herstellen, und bald begann das Rettungsmanöver. Auf die Meldung „Mittelfeuer“ eilten vier weitere Löschzüge zur Brandstelle. Aus dem zweiten Stock wurde eine Frau über den Steckleitergang ins Freie gebracht, während aus dem dritten Stock ein Mann über die mechanische Leiter in Sicherheit gebracht wurde. Zwei weitere Personen, die stark bedroht waren, wurden durch Sappeure über Treppen gerettet. Eine Frau Henriette Schönd war in ihrer Wohnung im zweiten Stock infolge der Raucheinatmung ohnmächtig geworden und mußte von den Samaritern der Feuerwehr mit Sauerstoff behandelt werden. Die übrigen Mieter konnten durch Zuruhe beruhigt werden und verließen in ihren Wohnungen. In den einzelnen Etagen waren infolge der Hitze schon zahlreiche Fensterscheiben zerplatzt. Die Abkühlung des Feuers wurde mit drei Schlauchleitungen ausgeführt und nahm etwa eine halbe Stunde in Anspruch. — Fast gleichzeitig stand auf dem Hof des Grundstückes Genthinerstr. 3 ein Wagen mit Wäsche in hellen Flammen. Hier mußte längere Zeit mit einer Schlauchleitung Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen.

Vorort-Nachrichten.

Stürmische Staatsdebatten im Neutöllner Stadtparlament.

Die Generaldebatte über den Etatvoranschlag 1913/14 in der Stadtverordnetenversammlung am Montagmorgen nahm einen sehr erregten Verlauf. Der neue Kammerer Stadtrat Klart hielt dazu eine einleitende Rede, welche jeden Groß-Berliner Kommunalpolitiker wegen ihres himmelhochjauchenden Optimismus nicht wenig verblüfft haben dürfte. Es sei gelungen, ohne Erhöhung der Steuern auszukommen, obwohl Einnahmen und Ausgaben sehr vorsichtig eingestellt wurden. Als Grundfaktor für die Befestigung der städtischen Finanzen müsse das allgemeine Wirtschaftsleben angesehen werden; an diesem Maßstab gemessen, könnte Neutölln mit den Ergebnissen der letzten Wirtschaftsjahre zufrieden sein. Die seit 1. Oktober 1912 durchgeführten Gehalts- und Lohnerhöhungen erforderten für die Beamten 51 280 M., die Bediensteten 18 320 M., die Arbeiter 57 862 M., die Lehrpersonen 140 000 M. oder insgesamt 267 462 M. Im neuen Etatentwurf beziffern sich diese Mehrausgaben auf rund 650 000 M. An Provinzialabgaben sei ein Mehr von 45 000 M., an Polizeikosten von 20 000 M. aufzubringen. Die ebenfalls dauernd steigenden Kosten für die Pöndwerkstammer wolle der Magistrat künftig durch Umlage von den Gewerbetreibenden wieder einziehen. Opfer werde unter anderem auch die neue städtische Badeanstalt fordern. Die Einkommensteuer ergebe auf den Kopf des Steuerzahlers 27,11 M. Das sei eine bedeutende Steigerung gegen die Vorjahre und beweise, daß die steuerträchtige Bevölkerung vorsteige zu nehmen, was nicht zuletzt durch die Schaffung moderner kommunaler Einrichtungen hervorgerufen sei. Alles in allem sei der Etat sehr günstig gestaltet, so daß von einer Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer habe abgesehen werden können, wie ja auch die Groß-Berliner Gemeinden allgemein von den früher beabsichtigten 110 Proz. nichts verlauten lassen. Neutölln habe im vorigen Jahre die Erhöhung gewollt, sei von den anderen Gemeinden aber schmählich in die Höhe gelassen worden. Neutölln werde auch fürder seinen Aufgaben gerecht werden können und hoffentlich vor der Inbetriebnahme der Untergumbahn Steuererhöhungen nicht nötig haben. (Bravo! bei den bürgerlichen Fraktionen; ironische Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — In dasselbe Horn stieß der Stadtv. Justizrat Abraham mit einer klingenden Jubelrede. Er freue sich, daß der neue Etat unter dem Motto stehe: bei uns in Neutölln bleibt steuerlich alles beim alten! Trotz Gehalts- und Lohnerhöhungen balanciere der Etat. Freude empfinde er über die ganze innere Gestaltung des Haushaltsplans. Noch reiner wäre die Freude gewesen, wenn man „einen Teil“ der Bürgerchaft (gemeint waren die Hausbesitzer!) hätten entlasten können. Er sei stolz auf die Neutöllner Wirtschaft. (Stürmische Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten und Zurufe: Wir leisten auch nichts!) Jawohl, wir haben wie ein Hausvater gewirtschaftet — so ruft Redner mit erhobener Stimme und fügt das charakteristische Eingeständnis hinzu: „Wir haben eben immer nur das Notwendigste getan!“ Trotzdem überschlug dieser bürgerliche Kommunalpolitiker in seinen weiteren Ausführungen geradezu in Jubelhymnen auf das finanzgelegene Neutölln und stellte voller Behagen Vergleiche mit den westlichen Groß-Berliner Stadtgemeinden an, welche letztere die Reservesfonds angreifen oder an Steuererhöhungen denken müßten. Diese Feststellungen hinderten ihn aber nicht an der Behauptung, daß jene Gemeinden mit ihrer höheren Einkommensteuer trotzdem mehr leisten könnten als Neutölln. — Die notwendige kritische Beleuchtung des Etats kam dann endlich in der Rede des Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) zum Ausdruck. In das Crescendo des Kammerers — so führte er aus — und in die Freude- und Jubelrede des Vorredners könne er nicht einstimmen. Gewiß wünsche auch die sozialdemokratische Fraktion die Entlastung gewisser Bürger, die allerdings nicht identisch sein dürften mit den vom Justizrat Abraham gemeinten. Ganz entschieden müsse aber protestiert werden gegen die Methode, um jeden Preis an 100 Proz. Einkommensteuerschlag festzuhalten und dann den Etat, so gut es geht, zurecht zu frisieren. Man könne natürlich nicht unter allen Umständen Steuererhöhung verlangen, werden doch die Armen davon am stärksten getroffen. Wenn aber angesichts des vorliegenden Etats vom Kammerer behauptet worden sei, diesen könne man mit gutem Gewissen akzeptieren, so müsse denn doch festgestellt werden, daß der Magistratsredner schnell über die sozialen Wunden des Etats hinweggesprungen sei. Da müsse man denn doch die jämmerliche Ungleichheit der sozialen und hygienischen Einrichtungen dem entgegenhalten. (Zuruf des Stadtverordneten Abraham: „Und sein eigenes Nest beschützen!“ Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ah nein, vom Verschmähen des Nestes könne keine Rede sein, wie ja überhaupt mit einer solchen Redensart nichts anzufangen ist. Es sei aber nötig, der einer Bilanzvergleichung ähnelnden Vorklage entgegenzutreten. (Stürmische, anhaltende Unterbrechungen bei den bürgerlichen Fraktionen.) Hierortem erlöste das Geschrei hoher und höchster Herren und Damen über den Geburtenrückgang. Neutölln gebe aber in der Säuglingsfürsorge ganze 19700 M. aus, Charlottenburg dagegen 170000 Mark! Die Mittel für die Ferienkolonien wurden nicht erhöht; für 84000 Volksschulkinder nur 6000 M., obwohl die meisten bedürftigen Kinder bei der Auswahl wegen der fehlenden Mittel zurückgelassen werden müßten. Schöneberg wende dafür 66000 M. auf. Die Gesellschaft für soziale Reform habe in einer Enquete festgestellt, daß in Neutölln die Schulspeisung völlig ungenügend sei; für eine Frühkindkategorie würden 5 1/2 Pf. aufgewandt, das sei der niedrigste Preis in ganz Deutschland. Zur Bekämpfung der Tuberkulose ständen

7000 M. im Etat unserer Arbeiterstadt, während Schöneberg dafür 31778 M. aufwende. Für die Volksbibliothek gebe Charlottenburg 81000 M., Schöneberg 49000 M., Neutölln aber nur 5800 M. aus. Ebenso sei es auf dem Gebiete der Armen- und Waisenpflege; von der darin zugesagten Reform verlautete nichts. Die Volksschule leide nach wie vor an einer schädlichen Ueberfüllung; 55 Kinder sei die Durchschnittsfrequenz, tatsächlich sollen aber bis zu 88 und mehr Kinder in einer Klasse sitzen. Da seien die ständigen Beschwerden von Eltern über Prügeln Strafen kein Wunder. Es sei Pflicht der Schulverwaltung dem entgegenzutreten; auch der Spitzel nach der Zugehörigkeit der Kinder oder deren Eltern zu Arbeiter-sportvereinen müsse ein Ende gemacht werden. In der ärztlichen Fürsorge für die Schulkinder bleibe alles beim alten; 4000 M. gibt Neutölln, Schöneberg 12000 M., Charlottenburg 29000 M. dafür aus. Ja, die hiesige Schuldeputation habe sogar den Antrag der Gesundheitsdeputation abgelehnt, in welchem Maßnahmen zur Bekämpfung der Diphtherie in der Schule verlangt wurden. Die so bitter notwendige Arbeitslosenversicherung komme ebenfalls nicht zum Ziel; kein Fennig sei dafür im Etat vorgesehen. Eine Schande sei es aber geradezu für Neutölln, wenn den Armen der Armen, den Jensten mit Einkommen unter 900 M., noch Steuern im Gesamtbetrag von 82000 M. abgenommen würden; eine derartige Rücksichtslosigkeit gebe es in keiner Groß-Berliner Stadtgemeinde mehr. Und da wolle man Neutölln noch immer marktschreierisch herausstellen! (Erneute stürmische Unterbrechungen bei den bürgerlichen Fraktionen.) Da rede man vom Nestbeschützen, wo es geradezu soziale Pflicht ist, diese elenden Zustände aufzuheben, noch dazu, wenn sie noch vermehrt werden durch Maßnahmen, wie sie in dem zum Abschluß vorgelegten Vertrag mit den Norddeutschen Kabelwerken gegen die Freijugigkeit der Angestellten zum Ausdruck kommen. Man spiele hier immer den Beleidigten, wenn bürgerlichen Vertretern soziales Verständnis abgesprochen werde. Beweisen Sie — so ruft Redner zum Schluß aus — das Gegenteil, indem Sie unseren Anträgen, welche wir im Ausschuss einbringen werden, zustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ueber den weiteren Verlauf der Beratungen berichten wir in nächster Nummer.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Nachdem die tapferen Freiheitskämpfer sich von ihrem patriotischen Zorn erholt hatten, wurde beschlossen, den Betrag für Rechtsstreifen zu erhöhen, damit die bereits entstandenen und noch entstehenden Prozeß- und Gerichtskosten beglichen werden können. — Das im Zuge des Sachsen-damm- und der Schöneberger Straße liegende Grundstück muß tiefer gelegt werden, weil durch die Regulierung der Straße das Rohr nicht genügend bedeckt hat. Nach dem Verträge ist Schöneberg zur Ausführung dieser Arbeiten verpflichtet, es würden ungefähr 10000 M. erforderlich sein, um die Kosten zu decken. Dem wurde zugestimmt. Durch Urteil des Kammergerichts ist jetzt ein seit dem Jahre 1901 schwebender Prozeß entschieden. Es handelt sich um die Feststellung, mit welchem Betrage das aufgelassene Straßengrund bei Berechnung der Anliegerbeiträge in Anrechnung zu bringen ist. Die im Entschcheidungsverfahren von den Besitzern beantragten 25000 M. sind auf 13000 M. herabgesetzt worden, dagegen ist die Stadt verpflichtet, an die Grundeigentümer eine Entschädigung für die Zinsen zu zahlen. Dieser Betrag, 35461 M., hat sich mit Zinsen und sonstigen Kosten in den 12 Jahren auf 51447 M. erhöht. Der Betrag wurde genehmigt. Ferner wurde einem bereits vom Magistrat mit dem Fabrikbesitzer Jettzig abgeschlossenen Verträge die Genehmigung erteilt, wonach sich J. bereit erklärt hat, sämtliche im Gemeindegebiet fallende Kadaver abzuholen und in seiner Fleischvermahlungs- und Verwertungsanstalt Berlin-Orly zu beseitigen. — Nach langen Verhandlungen ist es endlich gelungen, das Besitz der Vorgärten in der Hauptstr. 28 und 33 zu bewegen, das Vorgartenland an die Stadtgemeinde aufzulassen. Die Stadt übernimmt dafür die Verpflichtung, die Vorgartenparzelle herzustellen und auf eigene Kosten pflastern zu lassen.

Nummer folgte die Staatsberatung. Zum Etat für öffentliche Beleuchtung verlangten die Liberalen, daß der Friedenauer Ortsteil noch mehr mit elektrischem Licht versehen werden möge als bisher; dagegen forderte der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, daß doch erst diejenigen Stadtteile berücksichtigt werden müßten, in denen die Beleuchtung überhaupt sehr zu wünschen übrig lasse, wie bei der Unterführung im Zuge der Tempelhofer Straße, der Torgauer Straße sowie aller älteren Straßen. Stadtrat Kay hat die Tempelhofer und Torgauer Straße befestigt; auch er ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß dort eine bessere Beleuchtung geschaffen werden müsse. — Die Etats der Hoch-, Tief-, Straßenbau- und Kanalverwaltung wurden ohne Debatte angenommen. Nur bei dem Etat der Untergumbahn wies der Referent darauf hin, daß der Dezernent die vorgebrachten Beschwerden über Verkehrsverschlechterungen anerkannt hat, dieselben sollen sofort beseitigt werden. Die Benutzung der Untergumbahn durch das Publikum sei im Steigen begriffen, so daß die Zuschüsse sich verringern würden. — Bei dem Etat des Auguste-Viktoria-Krankenhauses rügte Genosse Mohs, daß für das Hauspersonal keine Gehaltssteigerungen vorgesehen seien, obwohl dort zu allererst etwas geschehen müßte. Stadtrat Kabanow erklärte, im vorigen Jahre sei der Lohn für das Hauspersonal nicht unerheblich erhöht und auch der Urlaub verlängert worden. — Assessor Heiligendorf behauptete, daß im Schöneberger Krankenhaus die höchsten Löhne gezahlt werden. Nachdem noch die Genossen Bernheim und Mohs hierzu gesprochen, wurde dieser Etat sowie der Armen-, Deinstellen-, Grundstücks- und Friedhofetat in zweiter Lesung angenommen. Hierauf erfolgte eine geheime Sitzung.

Die Wahl des liberalen Architekten Laffen, der bekanntlich im ersten Stadtbezirk trotz großer Verhöße für gewählt erklärt wurde, ist nunmehr auch in mündlicher Verhandlung vom Bezirksausschuss für ungültig erklärt worden. Es erweckt den Anschein, als wenn der Stadt durch die sinnlose Rechthaberei der entschiedenen Liberalen immer mehr Kosten aufgeladen werden sollen, denn die Ungültigkeitserklärung dieser Wahl beruht sich auf die Entscheidungen, die das Oberverwaltungsgericht in ähnlichen Fällen bereits gefaßt hat. Außer der schriftlichen und mündlichen Entscheidung des Bezirksausschusses wird nunmehr auch die des Oberverwaltungsgerichts abgewartet. Die Herren Liberalen glauben die Nachwahl bis zum zu den allgemeinen Neuwahlen im November hinausschieben zu können. Bis dahin verbleibt Herr Laffen, trotz der Ungültigkeit, beschließendes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung.

Sichtenberg.

Bei der Stadtverordnetenwahl in der III. Abteilung des 18. Bezirks am Sonntag lösten von 1022 eingeschriebenen Wählern 503 ihr Wahlrecht aus. Hier von wurden auf den Kandidaten der vereinigten Bürgerlichen 203 Stimmen und auf den Genossen Klie m 208 Stimmen abgegeben. Von den 578 eingeschriebenen Wählern des 2. Bezirks der II. Wählerklasse erschienen am Montag 340 am Wahltag. Der gemeinsame Kandidat aller Bürgerlichen erhielt 178 Stimmen, während unser Genosse Stöcker mit 162 Stimmen in der Minorität blieb. Damit sind die Wahlen vorläufig abgeschlossen. Von den 88 Sitzen der Stadtverordnetenversammlung hat die Sozialdemokratie die 22 Mandate der III. Wählerklasse und 6 Mandate der II. Wählerklasse inne. Die Klage gegen die Gültigkeit der Wählerliste schwebt beim Bezirksausschuss. Unsere Parteigenossen werden selbstverständlich den Wahlrechtstraub, der durch Eintragung des Eisenbahnstufens in die Wählerliste hunderte von Wählern entzogen hat, bis in die letzte Instanz verfolgen.

Steglich.

Noch eine Landtagswahl. Nach einer amtlichen Bekanntmachung hat die Stichwahl am 22. d. M. in der 2. Abteilung des 7. Urwahlbezirks kein endgültiges Resultat ergeben, weshalb eine noch malige Stichwahl heute Mittwoch, den 26. d. M., in der Turnhalle der Gemeindegasse III und IV, Jahnstraße 29, von 4 1/2 bis 6 1/2 Uhr stattfindet. Zur Wahl stehen unser Parteigenosse Cla u h und der konservative Wahn. Die Feststellung des Wahlergebnisses scheint der Behörde übrigens Schwierigkeiten zu bereiten. Nach dem meist offiziös bedienten „Steglicher Anzeiger“ sollen definitiv gewählt sein: 13 Sozialdemokraten, 16 Liberale und 20 Konservative. Das sind zusammen 88 Wahlmänner, wozu noch einer aus der obigen neuen Stichwahl käme. Nach der amtlichen Wahlausfertigung vom 4. Februar und einem Nachtrag vom 11. Februar waren jedoch 64 Wahlmänner zu wählen. Was ist aus den hier nach noch fehlenden fünf Wahlmännern geworden? Haben wir vielleicht noch einige Stichwahlen zu gewärtigen?

Wilmsdorf-Galensee.

Die Stichwahlen zur Landtagswahl sind am Donnerstag, den 27. Februar angelegt; die dritte Abteilung, die in der Frage kommt, wählt von 3 bis 8 Uhr. Sozialdemokratische Wahlmonstranten stehen in den Urwahlbezirken 3, 4, 6, 11, 12, 13, 20, 28, 35, 36, 39 und 40 in Stichwahl.

Heute, Mittwochabend, von 8 Uhr an, werden in allen Bezirken Flugblätter zum Frauentag verbreitet, außerdem ist in den oben genannten Urwahlbezirken eine Wahlauforderung den Wählern zu übermitteln.

Donnerstag befindet sich das Zentralwahlbureau bei Schilling, Lauenburger Straße 10. Hier finden sich die Funktionäre (Blattzettelverleger usw.) nachmittags spätestens 3 Uhr ein.

Die Parteigenossen, die zur Wahlhilfe in Galensee bereit sind, wollen sich heute, Mittwochabend, 7 1/2 Uhr bei Bische, Seefener Straße 54, Donnerstagmorgen um 8 1/2 Uhr bei Schwabenwald, Kurfürstendamm 137, einfinden.

Charlottenburg.

Das Charlottenburger Kaufmannsgericht hat im Geschäftsjahr 1912 602 (im Vorjahre 565) Streitsachen erledigt. Hierbei sind nicht eingerechnet etwa 250 einfacher liegende Streitsachen, die in der Gerichtsschreiberei durch Belehrung oder Vergleich vor der Klageerhebung geschlichtet wurden. Auch sonst war das Kaufmannsgericht bemüht, zum Ausgleich der Interessen von Kaufleuten und Gehilfen zu dienen, indem ortsangehörigen Kaufleuten und ihren Gehilfen auf Nachsuchen schon vor Abschluß von Dienstverträgen Belehrung über die Bestimmungen des Handelsgesetzes und die Rechtsprechung zur Vermeidung von Prozessen erteilt wurde.

Für die Tätigkeit des Kaufmannsgerichts werden Gebühren erhoben. Ebenso bleiben Schreibgebühren und bare Auslagen für Zustellungen außer Anlag. Trotzdem die Zahl der Streitsachen sich seit 1905 mehr als verdreifachte, gelang es, durch schnelle Bereinigung von Terminen über 73 Proz. — also annähernd drei Viertel — aller Prozesse innerhalb einer Woche zu erledigen. Klagen waren selbständige Kaufleute in 27 Fällen, Gehilfen in 575 Fällen, darunter weibliche 238. Bei den Handlungsgehilfen hatten rückständiges Gehalt, Provision, Spesen, Strafifikation zum Gegenstand 322 Klagen, Vergütung wegen vorzeitiger Entlassung 161, Verechnung und Anrechnung der Krankenversicherungsbeiträge 2, Antritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses 60, Rückgabe übergebener Zeugnisse und Aenderungen des Inhalts solcher, 30 Fälle.

Bei den Kaufleuten hatten Rückforderung von Gehalts- und Provisionszuschüssen 7, Konventionstrafen 4, Ansprüche aus der Konkurrenzklause 3, auf Schadenersatz wegen nicht gehöriger Erfüllung des Dienstvertrages 8, Ersatz von Manto 4, Rückforderung eines bereits erteilten Zeugnisses 1 Klage zum Gegenstand.

Der Wert des Streitgegenstandes betrug in 44 Fällen bis 20 M., in 75 Fällen 20 bis 50 M., in 120 Fällen 50 bis 100 M., in 216 Fällen 100—300 M., in 106 Fällen mehr als 300 M. Die höchste Klagesumme betrug 6000 M., die niedrigste 4 M.

Durch Zurücknahme fanden 65 Klagen, durch Anerkenntnis 9, durch Vergleich 176, durch rechtskräftiges Verdictsurteil 81, durch Endurteil 78 Klagen ihre Erledigung. Von den 78 Endurteilen lauteten auf Zurückweisung 24, auf Abweisung 44, auf teilweise Zurückweisung und Abweisung 10. 14 Urteile waren berufsungsfähig; in 8 Fällen wurde Berufung eingelegt. Mit vier früheren waren im ganzen 12 Sachen in der Berufungsinstanz, hiervon sind 8 erledigt, 3 durch Befristung des Urteils, 1 durch Abänderung, 2 durch Vergleich. Gutachten sind nicht erforderlich; dagegen ist ein Antrag auf Neuregelung des kaufmännischen Lehrungsverfahrens an Bundesrat und Reichstag gestellt worden.

Treptow-Baumshulweg.

Gewerbe- und Kaufmannsgericht sind hier nach den jetzt vorliegenden Berichten im Jahre 1912 nur in bescheidenem Umfange in Anspruch genommen worden, was sich aus der geringen industriellen Entwicklung des Ortes leicht erklärt. Immerhin hat es das Gewerbegericht auf insgesamt 118 Streitfälle gebracht, davon berührten u. a. 33 die Fabrikbetriebe und 18 das Gastwirts-gewerbe. 86 Fälle wurden durch Vergleich erledigt, bei 48 Endurteilen siegen die Kläger 19 mal voll und 5 mal teilweise. Bei insgesamt 53 Sitzungen waren nur 5, an denen die Beisitzer zugezogen wurden. Die Klageobjekte blieben in 109 Fällen unter 100 M., in einem Falle stieg das Objekt bis zu 5291 M. Die Streitigkeiten konnten in 85 Fällen innerhalb einer Woche nach Klageerhebung erledigt werden. Das Kaufmannsgericht wurde 22 mal angerufen und erzielte neben 5 Vergleichen 13 Endurteile, von denen 9 ganz oder teilweise zugunsten der Kläger ausfielen. Der Streitgegenstand bewegte sich zwischen 7 M. und 967 M. Nur an zwei von 21 Sitzungstagen wurde mit Beisitzern verhandelt.

Die Gemeindecinkommensteuer soll nach dem jetzt vorliegenden Steuerentwurf des Gemeindevorstandes auch für das Etatsjahr 1913/14 wieder wie bisher 100 Proz. des Staatssteuerjahres betragen.

Im ihr Wahlrecht gebracht wurden bei der am 20. Februar stattgefundenen Wählerverzeichnisse die hiesigen Postarbeiter. War die Wahlzeit für die dritte Abteilung im allgemeinen schon recht ungünstig (Terminswahl 9 Uhr), so erregte es bei den Postarbeitern Befremden, daß sie am 20. Februar um 9 Uhr im Urlaub zur Ausübung ihres Wahlrechts belassen. Als die Arbeiter zur Abgabe ihrer Stimme erschienen, war der Wahlakt für die dritte Abteilung bereits beendet. Wir nehmen zugunsten der Vorgesetzten an, daß hier ein Versehen vorliegt; auf alle Fälle sollte ein solches Vorkommnis für die Zukunft verhütet werden.

Stralen.

Bei dem am Sonnabend, den 23. Februar, in den Markgrafen-sälen stattgefundenen Vergnügen ist der Garderobenkaut ein Irrtum unterlaufen, indem sie einen Hülspaleto an eine fremde Person verabfolgt hat. Da die Frau erspürbar ist, wird der Inhaber des Paletos ersucht, denselben bei Otto Venhard, Markgrafen-damm 4, Lueregebäude IV, abzugeben.

Friedrichsfelde.

Die Etatberatung. Der diesjährige Gesamtvoranschlag schließt mit 4 421 869 M. ab, das sind gegenüber dem Vorjahr 1 740 386 M. mehr. Von dieser Summe entfallen auf die ordentliche Verwaltung 1 494 832 M. gegen 1 850 628 M. des Vorjahres. Die wichtigsten Postitionen weisen folgende Zahlen auf, wobei die vorjährigen Beträge in Klammern beigefügt sind. Durch eigene Einnahmen der Gemeinde an Gebühren, Staatsbeiträgen, Ueberschüssen (aus-schließlich der Steuern) werden gedeckt 601 073 M., so daß in bezug auf die ordentliche Verwaltung 893 758 M. (827 061 M.) an Steuern aufzubringen sind. Davon entfallen auf Umsatzsteuer 60 000 M. (60 000 M.); auf Wertzuwachssteuer 35 000 M. (25 000 M.); auf Grundsteuer 14 000 M. (14 000 M.); Biersteuer 13 000 M. (13 000 M.). An direkten

Einern werden erwartet aus 120 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer 360 000 M. (306 000 M.) aus Grund- und Gebäudesteuer für 55 baute Grundstücke 166 400 M. (148 200 M.); für unbebaute Grundstücke 223 600 M. (223 600 M.) und aus Gewerbesteuer 31 578 M. (35 371 M.). Zur Bilanzierung des Etats war es notwendig, den im Ausgleichsfonds vorhandenen Betrag von 30 605 M. voll zu verwenden. Demnach müßten 26 000 M. aus der Beihilfe entnommen werden, die der Kreis zur Unterhaltung der Kreisfahrräder gewährt und aus dem zu errichtenden eigenen Gastwerk sind als zu erwartender Ueberschuß bereits 20 000 M. in Einnahme gestellt. Das Vermögen der Gemeinde ist mit rund 11 1/2 Millionen Mark (1912 11 Mill. M.) berechnet, wogegen die Schulden von 6 391 563 M. auf 7 402 320 M. angewachsen sind, so daß 4 313 578 M. Reinerwerb verbleiben. Der Zuschuß zum Realprogymnasium ist bei einer voraussichtlichen Schülerzahl von 142 von 10 680 M. auf 82 495 M. angewachsen, ohne damit auch nur annähernd seine endgültige Höhe erreicht zu haben. Die höhere Mädchenschule erfordert gegen 8487 M. bereits 26 055 M. In diesen Zahlen sind aber noch 12 000 M. hinzuzuzählen, die als Mietwert der vorläufig benutzten Volksschulräume gelten. Die Volksschulen mit circa 2650 Schülern erfordern 256 364 M. (233 364 M.) Zuschuß. Für die Armenverwaltung sind 51 609 M. (43 622 M.) Zuschuß vorgezogen und für Wohlfahrtspflege 6200 M. In der Debatte kam zum Ausdruck, wie große Schwierigkeiten die Bilanzierung des Etats ohne Steuererhöhung verursacht hätte. Genosse Pinfeler legte in längeren Ausführungen dar, welche Stellung wir dem Etat gegenüber einnehmen. Besonders eingehend behandelte er die Kapitel Schul- und Armenverwaltung sowie Wohlfahrtspflege. Er forderte unentgeltliche Gewährung der Lernmittel, wies auf die aufschlagsartige Lasten hin, daß ein Schulartzbericht gewissermaßen sich selbst revidiert habe, nachdem wir ihn zur Begründung der Notwendigkeit der Schulspflegung herangezogen hätten. Er kennzeichnete dann den Widerstand, den einzelne Schulleiter anscheinend der Speisung bedürftiger Schulkinder entgegensetzten und forderte einen

finngemäßen Ausbau der Elternabende unter Verzicht auf Mitwirkung der Kinder. Bei dem Kapitel Armenverwaltung wies er auf die erfreuliche Tatsache hin, daß es gelungen sei 500 M. mehr zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit und 1000 M. mehr zur Bekämpfung der Tuberkulose einzustellen. Wenn der Armenetat im allgemeinen höher sei gegen früher, so sei eben die Lenkung darauf, was wir wählten den Verzicht des Gemeindevorstandes zurückweisen, der darauf hinausläuft, die ohnehin knappen Unterhaltungsätze noch weiter zu beschneiden. Unter Wohlfahrtspflege vermißte er die Kleinkinderbewahranstalt. Ueber alle diese Punkte kam es dann zu einer zum Teil recht bewegten Auseinandersetzung. Daß zunächst bei dem zu erwartenden Ueberschuß vom Gastwerk die Gegner einen Angriff wagen würden, war zu erwarten. Sie wählten aber nicht wie sie es anfangen sollten und verließen während der Generaldebatte den Sitzungssaal um Kriegsrat zu halten. Und das Ergebnis? Eine von ganzen fünf Vertretern unterzeichnete pompöse Erklärung, die das mitleidige Lächeln der übrigen mit Recht verdiente. Beim Schlußsatz begründete Genosse Frenzel den Antrag auf Einführung der Vermittlungsfreiheit. Vergeblich! Für andere unnütze Dinge ist wohl Geld übrig, dafür aber nicht. Als bei der Begründung auf die erbaulichsten Verhältnisse, unter denen viele zu wohnen gezwungen seien, hingewiesen wurde, erlaubte sich der Gemeindevorsteher Gregorius den Zwischenruf „Schweine“. Ihm wurde sofort gehörig beimgelegt. Für Jugendpflege waren 1000 M. in den Etat eingestellt, obgleich kein Mitglied der Statkommission sich entfinnen konnte, derartiges beschlossen zu haben. Die Summe wurde aber schlanke bewilligt, trotzdem selbst ein Mitglied des Ortsausschusses für Jugendpflege erklärte, 500 M. würden's auch tun. Zum Schluß gab es noch ein kleines Intermezzo. Vor einiger Zeit wurde der Beschluß gefaßt, daß Gemeindevorsteher keine Geschäfte mit der Gemeinde abschließen dürfen, um völlig unabhängig zu sein. Der Gemeindevorsteher Müller steht aber als Leiter der Köpferbank in geschäftlichen Beziehungen zur Gemeinde, wes-

halb Genosse Pinfeler die Anfrage stellte, ob dies mit obigem Beschluß vereinbar sei. Die ausgesprochenen Vertreter einer einseitigen Interessenspolitik wünschten den Beschluß umzusetzen; die Mehrheit aber beschränkte auf ihrem Standpunkt, so daß der Genannte erklärte, die Konsequenzen ziehen zu wollen. Leicht wird ihm der Entschluß nicht geworden sein, denn er fühlte sich schon fast als ein Diktator. **Spandan.** Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich gestern mittag auf dem königlichen Feuerwerkslaboratorium; der 24jährige Arbeiter Ottenberg aus Staaten wurde tödlich verletzt, eine Arbeiterin kam mit leichten Verletzungen davon. Ueber die Ursache der Explosion muß erst die eingeleitete Untersuchung Aufschluß geben. **Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.** **Treptow.** Freitag, den 23. Februar, abends 6 Uhr, im Rathaus. **Bris.** Freitag, den 23. Februar, nachmittags 5 Uhr. **Reinickendorf.** Donnerstag, den 27. Februar, abends 5 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathauses, Hauptstr. 38-40. **Abterhof.** Donnerstag, den 27. Februar, nachmittags 6 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindehauses, Bismarckstr. 1. **Marien-ork.** Donnerstag, den 27. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal, Kaiserstraße. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen. **Eingegangene Druckschriften.** **Deutsche Rundschau für Geographie.** 6. Heft. Herausgegeben von Prof. Dr. Haffinger. Monatlich ein Heft 1,15 M. U. Postbezugsverlag, Wien. **Französischer Vorkott. Deutsche Abwehr.** Von H. Dig. 75 Pf. G. Johns, Berlin. **Reichsfinanzreform und Bodenreform.** Von A. Damesche. 80 Pf. Bodenreform, Berlin, Zettingstr. 11.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 26. Februar 1913.

Anfang 3 Uhr.
Aufführ.-Oper. Der Troubadour. Schiller O. Popl und Schwert.
Schiller-Charlottenburg. Ballettschein Lager. Niccolomini.
Anfang 7 Uhr.
Rgl. Opernhaus. Der Barbier von Sevilla.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rgl. Schauspielhaus. Rima von Dornheim.
Deutsches. Der blaue Vogel.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Johannes Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Hrania. Hohenzollernfahrten.
Im Orchester: Dr. B. Berndt: Brunsage ohne Alternorgen.
Kammermusik. Mein Freund Lebby.
Leuna. Die verlustene Glocke.
Deutsches Opernhaus. Eugen Onegin.
Schiller O. Uriei Acosta.
Schiller-Charlottenburg. Die Nixe durch Berlin in 30 Stunden.
Trianon. Wenn Frauen reisen.
Theater am Nollendorfsplatz. Die Studentengräfin.
Königgräber Straße. Die fünf Frankfurter.
Romoldinhaus. Die Generaldebatte.
Groß-Berlin. Lord Piccola.
Kurierenoper. Der ruhige Berliner.
Deutsches Schauspielhaus. Die beiden Gulaten.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Kleines. Professor Bernhardt.
Rehden. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Suppen.
Luisen. Berlin-Hamburg-New York.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Sternfeld. Die Alpenbrüder.
Apollon. Die schöne Galathee.
Reichshallen. Meyers Hosen.
Garten. Am grünen Strand der Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Berliner Luft.
Zirkus Busch. Majolika.
Walhalla. Parole: Walhalla!
Boiteo Caprice. In Sachen Ragenstein.
Die Tochter der Braut.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Gelben.
Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Schiller-Theater O. Wallner. Theater.
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Zopf und Schwert.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Uriei Acosta.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Andere.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Andere.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, nachmittags 3 10 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Niccolomini.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Nixe durch Berlin in 30 Stunden.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Uriei Acosta.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Ohnes und sein Ring.
Theater am Nollendorfsplatz
Abendlich 8 Uhr:
Die Studentengräfin.

Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Theater in der Königgräber Straße
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der gute Ruf.
Theater des Westens.
8 Uhr:
Die beiden Husaren.
Residenz-Theater. 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Presidente).
Schwankl. 3 Akt v. Hennequin u. Heber.
Norgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Am Nordend 1141.
8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Luisen-Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Berlin-Hamburg-New York.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
„Und hätte der Liebe nicht...“
Schauspiel in 4 Akten von E. Strindberg
und Ernst Ritterfeldt.
Freitag, abends 8 Uhr:
„Und hätte der Liebe nicht...“
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Mein Leopold.
Schauspiel in 3 Akten
von Adolph Aronson. Musik v. Dial.
Anfang 8 Uhr.
Donn.: Der Widerspenstigen Zähmung.
Metropol-Theater.
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
mit täglich neuem Repertoire!
Abends 8 Uhr. Reuhen gestattet.
Apollon Theater
Ab 8 Uhr.
Letzte Woche!
Ein beispielloser Erfolg!
Die gr. Spezialitäten
9 Uhr:
Harry Walden
in seiner Groteske
Der Herzog v. Westminster
Herrnfeld Theater
Täglich präzis 8 Uhr abends:
Die Alpenbrüder
Wüstenmoral
mit Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Walhalla-Theater.
Reinbergweg 19/20. Nollend. Tor.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
„Parole: Walhalla!“
Große Jahres-Revue.
Die Abonnenten unserer Zeitung
gahlen gegen Vorzeigung der Abonne-
mentskarte für alle Plätze halbe
Raffenspreise.

Verband der Steinsetzer, Pflasterer
und Berufsgenossen Deutschlands
Filiale Groß-Berlin.

Zu Ehren der Delegierten des Neunten Verbandstages
 findet am **Sonntag, den 9. März**, im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine
Begrüßungsfeier

statt. — Karten für die Mitglieder und deren Frauen sind (für Berlin in der Geschäftsstelle, Engelauer 15; für die umliegenden Filialen bei den Vorständen) kostenlos zu haben. Ohne Karte kein Zutritt.
 Da die Zahl der zur Ausgabe gelangenden Karten in Rücksicht auf den zur Verfügung stehenden Raum nur eine beschränkte ist, so empfiehlt es sich, die Karten baldigst in Empfang zu nehmen. Ob auch weitere Familienangehörige zu der Feier zugelassen werden können, kann erst nach dem 5. März festgestellt werden; falls dann noch Billets vorhanden sind, können solche auch für die übrigen Familienangehörigen der Mitglieder in Empfang genommen werden, jedoch haben Kinder unter 10 Jahren überhaupt keinen Zutritt.

175/57
Das Festkomitee.

Zirkus
Albert Schumann.

Heute Mittwoch, 26. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Keine Zirkus-Vorstellung.
 sondern Aufführ. d. Deutsch-Theaters:
König Oedipus.

Donnerstag, den 27. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
 U. a.: **MIS Barbara.**
 Das Wunder weiblicher Kraft.
 Ohne Konkurrenz!
7 Luftvotigeure 7
Hegelmann-Truppe.
Der Mann mit d. eisernen Hand.
 Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtb. Mensch.

Zirkus Busch.

Heute Mittwoch, 26. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Nur noch 3 Tage
 die gr. Februar-Attraktionen:
Der mysteriöse Deckenläufer?
Der Kopfsturz durch die Tischplatte.
Madame Delita del'Oro
 mit ihren dressierten Kühen!
 Zum Schluß:
Die große Prunk-Pantomime „Sevilla“.
 Die maurisch. neuen Wasserspiele.

Casino-Theater

Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr:
 Trotz des großen Erfolges
Nur noch bis inkl. 6. März:
Am grünen Strand d. Spree.
 Am 7. März Premiere:
Arturs Flitterwochen.

Theater Königstadt-Casino.

Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße.
 1 Minuten. Bahn. Zammowitzbrücke
 Tägl. abds. 7 1/2, Sonn. 1/2, 1/2 Uhr:
Der Kammerjäger.
 Gesangsposse in 2 Akten — u. das
 groß. Spezialitätenprogramm
 Red. 1. u. 11. Programmwechsel.

Berliner Uk-Trio

Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L.

Urania

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
 Mittwoch 8 Uhr:
„Hohenzollern“-Fahrten.
 Horsaal 8 Uhr:
Dr. W. Berndt: Brutpflege ohne Elternsorgen.
Voigt-Theater.
 Gesundbrunnen, Badstraße 38.
 Heute Mittwoch, den 26. Februar:
 Zum Benefiz für Frau Rühle:
 Im Banne der Liebe und des Hasses
 oder:
Kämpfende Herzen.
 Komödie in 4 Akten v. Carl Gustaf.
 Kassenöffn. 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
 In Sachen Ragenstein.
 Die Doppelstirma.
 Die Tochter der Braut.
Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
 Anfang 8 Uhr.

Admiralpalast

am Bahn-Friedrichstraße.
Heute abend:
 Zum Besten der Zentrale für Jugend-Klubs
Fest-Vorstellung.
 Das neue sensat. Eis-Ballett
Flirt in St. Moritz
 1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Soiree im Luxushotel.
 3. Akt: Japanisches Fest.
 Unter Mitwirkung der **M. Charlotte.**
 Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb Kassonpr.
 Restaurant 1. Rang. Wein- u. Bier-Abt.

Germania-Prachtsäle

N. Chausseestr. 110. K. Richter.
 Heute Mittwoch:
Paul Mantheys lustige Sänger.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
 Nachdem Freitag:
 — Vorzugsarten gelten. —
 Norgen Donnerstag:
Großes Militär-Streichkonzert.

Passage-Panoptikum

50 wilde

Weiber Männer

Kinder

vom Stamme der Igorroten.
 Lebend! Ohne Extra-Entree!

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Neu!
Meyers Hosen.
 Humoresko.
 Anfang 8 Uhr.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus

Mauerstraße 22. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
 Musik. 2. Garde-Regiment z. F. Dirig.: Oberm. Graf.
 Zillerthaler und Tegernseer Sänger —
 Schuhplattler und Jodler!
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
 Freitag, den 28. Februar or:
Großes Konzert des „Berliner Liederkrans“.
 Leitung: Chorleiter Ernst B. Millacher.

Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108/114
 Heute Mittwoch, den 26. Februar 1913:
Elite-Tag! Gr. Extra-Prämierung.
 Prämiert wird
Der größte Windbeutel!
 3 bare Goldpreise: 30, 20, 10 M.
 Im Neuen Saale: **Großer Ball.**
 Anf. 7 Uhr. 5 Kapellen. 30 bayr. Mad'l. Entree 30 Pf.
Voranzeige! Morgen Donnerstag, den 27. Februar:
Keine Fleischnot.
 Braten eines ganzen holländischen Mastkalbes.
 Portion 80 Pf.

Nur kurze Zeit! Der Circus ist gut geheist! Nur kurze Zeit!

Circus Barum

Boxhagen, Auf dem Terrain der Gryphus- und Seumestrassen

Eröffnung Sonnabend, 1. März, abends 8 1/2 Uhr
 mit einem Sensations-Programm

Sonntag, 2 Gala-Vorstellungen!
 2. März, Nachm. 4 Uhr: Familienvorstellung. Abends 8 Uhr: Gala-Abend.

Die Sensation des 20. Jahrhunderts:
Frau Direkt. Kreiser mit ihren ausgewachsenen **Berber-Löwen** in verschiedenen Tableaus.
 Original-Freiheits-Pferdeschreuer | Wang-Chio-Yacheng-Truppe, Original-Führer von Mlle. Loreh | ginal-Chinesen, in ihren heimatischen Künsten
 und Mr. Sibille. | Direktor **Kreiser** mit seiner weltberühmten **Eisbären-Gruppe**, sowie die übrigen Attraktionen.

Preise der Plätze: Galerie (Stehplatz) 40 Pf., III. Platz (Sitzeplatz) 60 Pf., II. Platz 80 Pf., I. Platz 1,20 Mk., Sparrsitz (num.) 1,50 Mk., Logensitz 2,00 Mk. Kinder unter 10 Jahren zahlen in den Nachmittags- und Abendvorstellungen halbe Preise, an Sonn- und Festtagen zu den Abendvorstellungen volle Preise. 2648b

